



# Sächsischer Landtag

87. Sitzung

4. Wahlperiode

Beginn: 15:02 Uhr

Dresden, 31. August 2007, Plenarsaal

Schluss: 18:58 Uhr

## Inhaltsverzeichnis

<b>0</b>	<b>Eröffnung</b>		Entschließungsantrag der Linksfraktion, Drucksache 4/9680	7216
	Geburtstagsglückwünsche für den Abg. Klaus Baier, fraktionslos	7179	Ingrid Mattern, Linksfraktion	7216
	Bestätigung der Tagesordnung	7179	Dr. Matthias Röbler, CDU	7217
			Abstimmung und Ablehnung	7217
<b>1</b>	<b>Regierungserklärung des Sächsischen Staatsministers der Finanzen zur Veräußerung der Anteile des Freistaates Sachsen an der Sächsischen Landesbank</b>		Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 4/9681	7217
	Dr. Horst Metz, Staatsminister der Finanzen	7179	Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	7217
	Dr. André Hahn, Linksfraktion	7186	Ministerpräsident	
	Dr. Matthias Röbler, CDU	7192	Prof. Dr. Georg Milbradt	7218
	Mario Pecher, SPD	7195	Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	7218
	Dr. Johannes Müller, NPD	7197	Dr. Matthias Röbler, CDU	7218
	Holger Zastrow, FDP	7200	Caren Lay, Linksfraktion	7218
	Antje Hermenau, GRÜNE	7202	Abstimmung und Ablehnung	7218
	Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident	7204		
	Ingrid Mattern, Linksfraktion	7208	Nächste Landtagssitzung	7219
	Dr. Fritz Hähle, CDU	7209		
	Ronald Weckesser, Linksfraktion	7211		
	Karl Nolle, SPD	7212		
	Holger Zastrow, FDP	7214		
	Antje Hermenau, GRÜNE	7215		
	Karl Nolle, SPD	7215		

## Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 15:02 Uhr)

**Präsident Erich Ilgen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Zunächst darf ich ganz herzlich Herrn Klaus Baier, fraktionslos, zum Geburtstag gratulieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Herr Schön, Herr Fröhlich, Frau Nicolaus, Herr Prof. Dr. Wöller und Frau Klinger.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 79 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages habe ich die 87. Sitzung für den heutigen Tag einberufen.

Für den gesamten Tagesordnungspunkt schlage ich Ihnen folgende Redezeiten vor: CDU 60 Minuten, Linksfraktion 40 Minuten, SPD 20 Minuten, NPD, FDP und GRÜNE je 15 Minuten, fraktionslose MdL je 3 Minuten, Staatsregierung 60 Minuten.

Meine Damen und Herren! Gibt es zu der vorliegenden Tagesordnung Ihrerseits noch Änderungsanträge? – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die Tagesordnung als von Ihnen bestätigt.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den

## Tagesordnungspunkt 1

### Regierungserklärung des Sächsischen Staatsministers der Finanzen zur Veräußerung der Anteile des Freistaates Sachsen an der Sächsischen Landesbank

Ich übergebe das Wort an den Staatsminister der Finanzen, Herrn Dr. Metz.

**Dr. Horst Metz, Staatsminister der Finanzen:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung hat in ihrem Schreiben vom 26. August 2007 an den Landtagspräsidenten um die Einberufung dieser heutigen Sondersitzung gebeten. Hintergrund ist die am Sonnabend, dem 26. August 2007, geschlossene Grundlagenvereinbarung zum Verkauf der Sachsen LB durch die Anteilseigner Freistaat sowie Sachsen-Finanzgruppe an die Landesbank Baden-Württemberg, nachdem die zuständigen Gremien einstimmig – das will ich betonen – zugestimmt hatten.

Die Staatsregierung folgt damit dem Auftrag aus § 65 Abs. 5 Sächsische Haushaltsordnung. Danach bedarf die Veräußerung von besonders bedeutenden Unternehmensbeteiligungen der Einwilligung des Landtages – ich zitiere –, „soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. Ist die Einwilligung nicht eingeholt, so ist der Landtag alsbald von der Veräußerung zu unterrichten“. Diese Unterrichtung erfolgt jetzt durch meine Regierungserklärung, und zwar zeitnah, da es sich beim Verkauf der Sachsen LB gewiss um eine wirtschaftlich und – ich betone – auch politisch bedeutende Unternehmensveräußerung handelt.

Wiederholt konnte ich in den letzten Tagen durchaus kritische Äußerungen hinsichtlich des gewählten Verfahrens vernehmen. Nach § 65 Abs. 5 SÄHO ist eine Vorabgenehmigung des Landtages unstrittig der im Gesetz vorgesehene Regelfall. Die sogenannten zwingenden Gründe, die zu einer Ausnahme berechtigen, ergeben sich

jedoch meines Erachtens hinlänglich aus den Sachverhalten, die ich Ihnen nun darlegen will.

An dieser Stelle sei aus einem Schreiben des Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an den Ministerpräsidenten vom 25. August 2007 zitiert, aus dem die gebotene Eile ebenfalls hinlänglich hervorgeht. Ich zitiere: „... in dem ich Ihnen dargelegt habe, dass sich die Sachsen LB in einer kritischen, ihre Existenz bedrohenden Lage befindet. Die Bank steht hierbei auch aufgrund der anstehenden Ad-hoc-Meldepflicht unter einem hohen Zeitdruck, eine tragfähige Lösung zu finden. Sollte die Bank nicht sehr schnell auf eine neue wirtschaftliche Basis gestellt werden, würde sich die Frage bankaufsichtlicher Maßnahmen stellen.“

Und weiter: „In der jetzigen Situation kommt es entscheidend darauf an, dass die in Aussicht genommene Grundlagenvereinbarung kurzfristig von allen Beteiligten rechtlich wirksam unterzeichnet werden kann, um die unter starkem Druck stehende Sachsen LB zu stabilisieren.“

Nochmals weiter: „Da eine Alternative zu der jetzt angestrebten Lösung nicht sichtbar ist, sollte die Vertragsunterzeichnung nicht durch eine sich länger hinziehende Genehmigungsprozedur verzögert werden.“

Meine Damen und Herren! Dieser Auffassung, eine schnelle, wirksame Lösung ohne Zeitverzug zu realisieren, war auch die Staatsregierung aufgrund der Bewertung der sich darstellenden Sachlage. Sie hat entsprechend gehandelt, um auch in einer schwierigen Lage die Chancen für eine positive Entwicklung der Sachsen LB – und natürlich für die dort Beschäftigten – zu nutzen und Schaden vom Freistaat abzuwenden.

Meine Damen und Herren! Die Grundlagenvereinbarung sieht die Zukunft der Sachsen LB als rechtlich unselbstständige Tochter der LBBW vor. Sie folgt damit elementaren sächsischen wirtschaftlichen und politischen Interessen. Lassen Sie mich die entscheidenden Vertragsregelungen hervorheben.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD – Unruhe bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Die LBBW übernimmt zunächst treuhänderisch die Führung der Sachsen LB. Die Sachsen LB soll ab dem 01.01.2008 nach Einbringung der Anteile der Sachsen LB in die LBBW in Form einer unselbstständigen Anstalt als Tochterunternehmen der LBBW geführt werden. Im Gegenzug ist vorgesehen, dass die derzeitigen Anteilseigner der Sachsen LB Anteile an der LBBW erhalten. Für die Übergangszeit bleiben die derzeitigen zuständigen Gremien erhalten, um formal die notwendigen Beschlüsse fassen zu können.

Außerdem ist vorgesehen, den gegenwärtig laufenden Umwandlungsprozess in eine Aktiengesellschaft zu prüfen.

Der Firmenname „Sachsen LB“ bleibt erhalten. Das Tochterunternehmen soll also – dies wurde von der LBBW ausdrücklich gewünscht und gefordert – als regional verankertes Unternehmen mit sächsischer Identität geführt werden.

Der Sitz des Unternehmens bleibt Leipzig. Ich meine, das ist eine gute Botschaft an die Leipzigerinnen und Leipziger.

(Lachen bei der Linksfraktion)

Eine Schwächung des Bankenplatzes Leipzig mit all seinen Verflechtungen und Synergien für die ansässige Wirtschaft wird es nicht geben.

Schließlich darf nicht übersehen werden, dass die Sachsen LB ein Tochterunternehmen der stärksten deutschen Landesbank wird, die kürzlich mit einer Steigerung ihres Konzernüberschusses im ersten Halbjahr um immerhin 21,9 % in Deutschland Schlagzeilen machen konnte.

(Unruhe bei der Linksfraktion)

Die Geschäftsfelder werden so gestaltet und im Wettbewerb möglichst ausgeweitet, dass die Sachsen LB eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklungsmöglichkeit erhält.

Sie wird unter anderem die dauerhafte Funktion als Sparkassenzentralbank und Girozentrale im Freistaat Sachsen behalten. Sie wird als Kompetenzzentrum der LBBW-Gruppe für die Auslandsmärkte in Osteuropa, insbesondere Tschechien, Slowakei und Polen, einschließlich der Übernahme von konzernweiten Zentralfunktionen in diesen Märkten ausgebaut.

Die Geschäftsfelder, meine Damen und Herren, sind entscheidend für die Beschäftigungsentwicklung am Standort Leipzig. Das Geschäftsmodell der Sachsen LB soll so ausgestaltet werden, dass der Umfang der Beschäf-

tigung im neuen Geschäftsmodell erhalten bleibt. Dies bezieht sich – davon gehe ich aus – wenigstens auf die 360 Arbeitsplätze am Standort Leipzig. Selbstverständlich war dies einer der Hauptpunkte, um den ich heftig bei den Verhandlungen gerungen habe.

**Präsident Erich Iltgen:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

**Dr. Horst Metz, Staatsminister der Finanzen:** Nein, ich möchte meine Regierungserklärung vortragen.

An dieser Stelle danke ich besonders Herrn Kollegen Pecher, der mich auch in diesem Punkt während der Verhandlung durchaus unterstützt hat.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Hört, hört!)

Ich sage Ihnen deutlich: Die LBBW sucht am Standort Leipzig nicht den Misserfolg, sondern den Erfolg. Gesagt werden muss aber, dass diese Verpflichtung nicht jeden Arbeitsplatz in Leipzig garantiert, sondern das Niveau, die Beschäftigungsstruktur, wird sich ändern.

Viel wurde in den vergangenen Tagen über einen möglichen Verkaufspreis gesprochen, meine Damen und Herren. Dabei ist festzustellen, dass die Grundlagenvereinbarung ein faires Verfahren vorsieht. Es muss erst eine Unternehmensbewertung sowohl der LBBW als auch der Sachsen LB durch eine Prüfungsgesellschaft erfolgen. Die Prüfungsgesellschaft wird von den Eigentümern beider Landesbanken einvernehmlich ausgewählt, beauftragt und finanziert.

Die Bewertung wird zum Stichtag 31.12.2007 erfolgen und nach anerkannten Unternehmensbewertungsverfahren durchgeführt. Auch das entspricht durchaus sächsischen Interessen. Hätte nämlich die LBBW darauf bestanden, eine aktuelle Unternehmensbewertung durchzuführen, so würde dies auf eine Ausnutzung der gegenwärtigen schwierigen Lage der Sachsen LB hinauslaufen. Diese Forderung wurde jedoch von den Vertretern der LBBW zu keinem Zeitpunkt der Verhandlung erhoben, und dies bestärkt mich in der Überzeugung, dass die LBBW eine gute Partnerschaft für den Freistaat Sachsen und seine Kommunen anstrebt.

Ein weiterer Gesichtspunkt bestärkt meine Auffassung: Von dem zum Stichtag 31.12.2007 ermittelten Unternehmenswert werden jene 250 Millionen Euro nicht abgezogen, die die LBBW als eine Art Soforthilfe in das Unternehmen einbringt. Erst wenn für die Sachsen LB ein Unternehmenswert von über 900 Millionen Euro ermittelt würde, käme der darüber hinausgehende Betrag den derzeitigen Eigentümern nur hälftig zugute. Die Untergrenze der Preisbindung zur Berechnung der Anteilswerte liegt bei 300 Millionen Euro fest.

Diese garantierte Bewertungsuntergrenze in Höhe von 300 Millionen Euro gilt für den Fall der bei Vertragsabschluss abschätzbaren Risiken. Sollte sich jedoch vor der rechtswirksamen Anteilsübernahme eine unwahrscheinli-

che Extremsituation ergeben, so gilt eine andere Verfahrensweise. Diese möchte ich kurz darstellen.

Unterschreitet die Kernkapitalquote den Wert von 4,5 %, so ist gleichzeitig der zum 31.12.2007 ermittelte Unternehmenswert null oder gar negativ, dann haben die Anteilseigner, also der Freistaat und die Sachsen-Finanzgruppe, ein Wahlrecht: entweder Rückabwicklung oder Zuzahlung aus Eigenmitteln, bis 300 Millionen Euro erreicht sind, bei Erhalt dann allerdings entsprechende Anteile an der LBBW oder reiner Verlustausgleich. In diesem Fall wäre weder der Freistaat noch die Sachsen-Finanzgruppe an der LBBW beteiligt.

Bis zum Zeitpunkt der Einbringung der Anteile – also die nächsten Monate bis zum Jahresende, vielleicht noch ein Stück darüber hinaus, bis die Bewertung vorliegt – gilt Folgendes: Sinkt die Kernkapitalquote unter 4 %, wurde vereinbart, dass sich die Vertragsparteien bemühen werden, eine einvernehmliche Lösung zur Abwendung dieser Krise zu finden. Dies belegt auch den partnerschaftlichen und fairen Charakter der Vereinbarung. Erst wenn dieses Bemühen scheitern sollte, kann die LBBW die Grundlagenvereinbarung kündigen.

Meine Damen und Herren! Diese Regelungen geben Ihnen auch eine Antwort auf die Frage der Inanspruchnahme öffentlicher Haushalte, auch hier im Freistaat. Nach derzeitiger Erkenntnis wird das nicht der Fall sein. Sollte wider Erwarten eine Extremsituation auftreten, so wird jedoch ein Nachschuss von uns entschieden werden müssen, da eine Rückabwicklung – jedenfalls aus meiner Sicht – kaum infrage kommt. Ich halte allerdings eine solche Situation, die zurzeit weder ich noch sonst jemand wirklich ausschließen kann, für mehr als unwahrscheinlich. Gleichwohl habe ich für diese Regelung Verständnis.

Der Regelfall einer Betriebsübernahme sind eine eingehende Unternehmensbewertung sowie eine detaillierte Aufarbeitung der Risiken. Dies kann aber nicht in zwei oder drei Tagen erfolgen. Dazu braucht es Zeit, die nicht vorhanden war. Daher, meine Damen und Herren, wurde diese Sicherheitsklausel in den Vertrag eingebaut.

Die LBBW kann im Extremfall noch eine Reißleine ziehen. Bildlich gesprochen, haben wir also die Sachsen LB sozusagen in einen sicheren Hafen eingefahren. Zu hoffen bleibt nun,

(Demonstrativer Beifall bei der Linksfraktion)

dass dieses Schiff auch ohne Schwierigkeiten ab dem 01.01.2008 an der Kaimauer festmachen kann, um Ihnen das einmal bildlich zu verdeutlichen.

Ich möchte nun auf einen weiteren Eckpunkt der Grundlagenvereinbarung eingehen.

(Allgemeine Unruhe)

**Präsident Erich Iltgen:** Darf ich um Aufmerksamkeit bitten.

**Dr. Horst Metz, Staatsminister der Finanzen:** Dies ist die Übernahme der Folge der Gewährträgerhaftung durch

die LBBW nach dem 31.12.2010. Es war für uns nicht akzeptabel, dass der Freistaat nicht mehr Teileigner der Sachsen LB ist, jedoch die Erfüllung der Altverbindlichkeiten bis 2015 gewährleisten soll. Wir konnten in den Verhandlungen erreichen, dass der Freistaat ab dem 31.12.2010 im Innenverhältnis durch die LBBW von den finanziellen Folgen der Gewährträgerhaftung freigestellt wird.

Ich rufe in Erinnerung, dass zur deutschen Tradition der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, also auch der Landesbank, die Gewährträgerhaftung und Altstandlast gehörte. Die EU stellt diese Art von Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt als nicht mehr vereinbar fest. Sie forderte den Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Altstandlast. Beides ist zum 19. Juli 2005 weggefallen, wie Sie wissen.

Dies ist auch in Sachsen in unserem Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe festgelegt. Aber, meine Damen und Herren, die Gewährträgerhaftung fiel nur für die Zukunft weg, allerdings nicht für die bis zum 18. Juli 2005 vorhandenen Verbindlichkeiten. Dies ist verständlich, da die Gewährträgerhaftung die Rechtsgrundlage seit Gründung der Sachsen LB 1992 war. Die vorhandenen Verbindlichkeiten wurden im Vertrauen auf diese Rechtsgrundlage eingegangen. Im Sinne eines Vertrauensschutzes läuft die Gewährträgerhaftung für diese Verbindlichkeiten erst Ende 2015 aus. Jetzt ist also gültige Rechtslage, bei uns normiert im § 67 des einschlägigen Gesetzes, dass die Gewährträgerhaftung für die Altverbindlichkeiten fortbesteht.

Insofern halte ich die Freistellung von den Lasten aus diesen Verpflichtungen ab Ende 2010 durchaus für einen Erfolg im sächsischen Interesse.

Einzig für das Engagement Ormond Quay wurde am 17. August 2007 – das wissen Sie – eine Poollösung aller deutschen Landesbanken geschaffen, für die die Gewährträgerhaftung bis Ende des Poolvertrages wirkt. Insofern würde die LBBW gegenüber anderen am Pool beteiligten Landesbanken schlechter gestellt, sollte der Poolvertrag über 2010 hinaus laufen.

Die Grundlagenvereinbarung stellt insofern die Gleichbehandlung der LBBW mit den anderen am Pool beteiligten Landesbanken sicher.

Außerdem haben wir unsere Haftungsposition nach Einbringen der Anteile der Sachsen LB in die LBBW ab 2008 natürlich deutlich verbessert. Zunächst muss nämlich das Unternehmen alles tun, um diese Verbindlichkeiten zu erfüllen, und dieses Unternehmen ist ab 01.01.2008 nicht mehr die Sachsen LB, sondern die wirtschaftlich wesentlich stärkere LBBW.

Meine Damen und Herren! Auch wenn die politische Bewertung höchst unterschiedlich ausfallen mag, steht fest: Durch die Grundlagenvereinbarung vom 26. August 2007 haben wir Schaden vom Freistaat Sachsen abgewendet.

(Widerspruch bei der Linksfraktion  
und den GRÜNEN – Beifall des  
Abg. Dr. Volker Külow, Linksfraktion)

Die Alternative, das Unternehmen allein weiterzuführen, stellt sich nicht.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:  
Wer hat denn den Schaden?!)

Es war für die Bank wegen der historisch einmaligen Bankstörung infolge der Krise am US-Immobilienmarkt nicht mehr möglich, die notwendige Liquidität vollständig aus eigener Kraft sicherzustellen.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Es stand ab dem 22. August 2007 ein Eigenkapital belastender Wertverlust in Höhe von 250 Millionen Euro bevor. Ich will zwei Punkte anmerken.

Ohne die Solidarität der anderen Landesbanken vom 17. August 2007 in Frankfurt am Main hätte die Liquidität für Ormond Quay in Höhe von 17,3 Milliarden Mark nicht sichergestellt werden können.

(Zuruf: Euro!)

– Euro, Entschuldigung.

Zweitens. Ohne die Überführung der Sachsen LB in den starken LBBW-Konzern durch die Grundlagenvereinbarung vom 26. August 2007 hätten meiner Meinung nach enorme Verluste in Milliardenhöhe anstehen können. Auf den Freistaat als Gewährträger wären massive Forderungen zugelaufen. Dieses Szenarium, meine Damen und Herren, ist abgewendet.

Stattdessen gibt es positive Zukunftsperspektiven für die Bank und ihre Beschäftigten. Das ist Kern und Ergebnis des schnellen Eingreifens der Staatsregierung im Interesse des Landes. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass durch die erreichten Ergebnisse eine schwere Krise abgewendet werden konnte.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Wer hat sie herbeigeführt?!)

Dennoch erlaubt es der Gesamtzusammenhang nicht, selbstgefällig zufrieden zu sein.

(Lachen des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Langsam – die Ereignisse haben mich schon sehr betroffen gemacht.

(Oh! von der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Ja, die vergangenen Tage und Wochen – das will ich durchaus anmerken – gehörten nicht zu den leichtesten meines Lebens.

Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen hatten wir es mit Lösungen von zwei großen Problemfeldern zu tun: mit einer reinen Liquiditätskrise, deren Lösung am 17. August 2007 gelang, und einer Eigenkapital verzehrenden Situation, die den Bestand des gesamten Unter-

nehmens gefährdete und die durch die Grundlagenvereinbarung gelöst wurde.

Seit einigen Wochen lesen und hören wir von einer erheblichen Krise der Finanzmärkte, und zwar weltweit. Auslöser hierfür sind vor allem tiefgreifende Marktstörungen auf dem US-Immobilienmarkt. Sie werden fragen: Was hat die Krise am US-Immobilienmarkt mit der Sachsen LB in Leipzig bzw. mit der Sachsen LB Europe in Dublin zu tun?

(Zuruf von der Linksfraktion: Wie wahr!)

Die Aufbaukredite wurden von den Kredit gewährenden US-Banken in Anleihen verpackt und weltweit an Banken und andere Investoren zur Refinanzierung veräußert. Die Banken haben sich alle untereinander durch die Überlassung derartiger Anleihen Kredite gewährt. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war vergangene Woche zu lesen, dass nach Angaben der Fachleute dieser Markt allein in Europa ein Volumen von 280 Milliarden Euro hat. Festzuhalten ist, dass die Finanzierung von langfristigen Verbindlichkeiten durch kurzfristige Anleihen im Kern nicht das eigentliche Problem darstellen. Jedoch führten diese eklatanten Marktstörungen zum Abreißen der Finanzierungsströme, und dies führte zu Liquiditätsproblemen.

Gelöst wurde dieses Problem, wie ich schon sagte, mit der Bereitstellung der Kreditlinie durch die bundesweite Sparkassen-Finanzgruppe in Höhe von 17,3 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Die Sachsen LB ist über ihre Tochter im irischen Dublin seit März 2004 mit der Gesellschaft Ormond Quay auf diesem Markt aktiv. Worum handelt es sich bei Ormond Quay?

Ormond Quay wurde im März 2004 als Zweckgesellschaft gegründet. Die Gesellschaft Ormond Quay Funding ist keine Tochter der Sachsen LB Europe in Dublin, sondern beide sind über ein Vertragswerk miteinander verbunden. Die zuständigen Gremien der Sachsen LB wurden mit der Gründung von Ormond Quay befasst.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, Linksfraktion)

Gesellschaftszweck von Ormond Quay ist der Ankauf von langfristigen Wertpapieren sowie deren Finanzierung durch die Aufnahme von kurzfristigen Darlehen. Bei Ormond Quay handelt es sich fachlich um eine sogenannte Assed Backed Commercial Paper Refinanzierungsstruktur, bei der eine Refinanzierung am Kapitalmarkt zu einem von der Sachsen LB unabhängigen Rating erfolgt.

Erst anlässlich einer kurzfristig angesetzten Kreditausschusssitzung am 14. August 2007 wurde uns in aller Deutlichkeit vom Vorstand diese Liquiditätskrise offenbart. Der Markt stellte nicht genügend Geld zur kurzfristigen Finanzierung bereit und kam im Grunde genommen vollständig zum Erliegen.

Der Markt hat nicht mehr unterschieden zwischen sehr guten Papieren – AAA geratet –, guten oder schlechten Bonitäten. Der Markt existierte nicht mehr. Der Markt ist ausgetrocknet. Diese Form des Marktversagens ist, glaube ich, in dieser Form bisher einzigartig.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Damit habe ich Ihnen die Dramatik der Situation, wie sie sich am 14. August 2007 darstellte, beschrieben. Unmittelbares und konsequentes Handeln war gefordert.

Die am Freitag, dem 17. August 2007, gefundene Lösung bedeutet nun die Sicherstellung der erforderlichen Liquidität durch die einspringende Sparkassen-Finanzgruppe. Ein Verkauf unter Wert, der dramatisch gewesen wäre, wurde damit vermieden.

Ich möchte von dieser Stelle aus allen Beteiligten, die bei dieser Lösung geholfen haben, ganz herzlich danken.

(Lachen bei der Linksfraktion)

Mein besonderer Dank gilt dem Präsidenten des DSGV, Herrn Haasis, dem Präsidenten des BaFin, Herrn Sanio, und dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Prof. Weber.

Natürlich ist die Frage berechtigt, ob die Risiken dieses Modells richtig eingeschätzt und frühzeitig erkannt wurden.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Aha!)

Dies wird sicherlich auch noch in den nächsten Wochen und Monaten umfassend diskutiert werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zur Lösung des zweiten Problems. Trotz der am Freitag, dem 17. August 2007, erreichten Poollösung im Umfang von 17,3 Milliarden Euro meldete die Sachsen LB in der darauffolgenden Woche leider weitere Probleme.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Woher kamen denn die?!)

Dabei handelte es sich nicht um Liquiditätsprobleme, sondern um ein Ausfallrisiko. Für jeden nachvollziehbar ist, dass Ausfälle unmittelbar das haftende Eigenkapital der Banken mindern.

(Karl Nolle, SPD: Warum denn?!)

Unterschreitet das haftende Eigenkapital eine bankaufsichtliche Mindestgrenze, erfolgen bankaufsichtliche Maßnahmen durch die BaFin. Diese können bis zur Schließung der Bank reichen. Dies hat sich im Zeitverlauf der letzten Woche zunehmend herauskristallisiert.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Aufgrund dieser Situation habe ich vom Vorstand tägliche Berichte eingefordert. Spätabends am 21. August 2007, das war am Dienstag voriger Woche, meldete die Landesbank weitere Risiken an. Diese zweite Hiobsbotschaft war für mich – ich gestehe es – ein Schock.

Diese Situation ließ nunmehr dem Eigentümer der Sachsen LB zwei Handlungsalternativen: Die erste Möglichkeit war das Nachschießen eigener finanzieller Mittel der Eigentümer, also des Freistaates und der Sachsen-Finanzgruppe.

(Jürgen Gansel, NPD: Der Steuerzahler!)

Die zweite Möglichkeit war die wie auch immer geartete Anlehnung an eine andere Landesbank, damit diese die Eigenkapitalbasis und damit die Handlungsfähigkeit sicherstellt.

Ein Nachschießen von Geldern in nicht fassbaren Beträgen – das sage ich deutlich – wollte ich weder Ihnen, dem Sächsischen Landtag, noch den sächsischen Bürgern zumuten. Also kam für mich und auch für die Sachsen-Finanzgruppe nur die Anlehnung an eine andere Landesbank in Betracht, die von ihrer finanziellen Kraft her in der Lage war, die Realisierung weiterer Eigenkapital verzehrender Verluste abzufedern.

Meine Damen und Herren, wie allgemein bekannt ist, wurden seit Monaten – um nicht zu sagen, seit zwei Jahren – die Möglichkeiten einer strategischen Partnerschaft sowie einer unternehmensrechtlichen Verbindung mit der WestLB intensiv geprüft, und wir waren auf dem Weg von der Verlobung, dem Letter of intent, im Oktober 2005 bis zur Hochzeit schon ziemlich weit gekommen. Über die Gründe hierfür und deren personelle Folgen sowie darüber, dass sich die Rahmenbedingungen inzwischen geändert haben, haben die Medien ausführlich berichtet. Ich brauche mich damit also nicht zu beschäftigen. Danach war eine zeitnahe Lösung mit der WestLB nicht mehr zu erwarten.

Angesichts dieser Lage haben wir uns zusammen mit der Sachsen-Finanzgruppe kurzfristig zu folgender Vorgehensweise entschlossen: Über ein Investmenthaus als Beratungsunternehmen wurden Kontakte mit anderen potenziellen Interessenten – sprich: anderen Landesbanken – aufgenommen. Als potenzielle Interessenten für ein Zusammengehen kristallisierten sich schließlich zwei Landesbanken heraus: Das waren die Landesbank Baden-Württemberg und die NordLB.

Am 24. August erfolgten eingehende Sondierungsgespräche mit Vertretern dieser beiden Institute, die auf der Ebene der Vorstandsvorsitzenden vertreten waren. So führten wir am Freitagvormittag ab 10:00 Uhr Gespräche mit der LBBW und nachmittags ab 15:00 Uhr mit der NordLB. Danach wurde das Gespräch mit der NordLB bis tief in die Nacht fortgesetzt, da dieser Partner ein verstärktes Interesse zu erkennen gab.

Eine wichtige Rolle spielte für uns dabei – das will ich nicht verheimlichen – die sogenannte sächsische Liste, in der wir die Interessen des Freistaates zusammengefasst hatten.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Im Ergebnis der Gespräche am Freitag, dem 24. August, mit der LBBW und der NordLB entsprachen die Vorstel-

lungen und Möglichkeiten der LBBW am ehesten den Interessen und den Handlungsbedarfen der Eigentümer der Sachsen LB. Hinzu kam, dass die NordLB in der Nacht zum Samstag, dem 25. August, ihr Interesse zurückgezogen hatte. Infolgedessen wurden am Samstag die Vertragsverhandlungen zwischen der LBBW und den Anteilseignern der Sachsen LB geführt.

Wir haben am Sonntagmorgen gegen halb drei mit der LBBW eine Einigung über diese von mir bereits vorgestellte Grundlagenvereinbarung erzielt. Besonders danken möchte ich hier unserem Ministerpräsidenten Prof. Milbradt, der in der letzten Runde der sogenannten Nachtgespräche am Samstag hinzukam. Die Vertragsverhandlungen konnten also am 26. August mit der Grundlagenvereinbarung abgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren, zeitlich parallel erfolgten am Samstag, dem 25. August, 10:00 Uhr, Informationen meinerseits an die Kabinettsmitglieder im Rahmen einer informellen Sondersitzung. Am folgenden Sonntag um 10:00 Uhr wurden unter Leitung des Ministerpräsidenten die Vorsitzenden der im Landtag vertretenen Fraktionen und deren finanzpolitische Sprecher außer der NPD-Fraktion informiert. In der anschließenden Kabinettsitzung erläuterte ich den in der Nacht zum Sonntag ausgehandelten Grundlagenvertrag. Das Kabinett stimmte dem Vertrag einstimmig zu.

Ich bin für diese Unterstützung all meiner Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar. Sie haben Geschlossenheit in einer schwierigen Situation bewiesen.

Die darauf folgende Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe und der entsprechenden Gremien der Sachsen LB schlossen sich diesem einstimmigen Votum an. Das gilt auch für die Trägerversammlung der LBBW.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Anmerkungen zum Thema Steuerung und Kontrolle bei der Landesbank Sachsen machen.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Dabei ist zunächst auf das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe hinzuweisen. Danach bestehen bei der Bank drei Organe: Das sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und die Anteilseignerversammlung.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Wir danken für diese Information!)

Wie bei jedem Kreditinstitut liegt das operative Geschäft in den Händen des jeweiligen Vorstandes, der in eigener Verantwortung handelt. Demgegenüber hat der als Kollegialorgan verfasste zwanzigköpfige Verwaltungsrat insbesondere die Aufgabe, die Tätigkeit des Vorstandes zu überwachen.

Neben diesen landesrechtlichen Regelungen ist bei Kreditinstituten zusätzlich das Kreditwesengesetz, also Bundesrecht, zu beachten. Das Kreditwesengesetz steckt den rechtlichen Rahmen für die geschäftliche Tätigkeit

der Kreditinstitute ab, ohne in die unternehmerische Einzelentscheidung einzugreifen. Weiterhin ist im Kreditwesengesetz geregelt, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen die Aufsicht über die Kreditinstitute wahrnimmt. Das BaFin hat nach § 6 KWG Missständen im Kreditwesen entgegenzuwirken. An dieser Aufsicht wirkt auch die Deutsche Bundesbank mit.

Weiter ist nach dem Kontrollsystem des Aktiengesetzes die regelmäßige Prüfung des Jahresabschluss- und Lageberichtes durch einen Abschlussprüfer vorgesehen. Zusätzlich dazu wird vom Abschlussprüfer eine Prüfung nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz durchgeführt, wonach zusätzliche Prüfungen durch den Abschlussprüfer vorgeschrieben sind. Dazu zählen auch die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft sowie die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems.

So viel zum allgemeinen rechtlichen Rahmen. Mir kam es darauf an, dies einmal kurz darzustellen.

Nun konkret zur Steuerung und Kontrolle im Zusammenhang mit dem durch die aktuellen Kapitalmarktstörungen in die Schieflage geratenen Ormond Quay. Der Kreditausschuss der Sachsen LB hat sich wiederholt mit diesem Engagement befasst. Die erste Befassung des Kreditausschusses mit Ormond Quay erfolgte am 10. Oktober 2003. Nach schrittweisen Erhöhungen hat der Kreditausschuss in der Sitzung am 16. Juni 2005 die Liquiditätsgrenze für das Konstrukt schließlich auf 1,7 Milliarden Euro erhöht, wobei Ormond Quay ermöglicht hat, diese Investition auf 17,3 Milliarden Euro auszubauen.

Auch dem Verwaltungsrat wurde in der Folgezeit wiederholt über die weitere Entwicklung berichtet. Darüber hinaus waren die Aussagen der mit der Abschlussprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wesentliche Informationsgrundlagen der Gremien. Diese prüfte die Sachsen LB und erteilte stets uneingeschränkte Bestätigungsvermerke. Ihre Prüfungen erstreckten sich dabei auch konkret auf Ormond Quay, zu dem sie zuletzt im Rahmen der Berichterstattung zum Jahresabschluss 2006 keine Beanstandungen feststellte.

Neben der Begleitung durch die Gremien und der regelmäßigen Jahresabschlussprüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragte die BaFin im Jahre 2004 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG mit der Prüfung des Geschäftsberichtes der Sachsen LB nach § 44 Abs. 1 Satz 2 Kreditwesengesetz. Es handelte sich um eine routinemäßige und nicht um eine anlassbezogene Prüfung. Prüfungsgegenstand waren die Überwachung und Steuerung der mit der Auslagerung des Geschäftsfeldes Synthetic Esset der Sachsen LB Europe verbundenen Risiken, die Ordnungsmäßigkeit der Verfahren zur frühzeitigen Erkennung von Beteiligungsrisiken sowie die Einzelfallprüfung ausgewählter Kredit- und Beteiligungsverhältnisse.

Die KPMG hat die Prüfung in der Zeit vom 4. Oktober 2004 bis zum 29. April 2005 in Leipzig und in Dublin durchgeführt. Aus dem Bericht geht hervor, dass im

Geschäftsbereich Synthetic Esset Defizite im internen Kontroll- und Risikofrüherkennungssystem bestanden. Zum Prüfungszeitpunkt existierte keine transparente Dokumentation zur Beurteilung des Risikogehalts der Finanzierungsprodukte durch Dritte. Die Beanstandungen der Prüfer richteten sich – das ist ein Zitat aus diesem Bericht – ausdrücklich nicht gegen die strategische Sinnhaftigkeit des Geschäftes, welches auch nicht Prüfungsgegenstand war.

(Lachen bei der Linksfraktion,  
der FDP und den GRÜNEN)

– Ja, man hätte ja prüfen können! – Ormond Quay wurde in dem Bericht mehrfach ausdrücklich erwähnt.

Nach Übersendung des Berichtes erfolgte die Auswertung durch die BaFin. Es wurden Konsequenzen gezogen und die festgestellten Mängel abgestellt. Darüber wurden die BaFin und der Verwaltungsrat unterrichtet. In der Sitzung des Verwaltungsrates am 9. Oktober 2006 legte der Vorstand dar, dass sämtliche von der BaFin aufgegriffenen Feststellungen des Sonderprüfers bis zum 30.06.2006 erledigt worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen darzulegen versucht, dass auch bei dem hier in Rede stehenden Engagement die Aufsichtsgremien ihre Aufgabe mit besonderer Sorgfalt praktiziert haben. Dies ist selbstverständlich nachprüfbar. Weder wir noch die fachlichen Berater haben letztendlich eine derart historische einmalige Marktstörung vorausgesehen. Dass wir trotzdem in diese große Krisensituation gelangt sind, wirft auch für mich Fragen auf.

(Jürgen Gansel, NPD: Das ist schön!)

Die Diskussion, welche Lehren daraus zu ziehen sind, wird in den nächsten Wochen sicherlich deutschlandweit passieren.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Ich habe da eine andere Idee!)

Ich möchte Ihnen vor diesem Hintergrund mitteilen, dass seitens des Finanzministeriums ein Auftrag an eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ergehen wird. Gegenstand des Prüfauftrages wird es sein, eine umfangliche und vertiefte Aufarbeitung sowohl der Entwicklung und Praktizierung des Geschäftsmodells als auch der Steuerungs- und Kontrollsysteme einschließlich bankinterner Gremien, also auch die Umstände der aktuellen Krisenbewältigung, darzustellen. Die Ergebnisse werde ich dem Haushalts- und Finanzausschuss zuleiten. Dann können wir gern darüber sprechen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Derzeit wird auch über den Sinn der Landesbank philosophiert. Meines Erachtens sollten wir uns noch einmal vergegenwärtigen, warum wir die Bank als einziges selbstständiges Institut überhaupt in Ostdeutschland errichtet haben. Dies kann nur zu einer Bewertung führen, nämlich dass der Freistaat in den schwierigen Aufbaujahren einen durchaus potenten und verlässlichen Partner hatte, der seine Aktivitäten auf

eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Sachsen ausgerichtet hat.

Ein Blick zurück. Die Gründung einer eigenen Landesbank nur für Sachsen war ursprünglich nicht das Anliegen der Sächsischen Staatsregierung. Das möchte ich deutlich sagen. Wir wollten damals ein gemeinsames Institut für alle fünf neuen Bundesländer. Eine solche Lösung – diejenigen, die damals in den Gremien in Berlin saßen, wissen das – sah auch der Einigungsvertrag vor.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:  
Was soll das jetzt werden?)

Dies wurde hinfällig, nachdem die anderen neuen Länder Kooperationen mit westdeutschen Landesbanken eingegangen sind. Die Entscheidung für die eigene Landesbank haben wir im Dezember 1991 im Landtag gemeinsam auf den Weg gebracht. Am 01.01.1992 konnte die Landesbank ihr Geschäft aufnehmen.

Meine Damen und Herren! Die Bank war in all den Jahren ein wichtiger Ansprechpartner für größere Unternehmen, die in Sachsen entweder neu investieren oder schon vorhandene Betriebe ausbauen wollten. Nicht nur bei großen Investitionen wie AMD, Infineon, Porsche oder BMW mit vielen Tausend Arbeitsplätzen hat die Landesbank als Finanzierungspartner, als Projektentwickler, als Berater, als Ansiedlungsunterstützer oder als Gründungsfinanzier nachhaltig und erfolgreich mitgewirkt. Die Erfolge der Sachsen LB für den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes sind unbestritten.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion: Können  
Sie Ihre Grabrede nicht woanders halten?)

Meine Damen und Herren! Diese Rolle wird die Landesbank auch als Tochter der LBBW weiterhin wahrnehmen. Das ist sichergestellt und Anliegen unseres neuen Partners in Baden-Württemberg. Dauerhaft werden die guten Beziehungen zwischen den sächsischen Sparkassen und der Landesbank vorhanden sein. An dieser Stelle lassen Sie mich ausdrücklich feststellen: Die Spareinlagen der Sparkassen sind sicher.

(Jürgen Gansel, NPD: Bravo!)

Auch heute bin ich der Meinung, dass die Entscheidung von 1991 richtig war. Die Sachsen LB hat sich als positiver Standortfaktor für unser Land erwiesen. Sie hat die auf wirtschaftliche Entwicklung und technologischen Fortschritt basierende Aufbaustrategie für den Freistaat unterstützt, und dies wird sie auch künftig tun.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort in eigener Sache. In all den Jahren meines politischen Wirkens im Freistaat habe ich stets versucht, den Sachsen und den Interessen des Freistaates zu dienen. Dies gilt auch für die Jahre als Sächsischer Staatsminister der Finanzen und gerade jetzt im August 2007. Mit Unterstützung des Parlamentes – mit Ihrer Unterstützung, insbesondere der Unterstützung meiner CDU-Fraktion – können wir insgesamt gute Erfolge vorweisen. Ich danke Ihnen allen

für das kollegiale Miteinander. Wer mich wirklich kennt, der weiß, dass es für mich sehr schmerzlich ist, dass die einzige ostdeutsche Landesbank unter den gegebenen Umständen nicht mehr eigenständig erhalten werden kann. Vielleicht mag es antiquiert klingen, aber wer sich in der Politik in die Verantwortung nehmen lässt, muss bereit sein, immer das Ganze im Blick zu haben.

Ich halte inne und ich habe gerade in den letzten Tagen schwerer Arbeit innegehalten und für mich eine persönliche Entscheidung getroffen, eine rein persönliche Entscheidung, denn auch jetzt will ich mich nicht aus der Verantwortung stehlen. Ich beabsichtige, zur Aufarbeitung des Verkaufs der Sachsen LB und zum möglichst reibungslosen Einstieg der LBBW beizutragen sowie gemeinsam mit unseren sächsischen Kommunen die noch offenen Fragen einer schnellen Lösung zuzuführen. Zum 30. September 2007 stelle ich mein Amt zur Verfügung.

(Beifall bei der NPD)

Den Ministerpräsidenten habe ich darüber informiert.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Erich Iltgen:** Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Staatsminister für seine Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren! Vor Beginn der Aussprache muss ich auf Folgendes hinweisen: In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 29. August 2007 legte das Staatsministerium der Finanzen eine Grundlagenevereinbarung der Eigentümer der SLB und der LBBW über die Übernahme der SLB vor. Dieses Dokument ist vom Finanzministerium als Verschlussache in die Geheimhaltungsstufe „VS vertraulich“ eingestuft worden. Daraus folgt, dass nach Geheimschutzordnung des Sächsischen Landtages eine Behandlung dieser Verschlussache im Plenum nur in geschlossener Sitzung und nach Fassung eines entsprechenden Geheimhaltungsbeschlusses gemäß § 353b Abs. 2 des Strafgesetzbuches zulässig ist. Dies gilt nicht für die Inhalte der Verschlussache, die bereits öffentlich bekannt geworden sind oder vom Finanzministerium selbst in einer dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegten Zusammenfassung der Verschlussache vom Geheimschutz ausgenommen worden sind.

Sollte der Wunsch bestehen, geheimhaltungsbedürftige Inhalte der genannten Verschlussache in der nun folgenden Aussprache zu behandeln, bitte ich jetzt um einen entsprechenden Hinweis, damit die dafür erforderlichen Voraussetzungen hergestellt werden können. – Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Aussprache über die Regierungserklärung. In folgender Reihenfolge bitte ich die Fraktionen das Wort zu nehmen: Linksfraktion, CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE; und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Die Debatte ist eröffnet. Ich bitte

die Linksfraktion, das Wort zu nehmen. Herr Dr. Hahn, bitte.

**Dr. André Hahn, Linksfraktion:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzten Worte von Herrn Dr. Metz haben mir das bestätigt, was ich die ganze Zeit gefühlt habe: Das, was wir eben gehört haben, war keine Regierungserklärung, sondern eine Abschiedsrede. Ich muss sagen, dass ich betroffen war über das, was hier ausgeführt worden ist. Wenn man Herrn Metz aufmerksam zugehört hat, dann konnte man feststellen, dass er den Ernst der Lage offenbar noch nicht einmal ansatzweise begriffen hat. „Schönfärberei“ ist noch eine freundliche Umschreibung für das, was er eben geboten hat. Ich zolle ihm dennoch für seine Entscheidung Respekt.

Eines ist doch aber klar: Das, was am vergangenen Sonntag in Dresden abgelaufen ist, war der finanzpolitische Offenbarungseid der Sächsischen Staatsregierung und zugleich die bisher größte Niederlage für den sächsischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der Linksfraktion und der NPD)

Lassen Sie mich deshalb gleich zu Beginn in aller Deutlichkeit sagen: Angesichts der Tragweite der jüngsten Ereignisse, angesichts des offenkundigen Versagens der Staatsregierung beim Krisenmanagement und angesichts der unabsehbaren finanziellen Folgen für das Land wäre es nicht nur wünschenswert, sondern eigentlich auch geboten gewesen, dass die heutige Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten selbst gehalten worden wäre.

(Beifall bei der Linksfraktion, der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der NPD)

Sie, Herr Milbradt, hatten die Richtlinienkompetenz. Sie, Herr Milbradt, haben die Landesbank nicht nur erfunden, sondern auch deren Entwicklung bis zu ihrem Untergang maßgeblich beeinflusst. Sie, Herr Milbradt, tragen die Hauptverantwortung für die jetzt eingetretene dramatische Situation. Da ist es auch ein Stück Feigheit, dass Sie hier nicht selbst ans Pult gehen und sich von ihrem Finanzminister vertreten lassen.

(Beifall bei der Linksfraktion, der NPD, der FDP und den GRÜNEN)

Im Übrigen führt auch schon der Titel der Regierungserklärung in die Irre. Es geht doch nicht um irgendeine Veräußerung von Anteilen des Freistaates Sachsen an der Landesbank – es geht um den Notverkauf der kompletten Sachsen LB. Es geht um Fehlspekulationen, die den Freistaat Sachsen fast in den Ruin geführt hätten, und es geht um die Frage, wer das zu verantworten hat und warum dies gerade hier in Sachsen geschehen konnte.

Auch andere Landesbanken haben auf Kapitalmärkten spekuliert; doch es gibt nur eine Landesbank, die sich damit selbst vom Markt gefegt hat.

Herr Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was sich hier in den letzten Tagen in Sachsen

abgespielt hat, sucht seinesgleichen in der deutschen Nachwendegeschichte. Eine Hiobsbotschaft jagte die nächste. Erst muss plötzlich eine Kreditlinie von sage und schreibe 17 Milliarden Euro aufgenommen werden, durch die die Bank vermeintlich gesichert ist. Dann tauchen – angeblich aus heiterem Himmel – immer neue Löcher in dreistelliger Millionenhöhe auf und die Bank ist plötzlich so pleite, dass sie binnen weniger Stunden fast zum Nulltarif verhökert wird, wobei das Land und damit die Steuerzahler auf sämtlichen Risiken sitzen bleiben.

Auch danach gab es Chaostage in Dresden. Immer größere Milliardensummen stehen in Rede, für die womöglich die Haftung übernommen werden muss. Desinformation der Öffentlichkeit ist an der Tagesordnung, neue, windige Geschäfte werden bekannt. Der Finanzminister liest halbherzige Dementis Wort für Wort vom Zettel ab. Und der Ministerpräsident taucht völlig unter, nachdem er sich zum Retter der Bank erklärt hat, dem man doch eigentlich dankbar sein müsse.

Herr Milbradt, die Bank ist nicht im sicheren Hafen. Sie haben sie auf Grund gesetzt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der Linksfraktion  
und des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Die Verwaltungsräte der Landesbank und der SPD-Wirtschaftsminister fühlen sich hintergangen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Bilanzfälschung sowie der Untreue. Gestern wird schließlich der gesamte Vorstand der Landesbank in die Wüste geschickt. Politische Konsequenzen? – Bislang Fehlanzeige.

Ich sage es Ihnen in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren: Das kann und wird nicht so bleiben. Was wir eben vom Finanzminister gehört haben, kann nur ein erster Schritt sein.

(Beifall bei der Linksfraktion und der NPD)

Es ist doch aberwitzig – jedem Dorfbürgermeister droht eine Anklage, wenn er ein paar Tausend Euro an Fördermitteln zweckwidrig einsetzt. Die Rechtsaufsicht kann dann die Amtsenthebung verfügen. Hier geht es um Milliarden und die Verantwortlichen in der Staatsregierung tun so, als ginge es sie nichts an. Damit werden Sie auf Dauer nicht durchkommen!

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ob der überstürzte Verkauf der Sachsen LB tatsächlich alternativlos war, wie Sie gebetsmühlenartig behaupten, werden die kommenden Monate zeigen, ebenso, was die Zusagen des Ministerpräsidenten wert sind, dass vom Freistaat größerer Schaden abgewendet worden sei und dass alle Arbeitsplätze in Leipzig erhalten blieben. Wir haben diesbezüglich erhebliche Zweifel.

Natürlich war es richtig und notwendig, dass der Ministerpräsident die Fraktionsvorsitzenden informell über die in der Tat existenzbedrohende Lage der Landesbank unterrichtet hat. Aber dass eine Entscheidung, bei der es letztlich um Milliardenbeträge geht, nicht durch das

Parlament, sondern allein durch das Kabinett getroffen wurde und wir heute vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind, ist und bleibt für uns inakzeptabel.

(Beifall bei der Linksfraktion  
und vereinzelt bei der NPD)

Ich füge hinzu: Wir werden in dieser Frage juristische Schritte prüfen. In diesem Zusammenhang wird auch näher zu untersuchen sein, wann die Staatsregierung und insbesondere der Ministerpräsident persönlich tatsächlich von den drohenden Verlusten der Landesbank erfahren hat. Nach meinen Informationen hat der inzwischen zurückgetretene Landesbankchef Süß im Haushalts- und Finanzausschuss erklärt, er hätte bereits Ende Juli 2007 Kenntnis von – so wörtlich – erheblichen Liquiditätsrisiken erhalten. Es ist sicher nicht nur für mich schlichtweg unvorstellbar, dass die Staatsregierung, dass der Ministerpräsident davon nichts erfahren haben soll. Wenn das aber der Fall war, dann wäre ausreichend Zeit gewesen, den Landtag darüber zu unterrichten und den Abgeordneten entsprechende Beschlussvorlagen mit detaillierter Begründung vorzulegen.

Deshalb bleibe ich bei dem, was ich am vergangenen Sonntag gesagt habe: Wir als Linksfraktion werden uns weder für die folgenschweren Verfehlungen der Vergangenheit noch für den Notverkauf der Bank in Mithaftung nehmen lassen. Diese Verantwortung muss die Staatsregierung tragen, und zwar mit allen Konsequenzen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Normalität nach Gesetz und Sächsischer Haushaltsordnung ist – der Finanzminister hat eben darauf hingewiesen –, dass eventuelle Veräußerungen von Landesanteilen an wichtigen Unternehmen durch das Parlament zu beschließen sind. Es dürfte wohl ein bundesweit einmaliger Vorgang sein, dass eine ganze Landesbank binnen dreier Tage an den gewählten Volksvertretern vorbei einfach verramscht wird.

Für uns ist klar: Eine Regierung, die durch schlimmste Misswirtschaft einen Ausnahmezustand verschuldet, der eine demokratische Entscheidung des Landtages unmöglich macht, darf eigentlich keinen Tag länger im Amt bleiben.

(Beifall bei der Linksfraktion und der NPD)

Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht um das Auswechseln einzelner Personen. Hier ist eine großspürige Methode, Politik zu machen, auf der ganzen Linie gescheitert. Diese Methode der Politik hat die Zentren der sächsischen Wirtschaft zu verlängerten Werkbänken der westdeutschen Bundesländer gemacht und nun die Landesbank in einer Nacht-und-Nebel-Aktion an einem schönen Sonntag mal eben nach Baden-Württemberg verscherbelt. Die Folgen sind ebenso eindeutig wie verheerend. Über Kreditlinien für Investoren in Sachsen wird künftig allein in Stuttgart entschieden.

Das ist geblieben von Ihrem gescheiterten Experiment, Herr Ministerpräsident, für das die sächsischen Steuerzahler noch in Jahren werden bluten müssen.

Auf der heutigen Sitzung werden wir nun nur noch im Nachhinein unterrichtet. Aber wir werden uns nicht mit Allgemeinplätzen abspeisen lassen. Der Landtag hat Anspruch darauf, dass er sämtliche Informationen erhält, die ihm auch vorgelegt worden wären, wenn er über den Verkauf hätte abstimmen müssen. Die heutigen Ausführungen des Herrn Finanzministers waren diesbezüglich völlig unzureichend.

Für uns gibt es eine ganze Reihe offener Fragen, die wir sowohl im Haushalts- und Finanzausschuss als auch im Untersuchungsausschuss nachdrücklich stellen werden. Heute und hier will ich nur einige davon nennen:

Was genau waren die Ursachen für den Zusammenbruch der Bank? Wie war es möglich, dass nur einige Stunden, nachdem der Sachsen LB eine milliardenschwere Kreditlinie bereitgestellt wurde, ein Loch von angeblich 400 Millionen Euro auftauchte, das dann plötzlich das Aus für die Bank bedeutete? Was genau führte zu diesem Millionenloch und in welchem Geschäftsbereich ist es entstanden? Welche Kontrollmechanismen gab es innerhalb der Staatsregierung, innerhalb der Sachsen LB Europe und der Sachsen LB, um eventuelle Verluste zu erkennen und gegebenenfalls verhindern zu können? Seit wann und warum ist der Posten des Leiters Risikocontrolling bei der Sachsen LB Europe unbesetzt? Wer oder was verbirgt sich hinter dem Code-Namen Dublin II? Wie kann es sein, dass bei der Sachsen LB offenbar Geschäfte mit einem Volumen im zweistelligen Milliardenbereich nicht in den offiziellen Bilanzen auftauchten, sondern als sogenannte Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz geführt wurden? Welchen Umfang hatte dieses außerbilanzielle Engagement tatsächlich?

Da der Sachsen-LB-Vorstand immer großen Wert auf das Provisionssystem der Bankmanager seiner Dubliner Tochter legte, wollen wir wissen, ob dieses System falsche Anreize geschaffen und zum hochriskanten Zocken geradezu herausgefordert hat.

Herr Ministerpräsident, was ist dran an den Gerüchten, es gäbe in Dublin mehrere verdeckte Treuhandgesellschaften, die in den vergangenen Jahren kräftig mitverdient hätten? Welche Personen aus Wirtschaft und Politik verstecken sich dahinter?

Wir fragen weiter: Welcher konkrete Schaden ist dem Land durch den überstürzten Verkauf der Sachsen LB bisher entstanden? Was bringt uns der Verkauf, wenn wir am Ende aufgrund der Gewährträgerhaftung sowie diverser Vertragsklauseln auf allen Altlasten und Risiken sitzen bleiben?

Die Berliner Landesbank ist bekanntlich einen anderen, schwierigeren Weg gegangen, hat aber auch einen erheblichen Erlös erzielt. Last but not least wollen wir wissen, wie hoch die Risiken für die sächsischen Steuerzahler nach dem Verkauf im Worst Case – also im schlimmsten

Fall – tatsächlich sind. Was ist mit den Ausschüttungen an die Kommunen, mit denen insbesondere Ausgaben im Sozial-, Kultur- und Sportbereich finanziert wurden? Wie wird dieses Manko ausgeglichen? Welche Bilanzverluste bedeutet der Verkauf der Sachsen LB für jene Sparkassen, die der sächsischen Finanzgruppe angehören? Was soll überhaupt aus der Finanzgruppe werden, wenn mit der Landesbank eine tragende Säule weggebrochen ist? Schließlich: Was passiert, wenn die baden-württembergische Landesbank von der im Vertrag offenbar vorhandenen Ausstiegsklausel Gebrauch macht? Darüber hinaus wird zu prüfen sein, was die Aufsichtsgremien wussten, was ihnen womöglich vorenthalten wurde und wie sie ihren Aufgaben nachgekommen sind. Hierbei ist natürlich auch der Verwaltungsrat zu befragen.

Wogegen wir uns allerdings mit aller Entschiedenheit wehren, ist der Versuch einer Legendenbildung, bei dem aus durchsichtigen Gründen versucht wird, die Opposition für etwas in Mithaftung zu nehmen, für das allein die Staatsregierung verantwortlich war. Mein Kollege Weckesser, der dem Verwaltungsrat zu jener Zeit, als die extremen Risikogeschäfte eingefädelt wurden, überhaupt nicht angehörte, wird dazu vielleicht selbst noch etwas sagen.

Zurück zur Chronologie. Bereits vor zweieinhalb Jahren hatten wir wegen der dubiosen Leasinggeschäfte der Sachsen LB und der Affären um Vettern- und Mätressenwirtschaft sowie Begünstigung eine Regierungserklärung durchgesetzt. Damals hatte sich der Ministerpräsident noch selbst dem Parlament gestellt. Bereits 2005 sahen wir erhebliche Risiken in der Landesbank, übten massive Kritik am Geschäftsgebaren des Vorstandes sowie der Kontrolltätigkeit des Verwaltungsrates und forderten Auskunft über die tatsächliche Lage der Bank.

Der Ministerpräsident hat damals nur abgewiegelt. Ich gestatte mir, Herr Milbradt, aus Ihrer Rede eine kurze Passage zu zitieren. O-Ton Georg Milbradt: „Wie schon der Finanzminister, weise ich ausdrücklich jede Parallele zur Bankgesellschaft Berlin und Äußerungen zu angeblichen Milliardenrisiken entschieden zurück.“

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Es ist auch schlimmer gekommen! –  
Beifall bei der Linksfraktion)

Solche Spekulationen in den Medien sind unverantwortlich gegenüber der Bank und deren Mitarbeitern. Sie schaden der Bank und dem Ansehen des Wirtschaftsstandortes Sachsen.“ Sie beendeten diese Passage mit dem Satz – wieder Zitat Georg Milbradt –: „Vermutungen, es gäbe ein nicht überschaubares Risiko, entbehren jeder Grundlage.“ Ich stelle fest, Herr Ministerpräsident: Sie haben damals die Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ob dies bewusst geschah oder ob es fahrlässig war, wird sich noch erweisen.

Schaden für die Bank und das Ansehen des Wirtschaftsstandortes Sachsen ist nun allerdings tatsächlich eingetreten. Zu verantworten haben dies jedoch nicht die Opposition und die Medien, sondern die von Ihnen geführte Staatsregierung.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Kollege Milbradt, es gibt noch eine weitere, sehr interessante Passage in Ihrer damaligen Regierungserklärung. Ausweislich des Landtagsprotokolls haben Sie auf unser Drängen hin auch auf die umstrittenen Geschäfte in Dublin Bezug genommen und Folgendes ausgeführt – ich zitiere –: „In den vergangenen Wochen wurde auch über angeblich unkalkulierbare Risiken im Kredit- und Beteiligungsportfolio der Sachsen LB, insbesondere in Dublin, spekuliert. Nach allem, was wir wissen,“ – so der Ministerpräsident damals – „ist auch diese Aussage unbegründet und geschäftsschädigend.“ Alles unbegründet und geschäftsschädigend, Herr Ministerpräsident? Genau wegen der damals von Ihnen so hartnäckig geleugneten Risiken musste die Landesbank gut zwei Jahre später eine Kreditlinie von sage und schreibe 17,3 Milliarden Euro nehmen. Haben Sie damals wirklich nichts davon gewusst, Herr Milbradt?

Lassen Sie mich noch einmal kurz in Erinnerung rufen, wie alles angefangen hat. Im Jahr 1992 hatte der damalige sächsische Finanzminister Georg Milbradt ein ehrgeiziges und im Übrigen durchaus nachvollziehbares Ziel, nämlich die Schaffung einer ostdeutschen Landesbank. Doch die anderen Finanzminister im Osten entschieden sich für einen anderen Weg und suchten sich Partner im Westen. Georg Milbradt ließ sich jedoch nicht beirren und gründete im Alleingang die Sächsische Landesbank. Er wollte nicht von anderen abhängig sein und selbst über Wirtschaftsförderung und Kreditvergaben entscheiden können. Auch diese Überlegung war noch nachvollziehbar.

1992 in der Gründungsphase der Sachsen LB lief die Diskussion zur generellen Zukunft von Landesbanken in den westlichen Ländern bereits auf vollen Touren. In dieser Situation, da im Westen Zusammenschlüsse debattiert wurden, gründete der Freistaat Sachsen eine neue, weitere Bank, die einzige in den ostdeutschen Bundesländern. Für einen solchen Schritt hätte es – dazu bekennen wir uns ausdrücklich – durchaus eine Berechtigung gegeben, allerdings nur dann, wenn sich die Bank in einer Region wirtschaftlichen Umbruchs von Beginn an konsequent als Bank für den äußerst kapitalschwachen einheimischen Mittelstand profiliert hätte. Das hätte zwar keine Traumrenditen gebracht, aber eine feste Verankerung im heimischen Wirtschaftskreislauf einschließlich seiner weltwirtschaftlichen Bezüge zum Beispiel auf dem Weg der Exportfinanzierung oder der Aufrechterhaltung und des Ausbaus des Osteuropageschäftes.

Georg Milbradt ging 1992 einen riskanten, aber auch mutigen Schritt. Er wollte ein Instrument, das die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig gestalten sollte. Aber, Herr Ministerpräsident, gerade weil Sie der Vater der Institution waren und weil Sie so darum gekämpft haben,

können wir nicht verstehen, warum Sie die von Ihnen geschaffene Landesbank jetzt ruiniert haben.

In seinem Buch „Die sächsische Verbundlösung“ hatte Georg Milbradt noch ausdrücklich betont: Die geschäftspolitische Ausrichtung der Landesbank heißt Förderung der regionalen Wirtschaft, nicht Gewinnmaximierung. Doch es geschah genau das Gegenteil. Schon bald war die kleine, aber feine Landesbank dem sächsischen Finanzminister nicht mehr gut genug. Er wollte nicht nur ein German- oder European-, sondern am besten gleich ein Globalplayer werden. Dass die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik der Europäischen Union die öffentlich-rechtlichen Institute um das Jahr 2000 vor neue Herausforderungen stellte, soll hier nicht verschwiegen werden. Aber die Antworten auf diese Herausforderungen waren von Anfang an fragwürdig und wurden zudem gegen den erklärten Willen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt.

Als Georg Milbradt nämlich sein Modell von der sächsischen Finanzholding in die Welt setzte und die Sparkassen einkassieren wollte, regte sich damals heftiger Widerstand. Der erfolgreiche Volksentscheid „Pro kommunale Sparkasse“ im Herbst 2001 war eine herbe Niederlage für die Staatsregierung und die sie tragende CDU-Fraktion. Gelernt haben beide daraus nichts. Als hätte es den Volksentscheid nicht gegeben, kreierte die Staatsregierung ein Jahr später unter anderem Namen die Sachsen-Finanzgruppe und schuf damit eine Haftungs- und Schicksalsgemeinschaft von kommunalen Sparkassen und Sächsischer Landesbank, die uns mit Sicherheit noch teuer zu stehen kommen wird.

Bereits zwei Jahre vor dem Volksentscheid, im September 1999, war die Sachsen LB Europe als hundertprozentige Tochter der Sachsen LB in Dublin gegründet worden. Schon an dieser Stelle ist natürlich zu fragen, ob es vertretbar war, erhebliche Kapitalsummen, die wir in Sachsen hätten gut gebrauchen können, durch eine kleine Bank in wesentlich wirtschaftsstärkeren Ländern zu investieren.

Die immer wieder vorgebrachte Rechtfertigung, sowohl die CFH als auch die Sachsen LB Europe hätten anfangs hohe Gewinne erzielt, in bestimmten Geschäftsjahren sogar den Löwenanteil im Sachsen-LB-Konzern, hält einer näheren Prüfung nicht einmal ansatzweise stand. Fakt ist, dass sich die Sachsen LB auf politische Veranlassung oder zumindest mit politischer Rückendeckung mit jeweils hoher Kapitalvolumina auf hoch brisante Märkte vorgewagt hat, auf denen durch den teilweise spekulativen Charakter der Geschäfte jederzeit Rückschläge oder Krisen auftreten können, und dies in einem Umfang, den eine Großbank vielleicht noch einigermaßen auffangen kann, eine Sachsen LB, wie wir jetzt sehen, aber mit Sicherheit nicht.

Die Sachsen LB hat auf dem globalen Zockermarkt, den selbst größte Banken kaum noch überblicken können, mitgezockt – und dies noch dazu wie ein Spielsüchtiger mit Beträgen, die jegliches Maß vermissen ließen.

Von einer vertretbaren Risikostreuung, von der der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom März 2005 wiederholt sprach, konnte in der Praxis keine Rede sein. Gerade der angebliche Finanzfachmann Georg Milbradt hätte doch aber erkennen müssen, dass das Geschäft auf den Kapitalmärkten zwar Gewinne abwirft, aber mit steigenden Gewinnen auch die Risiken entsprechend steigen. Sie hätten doch sehen müssen, dass es in der Bank sogenannte Klumpenrisiken gibt; denn kein vernünftiger Mensch kauft nur Aktien von Unternehmen aus einer Branche.

Die Kritik an der Sachsen LB Europe im KPMG-Gutachten, das dem Bankenvorstand Ende 2005 vorgelegt wurde, hätte kaum verheerender ausfallen können. Darin heißt es – Zitat –: „Eine dokumentierte Beurteilung der Ertrags- und Liquiditätsrisiken, die auch den Wegfall der Gewährträgerhaftung zu berücksichtigen hätte, hat uns nicht vorgelegen. Die Strategie der SLBE setzt somit voraus, dass es grundsätzlich nie zu Marktstörungen kommt.“ – Und davon will die Staatsregierung tatsächlich nie etwas erfahren haben?

Die Schuld am Debakel der Sachsen LB nun aber allein den Turbulenzen am amerikanischen Immobilienmarkt zu geben, grenzt an Verdummung. Die US-Hypothekenkrise war unbestritten der Auslöser des Dilemmas, jedoch niemals die Ursache. Die Ursache für das Scheitern der Landesbank war die Beteiligung an Geschäften auf Märkten, auf die diese Bank niemals hingehört hätte.

(Beifall bei der Linksfraktion  
und vereinzelt bei der NPD)

Die Sachsen LB war eines der schwächsten – weil kleinsten – Glieder in der globalen Finanzkette, und es gibt einen klaren Punkt, den man festmachen kann: Entscheidend für diese Entwicklung war ein geradezu abenteuerlicher Strategiewechsel der Bank, der 2001 gegen heftigste Widerstände durchgedrückt worden war. Leider kann der ehemalige Wirtschaftsminister Kajo Schommer nichts mehr zu dieser fatalen Neuorientierung der Geschäftspolitik der Sachsen LB sagen, die nachweisbar von Ihnen, Herr Milbradt, als Finanzminister vorbereitet wurde und die Ihr Nachfolger de Maizière umgesetzt hat, und zwar gegen das ausdrückliche Votum von Vorstandsmitgliedern der Bank, gegen Vertreter der Belegschaft und einen Großteil der Repräsentanten der Sparkassen – und eben auch gegen die Stimme von Wirtschaftsminister Schommer.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: So war es!)

Das damalige Vorstandsmitglied Eckard Laible war wegen dieser Entscheidung unter Protest sogar von seinem wahrlich gut dotierten Vorstandsposten zurückgetreten. Vor dem 1. Untersuchungsausschuss dieser Wahlperiode begründete er dies damit, dass er es für unzumutbar gehalten habe, jenen Kunden, die er bis dato betreute, die strategische Kehrtwende vermitteln zu müssen. Sie haben dies jedoch durchgezogen. Was damals beschlossen wurde, war die Abkehr vom klassischen inländischen

Kreditgeschäft mit mittelständischen Unternehmen – hin zum internationalen Kapitalmarktgeschäft. Ohne diesen völlig unnötigen Strategiewechsel wäre unsere Landesbank heute noch in sächsischer Hand.

(Beifall bei der Linksfraktion  
und vereinzelt bei der NPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, tragen die Verantwortung dafür, dass die kleine Sachsen LB wie ein Elbedampfschiff auf die hohe See weltweiter Spekulation getrieben wurde, um dann beim ersten Sturm völlig manövrierunfähig zu werden. Es war die Linksfraktion, die 2005 einen Untersuchungsausschuss gefordert und dann auch durchgesetzt hat. FDP und GRÜNE konnten sich damals nicht dazu durchringen, den entsprechenden Antrag mit zu unterstützen.

(Johannes Lichdi, GRÜNE:  
Wir hatten etwas Besseres vor!)

Insofern ist es schon ein wenig eigenartig, wenn nun gerade diese beiden Fraktionen eine Erweiterung des Untersuchungsauftrages für einen Ausschuss fordern, den sie eigentlich nicht gewollt haben.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Das ist folgerichtig!)

Im Übrigen rate ich uns allen, mal wieder einen Blick in den Einsetzungsauftrag zu werfen; denn dann wird man feststellen, dass die Sachsen LB Europe schon jetzt in ausreichendem Umfang untersucht werden kann. Eine Erweiterung des Auftrages zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist demzufolge aus unserer Sicht überhaupt nicht erforderlich.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Bis zum April 2005!)

Wie notwendig der Untersuchungsausschuss war, zeigt allerdings die aktuelle schwere Krise der Landesbank. Ja, der Ausschuss hätte vielleicht sogar Gelegenheit geboten, den Zusammenbruch der Bank verhindern zu helfen, wenn CDU und Staatsregierung nicht permanent die Aufklärung unterminiert hätten. Der Ausschuss hat frühzeitig jene Unterlagen angefordert, die jetzt für Aufregung sorgen: den BaFin-Bericht und das KPMG-Gutachten, aus dem hervorgeht, dass es in der Bank erhebliche und unkalkulierbare Risiken gab und sogar förmliche Beanstandungen ausgesprochen wurden.

Doch die Herausgabe der Unterlagen wurde und wird zum Teil bis heute verweigert, oder die Unterlagen werden umfänglich geschwärzt, sodass damit nichts anzufangen ist.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:  
500 Seiten wurden geschwärzt!)

Dies gilt auch für die angeforderten Akten des Kreditausschusses, aus denen die Risikoanlagen hätten erkennbar sein müssen. Diese wiederum wurden nicht geschwärzt, sondern geweißt, waren im Ergebnis jedoch genauso unbrauchbar.

Meine Damen und Herren! Es ist heute müßig, darüber zu spekulieren, was passiert wäre, wenn wir damals die Prüfberichte bekommen hätten und die Chance dagewesen wäre, rechtzeitig aufzuräumen und einen Kurswechsel vorzunehmen, um den Schaden zu begrenzen. Diese Chance ist leichtfertig vertan worden.

Es ist unbestritten, dass vor allem die CDU, die in Sachsen bis 2004 allein regiert hat, Verantwortung für die eingetretene Situation trägt. Seitdem ist jedoch auch die SPD mit im Regierungsboot, auch wenn in der Öffentlichkeit bisweilen der Eindruck erweckt wird, als hätten die Sozialdemokraten mit alledem überhaupt nichts zu tun. Die einzige SPD-Landrätin fühlt sich vom CDU-Finanzminister und dem Bankenvorstand belogen. Wirtschaftsminister Jurk bläst – etwas vorsichtiger – dennoch ins gleiche Horn.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:  
Er war ja 2001 mit dabei!)

DGB-Chef Hanjo Lucassen fordert personelle Konsequenzen aus dem Skandal, und Karl Nolle versucht weiterhin, die Opposition mit verbalen Angriffen und Rücktrittsforderungen zu übertreffen. Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Die Sozialdemokraten werden sich über kurz oder lang entscheiden müssen, ob sie mit dem schwer leckgeschlagenen Regierungsschiff untergehen oder nachhaltig eigene politische Akzente setzen wollen. Letzteres ist mit der CDU ganz offensichtlich nicht zu machen. Herr Wowereit hat in Berlin in vergleichbarer Situation nicht gezögert, einen Schlussstrich zu ziehen. Vielleicht sollte die sächsische SPD demnächst einmal darüber nachdenken.

(Beifall bei der Linksfraktion – Stefan Brangs,  
SPD: Vielen Dank für die Ratschläge!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Schluss noch einige abschließende Bemerkungen zur Frage der politischen Verantwortung für das aktuelle Desaster machen.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Was  
ist eigentlich mit Herrn Weckesser?)

Gestern sind bekanntlich zwei Vorstände der Sachsen LB abberufen worden und der Vorstandsvorsitzende hat seinen Rücktritt angekündigt. Das ist richtig, und das war überfällig; aber es erinnert doch fatal an die Situation vor zweieinhalb Jahren, als es um Millionenverluste im Zusammenhang mit fragwürdigen Leasinggeschäften, aber auch um die bekannten Vorwürfe von Vettern- und Mätressenwirtschaft ging. Auch damals wurden die Bankvorstände geopfert – natürlich mit Übergangs- und Abfindungsregelungen in Millionenhöhe weitgehend ruhig gestellt.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Schweigegehd!)

Mit dem gestrigen „Vorstandskegeln“ mussten in weniger als drei Jahren in Sachsen sage und schreibe acht Bankmanager der Landesbank ihren Hut nehmen. Die politisch

Verantwortlichen für das Desaster verweigerten bzw. verweigern bis heute jegliche Konsequenzen.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht zu erwarten, dass die CDU auf die Linksfraktion hört; deshalb möchte ich mich ausnahmsweise einmal auf den früheren Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf berufen, der inzwischen schon vor dem Landesbank-Untersuchungsausschuss aussagen musste. In seiner Zeugenvernehmung am 22. Januar dieses Jahres führte er aus – Zitat –: „Nach meinem Verständnis besteht politische Verantwortung auch dann, wenn man den Sachverhalt nicht kannte, er aber in der Administration, die man führt, bekannt war und trotzdem keine Verhaltensweisen ausgelöst hat. Politische Verantwortung“, so Kurt Biedenkopf weiter, „trägt man nicht nur in dem Sinne, dass man selbst die Ursachen für einen Gegenstand gelegt hat. Es ist allgemein üblich und in jedem Parlament bekannt, dass man einen Minister“, und ich füge hinzu: auch einen Ministerpräsidenten, „in die politische Verantwortung nimmt, wenn in seinem Namen etwas schiefgelaufen ist; auch dann, wenn er persönlich keine Ahnung hat, zum Beispiel, weil er nicht unterrichtet worden ist.“

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Genau!)

Nimmt man diese Biedenkopf-Definition zum Maßstab, dürften allerdings zwei Drittel aller jetzigen Kabinettsmitglieder nicht mehr im Amt sein.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! Es ist heute nicht die Stunde, alles aufzulisten. Es geht uns auch nicht darum, dass jetzt jemand politische Verantwortung für etwas übernehmen soll, das er nicht verursacht hat. Es geht gerade darum, dass sich jene, die nachweisbar auch ganz persönlich Schuld auf sich geladen haben, endlich dazu bekennen und die aus unserer Sicht unvermeidlichen Konsequenzen ziehen. Diese Aufforderung richte ich insbesondere an den Ministerpräsidenten.

Was Horst Metz angeht, so liegt seine unmittelbare Verantwortung – er hat selbst dazu gesprochen – offen auf der Hand. Er war in den vergangenen Jahren der zuständige Minister und saß in einer Vielzahl von Gremien, die unmittelbar mit dem Bankenskandal zu tun haben. Sie sind Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sachsen LB, Vorsitzender des Kreditausschusses, Vorsitzender des Präsidialausschusses und Vorsitzender der Anteilseignerversammlung. Dort hätten Sie nicht nur handeln können, sondern auch handeln müssen. Oder waren Ihnen durch Ihren Chef Ihre Hände gebunden? Sei es, wie es sei, eines ist klar: Der Finanzminister hat am engsten mit den Vorständen der Landesbank zusammengearbeitet. Nachdem diese zu Recht gegangen sind bzw. „gegangen wurden“, kann aus unserer Sicht – ich bitte um Verständnis, das sagen zu müssen – der Finanzminister nicht einen Tag länger im Amt bleiben. Sie sollten nicht bis Ende September warten.

(Beifall bei der Linksfraktion  
und vereinzelt bei der NPD)

Schon allein die Mitverantwortung für die Personalauswahl an der Spitze der Landesbank wäre ein Rücktrittsgrund. Es ist bekannt, dass sich auch hier der Ministerpräsident immer wieder persönlich eingeschaltet hat. Ich höre ihn noch reden – hier von diesem Pult aus – von den exzellenten Bankern, als es um Fuchs und Weiss ging, die er bis zuletzt gehalten hat – wohl auch, weil sie zu viel wussten und ihm gefährlich werden konnten. Ich höre noch die Lobeshymnen auf den Nachfolger Süß, der die Bank angeblich aus der Krise geholt und dauerhaft fit für die Zukunft gemacht hätte.

Heute beklagt sich der gleiche Georg Milbradt über völlig untaugliches Krisenmanagement und spricht vom Versagen des Bankvorstandes. Bei ihm sind immer die anderen schuld. Der Ministerpräsident blendet zudem immer aus, dass er es war, der diese Leute geholt und ins Amt befördert hat.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Ministerpräsident, Sie sind seit 1990 fast ununterbrochen in Regierungsverantwortung, über lange Jahre als Finanzminister, heute als Chef der Regierung. Eigentlich wissen Sie es selbst: Sie stehen heute vor den Trümmern Ihrer Aufbauarbeit. Das bescheinigte Ihnen Ihr Amtsvorgänger bereits vor mehr als zwei Jahren, als er in seinem denkwürdigen Brief unter anderem schrieb – ich zitiere –: „Der Ruf der Landesbank könnte schlechter nicht sein. Dafür, Georg, trägst Du die politische Verantwortung. Ich erwarte von Dir, dass Du zu dieser Verantwortung auch stehst.“ Soweit Kurt Biedenkopf.

Inzwischen, Herr Milbradt, haben Sie noch mehr Schuld auf sich geladen. Ein Ruf als begnadeter Politiker ging Ihnen nie voraus. Aber bis vor Kurzem galten Sie deutschlandweit noch als anerkannter Finanzfachmann. Nun ist allerdings auch dieser Nimbus irreparabel zerstört.

Die Öffentlichkeit fühlt sich durch Sie getäuscht. Am 18. August – nach Zusage der gigantischen Kreditlinie von 17,3 Milliarden Euro – ließen Sie Ihren Finanzminister verkünden – Zitat –: „Die Liquidität der Sachsen LB ist dauerhaft und nachhaltig sichergestellt.“

Fünf Tage später, am Donnerstag, dem 23. August, erklären Sie, Herr Milbradt, in einem Interview in der „Freien Presse“ – Zitat –: „Das schnelle und professionelle Handeln der öffentlich-rechtlichen Banken hat eine wirkliche Schiefelage verhindert.“

Einen Tag später recherchieren verschiedene Journalisten, dass neue Finanzlöcher bei der Landesbank entstanden seien, die zu deren Verkauf nötigten. Das stand am Sonnabend in der Zeitung. Gut 24 Stunden später war die selbstständige Sächsische Landesbank Geschichte.

Herr Ministerpräsident, wer soll Ihnen noch etwas glauben?

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Ministerpräsident, eines Ihrer Vorzeigeprojekte – bei näherer Betrachtung vielleicht das einzige – war ein solider Landeshaushalt. Sie wollten gut vorbereitet sein

auf die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II. Sie haben dem Freistaat und seinen Bürgern 17 Jahre lang einen Sparkurs aufgezwungen. Am Ende haben Sie das Gesparte verzockt.

(Beifall bei der Linksfraktion und der NPD –  
Dr. Fritz Hähle, CDU: Ach!)

Ich weiß, dass die Verträge so gestaltet sind, dass Sie hoffen, bis über die nächste Landtagswahl zu kommen, und dass erst danach die tatsächlichen Schäden sichtbar werden. Aber wir werden drängen, dass aufgeklärt wird und dass die Zahlen auf den Tisch kommen.

Wenn der tatsächliche Schaden in zwei oder drei Jahren vollständig sichtbar sein wird, dann werden wir womöglich fast so viele Schulden haben wie unsere Nachbarländer. Doch die, Herr Ministerpräsident, haben damit erfolgreich investiert. Sie dagegen haben zugelassen, dass Milliardenbeträge an den Aktienmärkten verspekuliert wurden.

Der Gipfel der Unverschämtheit, Herr Milbradt, ist es, dass Sie jetzt allen Ernstes versuchen, sich als Retter aufzuspielen. Ihr Verfassungsauftrag war es, Schaden vom Land abzuwenden. Sie aber haben Schaden angerichtet, und zwar vermutlich in Milliardenhöhe.

(Beifall bei der Linksfraktion  
und vereinzelt bei der NPD)

Sie können sich nicht damit herausreden, dass bei sofortiger Pleite der Landesbank der Schaden womöglich noch größer gewesen wäre. Schon wer so etwas überhaupt als Argument anführt, beweist seine Ungeeignetheit. Wer so unverantwortlich mit Steuergeldern umgeht, der darf dieses Land nicht länger regieren.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! In der Seefahrt gilt das Gebot: Der Kapitän verlässt als Letzter das sinkende Schiff. – Das Schiff ist gesunken. Die Offiziere – sprich: Vorstände – sind gegangen. Jetzt ist der Kapitän an der Reihe.

(Zuruf von der CDU: Das hätten Sie gern!)

Herr Ministerpräsident, tun Sie dem Land einen letzten Dienst! Entlassen Sie den Finanzminister noch heute und treten Sie anschließend selbst zurück! Machen Sie den Weg frei für einen Neuanfang in Sachsen!

(Beifall bei der Linksfraktion und der NPD)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Ich erteile der CDU-Fraktion das Wort. Herr Dr. Rößler, bitte.

**Dr. Matthias Rößler, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mich der wirklich schwierigen Materie widme, möchte ich meinem, unserem Kollegen Horst Metz meinen Respekt für seinen Schritt aussprechen. Ich begrüße es auch ausdrücklich, dass er deutlich gemacht hat, dass er in dem Moment, da das Schiff in schwerer See ist, nicht – wie Sie

es wollen, Herr Hahn – von Bord geht, sondern sich weiter darum bemüht.

(Beifall bei der CDU –  
Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Ich denke, es ist gerettet, im Hafen?!)

– Ich komme noch darauf. Wir bemühen uns jetzt immer sehr um die Seefahrt, Herr Hahn. Wir sind eben noch nicht ganz im Hafen.

Das Handeln von Horst Metz spricht für einen verantwortungsbewussten Politiker.

Sie haben unseren Ministerpräsidenten angegriffen, Herr Hahn. Man kann Georg Milbradt viel nachsagen, aber dass er Angst hätte, gar vor der Linkspartei oder vor Ihnen, Herr Hahn, bestimmt nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nein, Sie können ganz sicher sein, dass er das Wort noch ergreift.

In der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause haben wir in diesem Hohen Hause um die Umwandlung der Sachsen LB in eine Aktiengesellschaft gestritten. Die einen meinten – insbesondere auf dieser Seite des Parlaments –, dass die Bank besser in ihrer bisherigen Rechtsform verbleiben sollte, um einen stärkeren Einfluss und die direktere Kontrolle der sächsischen Landespolitik beizubehalten. Die anderen wollten wegen des Wegfalls von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast die Bank in eine Aktiengesellschaft umwandeln, da ihr – ich zitiere – „der Wind des globalen Wettbewerbs scharf um die Nase“ pfliffe.

Aber alle waren zu diesem Zeitpunkt stolz auf unsere einzige ostdeutsche Landesbank, die nach un schönen Skandalen wieder beachtliche Gewinne abwarf und in ruhigerem Fahrwasser schien.

Die kleinste Landesbank hat auch Großartiges bei der Ansiedlung der sogenannten Leuchttürme geleistet, und sie fing – daran müssen wir uns auch alle erinnern, und mancher muss sich in diesem Haus an die eigene Nase greifen – marode industrielle Kerne auf – wir erinnern uns noch –, um Arbeitsplätze zu sichern. Dabei musste sie politisch gewollte Verluste auf diesem strukturschwachen Heimatmarkt einstecken. Die waren natürlich anderswo auszugleichen. Dies und der Druck der Anteilseigner, den wir ja auch aus jedem Verwaltungsrat unserer Sparkassen kennen, mag zu Anfang des Jahrzehnts dazu geführt haben, dass sich die Bank zu immer größerem Engagement auf internationalen Kapitalmärkten bewegt sah. Dass über 90 % der Gewinne aus Dublin kamen, haben wir alle gewusst, und wir haben auch gewusst, dass wir einen strategischen Partner brauchten.

Damals – so schnell geht das – wollten wir noch auf Augenhöhe um eine Holdinglösung verhandeln. Die „Süddeutsche Zeitung“ vermutete am Dienstag gar, dass die Politiker in Sachsen Anlehnung suchten und die Sachsenbank verkaufsfertig machten. Richtig ist sicher,

dass wir uns unserer Kleinheit bewusst waren und einen starken Partner suchten.

Aber in der Politik ist das wie im Leben: Es hilft nicht, vergangenen Zeiten nachzutruern. Die Immobilienkrise in Amerika hat den Wind des globalen Wettbewerbs in einen Orkan der internationalen Finanzmärkte verwandelt. Unser kleines Schiffchen Landesbank kreuzte auch nicht, wie wir ja in den Reden im Juli hier noch gedacht haben, auf der wild bewegten See der öffentlichen Bankenlandschaft. Der kleine Kahn Landesbank, überladen mit Assed Backed Securities, ist in diesen Orkan geraten und leck geschlagen. Niemand nimmt uns unsere Ladung ab, obwohl auf den dicken Bündeln der Wertpapiere die drei großen A – Tripple A, wie es im Bankerdeutsch heißt – kleben.

Die Landesbank hat die Ladung mit Schuldverschreibung finanziert. Die Geldgeber wollen ihr Geld zurück – am besten heute oder spätestens in 270 Tagen. Das sind die Laufzeiten dieser Commercial Papers, wie es jetzt so schön heißt.

Dieser Liquiditätskredit von 17,3 Milliarden Euro schuf scheinbar eine Atempause. Das haben wir alle gedacht, und es war – man sollte das nicht schlechtreden – trotz der Zinsen eine großartige Solidarleistung der öffentlichen Banken in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, neue Risiken tauchten auf. Es drohten Wassereinbruch und Untergang. Unsere Landesbank ist eben, wie Heinz Eggert sagt – er ist ja von der Küste –, nur ein kleiner Kahn.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ist das hier die Sendung mit der Maus?)

– Du kannst ja dann noch Maus spielen, Antje.

Wir müssen froh sein, dass uns das seetüchtigste Flaggschiff unter den deutschen Landesbanken auf den Haken nimmt. Zur Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg gab es keine Alternative. Nur mit schnellem Handeln hat die Staatsregierung die Schließung der Bank verhindert und unmittelbaren Schaden von den öffentlichen Haushalten abgewendet.

(Beifall bei der CDU)

Sie hat ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Aber dabei sollte man Demut üben und nicht so tun, als wäre dies ein großer Erfolg.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, sagt unser Ministerpräsident Georg Milbradt zu Recht. Aber wie groß unser Veilchen noch anschwillt – ich habe da meine eigene Erfahrung –, werden wir sehen.

Die Landesbank Baden-Württemberg ist die kapitalstärkste und wirtschaftlich erfolgreichste Landesbank. Sie ist ein solider Partner für unsere sächsischen Sparkassen. Für die Sparer – das ist doch wichtig – ändert sich überhaupt

nichts; deren Konten sind sicher. Sicher sind der unmittelbare Beschäftigungsumfang – diese 360 Stellen der Landesbank in Leipzig – und der Bankenstandort in der größten sächsischen Stadt. Perspektiven ergeben sich bei der Entwicklung des Osteuropageschäftes, das in Leipzig ausgebaut werden soll. Übrigens soll das Osteuropageschäft für die gesamte LBBW – so sagte es Dr. Jaschinski, der Vorstandsvorsitzende, auf unserer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses – bei uns in Leipzig profiliert werden. Er versicherte uns am Mittwoch außerdem, dass die Zinsen der Kreditnehmer unbeeinflusst bleiben.

Meine Damen und Herren! Es ist doch eine gute Botschaft für unseren Mittelstand, wenn er baden-württembergische Konditionen bekommt. Herr Dr. Hahn, Herr Dr. Jaschinski hat einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Herr Dr. Hahn, das Wichtige bei Ihrer unglaublich populistischen Rede ist, so glaube ich, dass wir die Situation nüchtern analysieren und dass wir unsere Position nicht noch schlechterreden, auch in diesem Fusionsprozess.

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich blieb uns gar keine Wahl. Trotzdem haben wir die Richtigen gefunden.

(Heiterkeit bei der Linksfraktion und der FDP)

Bei den Baden-Württembergern wissen wir doch – es sitzen ja genug Baden-Württemberger gerade in unserer FDP-Fraktion, das ist ja fast eine baden-württembergische Fraktion – seit 1990, woran wir sind. Selbst, meine Damen und Herren, die sich zum Geiz steigernde Sparsamkeit verbindet Schwaben und Sachsen. Außerdem sollten wir aus den eigenen Fehlern lernen. Der Schwerpunkt der eigenen Geschäftstätigkeit sollte wieder in der Unterstützung der Wirtschaft liegen.

(Unruhe)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Dr. Matthias Rößler, CDU:** – Ja, wir haben uns die Sache von Herrn Dr. Hahn auch angehört.

Der Schwerpunkt unserer Wirtschaft liegt in den kleinen und mittleren Unternehmen, gerade wenn man feststellt, dass uns bei der Sachsenbank ein Geschäftsmodell gefehlt hat. Jetzt orientieren wir uns am erfolgreichen Geschäftsmodell der Baden-Württemberger. Dort steht eben der Mittelstand im Fokus.

(Sven Morlok, FDP: Gerade dort und nicht in Sachsen. Das ist das Problem!)

– Eben, und das müssen wir ändern. Sie machen das auch ganz deutlich mit Ihrem wunderbaren schwäbischen Dialekt.

Es geht aber auch um schwere Fehler, um berechtigte Kritik und – das sage ich dazu – für manchen von uns um ungewohnte Selbstkritik bei sächsischen Musterknaben. Der hastige Verkauf und die Begleitumstände werfen

Fragen auf, die nicht nur die Opposition und die Öffentlichkeit zu Recht stellen. Wie konnten Banker über eine Tochtergesellschaft in Irland mit waghalsigen Finanzprodukten bei dem geringen Eigenkapital ein so großes Rad drehen? Bemerkten Vorstände und Kontrolleure der Bank denn wirklich nichts? Hat die Bankenaufsicht geschlafen oder zu wenig Druck ausgeübt? Die Sonderprüfung der Bankenaufsicht im Jahr 2004 soll gravierende Erkenntnisse über interne Kontrolle und fehlende Transparenz bei Spekulationen zu Tage gefördert haben. Konsequenzen, die gezogen wurden, reichten offensichtlich nicht aus. Wir wissen, dass sich Herr Süß sehr bemüht hat, ein Risikomanagement, wie es so schön heißt, zu implantieren, und gerade in Bezug auf Herrn Süß, der vorher von vielen gefeiert worden ist, – –

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Von Ihnen!)

– Auch von Ihnen und Ihren Vertretern, Herr Porsch.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Von mir nicht!)

Das erleben wir oft – nicht nur in der Politik –, dass erst Hosianna gerufen wird und dann: kreuzigt ihn.

Eine genaue Aufarbeitung ist geboten und muss Konsequenzen haben. Wir müssen aus unseren eigenen Fehlern lernen und die anderen Landesbanken auch.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, müssen wir unser Schiff erst einmal in den sicheren Hafen schleppen lassen. Bis zum Jahresende ist alles zu tun, damit uns die Landesbank Baden-Württemberg nicht mehr vom Haken lässt. Dazu hat unser Kollege André Hahn nicht gerade beigetragen. Das Schiff ist ja gar nicht auf Grund gelaufen, das Schiff ist schwer leck geschlagen.

(Heiterkeit bei der FDP und den GRÜNEN)

Es kommt wirklich darauf an, meine Damen und Herren,

(Allgemeine Unruhe)

dass wir den Kahn gemeinsam flott bekommen.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt auf jeden Fall noch eines zu beachten: Wir haben eine Rückfallklausel im Vertrag.

(Anhaltende Unruhe)

Eigentlich hoffen wir –ich hoffe, und Sie auch –, dass diese nicht zur Anwendung kommt. Sie wird auch nicht zur Anwendung kommen, wenn wir uns bemühen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, Linksfraktion)

Jetzt kommt vielleicht für Sie etwas ganz Ungewohntes: Ich danke der Opposition für ihr verantwortungsbewusstes Handeln am entscheidenden Wochenende der Fusion.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:  
Was sollten wir denn machen?!)

– Eben, was sollten Sie denn machen?!

(Lachen bei der FDP)

Eigentlich wollte ich an der Stelle sagen: In der Not kommt das Land vor der Partei.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Das muss man einfach sagen. Ich hatte das Gefühl, dass das die Fraktionsvorsitzenden am Wochenende auch so gesehen haben.

Dabei sollten wir bleiben. Es geht darum, dass wir diesen sicheren Hafen bis zum Jahresende erreichen.

Ministerpräsident Günther Oettinger schätzt den Wert unserer Landesbank zwischen 300 Millionen Euro und 800 Millionen Euro und hält – ich zitiere –: „die Risiken für beherrschbar“.

(Zuruf des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Wenn der Wert deutlich oberhalb der Mindestgrenze von 300 Millionen Euro läge und wir das nachrangige Gewährleistungsrisiko bis 2010 loswürden, dann könnten wir zufrieden sein. Lassen Sie uns das Fell des Bären verteilen, wenn er erlegt ist. Lassen Sie uns dann diskutieren, ob ein Freistaat überhaupt eine Bank braucht oder ob die Arbeitsplätze in Leipzig

(Zuruf des Abg. Alexander Delle, NPD)

und der Standort besser durch eine weitere Bankbeteiligung gesichert sind. Lassen Sie uns das Ganze in einer breit angelegten, länger dauernden Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss bewerten und über politische und aufsichtsrechtliche Konsequenzen sprechen. Vielleicht gelingt es uns, in einem Memorandum die richtigen Lehren zu ziehen. Das Ziel sollte sein, dass wir uns in die aktuelle bundesweite Diskussion um die Neuordnung einschließlich der Bankenaufsicht einschalten.

Jedenfalls gibt es in Ostdeutschland keine eigenständige Landesbank mehr. Das ist bitter genug, das ist auch ganz besonders bitter für unseren Ministerpräsidenten Georg Milbradt.

(Zuruf von der Linksfraktion: In der Tat!)

Aber der jetzt ausgelöste Fusionsdruck wird die Landschaft der deutschen Landesbanken gewaltig verändern. Dieser Prozess hat – nicht nur in Sachsen – schon begonnen.

Meine Damen und Herren! Aus Schaden wird man klug, aber nicht reich, sagte meine Großmutter immer. Ich hoffe: Wir sind in Sachsen nun klug genug.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der Linksfraktion: Das wäre das erste Mal!)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Ich erteile der SPD-Fraktion das Wort; Herr Abg. Pecher.

(Allgemeine Unruhe und Zurufe – Glocke der Präsidentin)

**Mario Pecher, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich respektiere die Entscheidung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

der Landesbank, des Vorsitzenden des Kreditausschusses, Vertreters des Anteilseigners und Finanzministers des Freistaates Sachsen, die politische Verantwortung zu übernehmen. Denn „sächsisch“ als Erfolgsprinzip kann man zurzeit leider nicht empfehlen. Das ist für mich das Fazit aus diesem Geschehen.

Ich habe diese Rede mit drei Fragen überschrieben: Was ist passiert? Wie ist es passiert? Warum ist es passiert?

Wir haben eine Bank verloren und damit nicht nur ein Stück Identität – für manchen auch ein Lebenswerk –, sondern wir haben mit konkreten Auswirkungen auf die sächsische Wirtschaft zu rechnen, was das Thema Krediterlangung betrifft. Wir haben Auswirkungen auf die Sparkassen zu sehen, insbesondere auf die in der Sachsen-Finanzgruppe beteiligten. Die Ausschüttungen sind weg. Die Beteiligung, die sie eingebracht haben, ist offen. Und natürlich ist mit der Landesbank Baden-Württemberg, die in ihrem Land ganz stark im Sparkassengeschäft ist, hier in Sachsen eine Konkurrenzsituation eingetreten.

Es hat sich gezeigt – der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion hat dies schon erwähnt –, dass der Kampf 2001 für freie Sparkassen, den auch die SPD maßgeblich mitgetragen hat, zu Recht bestanden hat. Die Sparkassen, die nicht in der Sachsen-Finanzgruppe sind, sind an diesem Desaster nicht beteiligt und auch nicht involviert.

(Beifall bei der SPD und der Linksfraktion)

Wir haben Imageschaden für den Freistaat. Ich denke, das ist unbestritten. Wir haben Vertrauensverlust in die Politik. Wir haben das Problem, dass Arbeitsplätze gefährdet sind. Und wir haben das Problem – der Finanzminister hat es hier dargestellt und ich möchte einmal ganz klar übersetzen, was er aus dem Vertrag dargelegt hat –, dass zum 31.12.2007 erst der Wert ermittelt wird und wir erst im Januar/Februar 2008 wissen, was diese Bank für einen Wert oder auch Negativwert hat. Das heißt im Klartext: Das Risiko einer Nachschusspflicht besteht nach wie vor.

Wie ist es nun eigentlich passiert? Die Signale der US-Hypothekenkrise wurden klar nicht erkannt. Die Hinweise der BaFin, die ergangen sind, wurden zwar abgearbeitet versucht; das Geschäftsmodell, das hier zugrunde lag, wurde aber weder revidiert noch aufgegeben. Die Marktstörung wurde klar unterschätzt. Ich möchte das auch belegen.

Wir – Herr Grimm von der Chemnitzer Sparkasse und ich – haben am 16. Juli 2007, als noch keiner groß von einer Immobilienkrise gesprochen hat, im Kreditausschuss deutlich gefragt, ob das, was dort diskutiert worden ist, Auswirkungen auf das Portfolio der Bank haben kann.

(Karl Nolle, SPD: Natürlich!)

Klare Antwort des Vorstandes dort: Nein, das sind Häuslebauer-Kredite, das betrifft uns nicht. Wir machen schwer in Immobilien – in Australien und in den USA – und wir haben natürlich alles AAA geratet. Was das Stichwort blindes Vertrauen in die Rating-Agenturen hervorruft.

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Herr Pecher, –

**Mario Pecher, SPD:** Nachdem die Krise offensichtlich wurde, versuchte man – Entschuldigung.

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** – darf ich Sie bitte einmal unterbrechen. Wir haben jetzt ein kleines Problem: Wir wissen nicht, wie lange Sie reden, ich kann Ihnen kein Zeichen geben, denn die Anzeige bei Ihnen funktioniert nicht.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Sieben Minuten!)

**Mario Pecher, SPD:** Frau Präsidentin! Ich wäre bei zehn Minuten für einen Hinweis dankbar.

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Gut, genau das meinten wir jetzt; vielen Dank.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Sieben Minuten hat er!)

**Mario Pecher, SPD:** Nachdem die Krise offensichtlich wurde, versuchte die Bank das erst einmal allein mit einem Milliardenkredit zu überspielen und auf Zeit zu gehen. Man muss bemerken: Der Verwaltungsrat war zu dieser Zeit nicht informiert.

Zur Kreditausschusssitzung am 14.08.2007 wurde dargestellt, dass weitere Reprofinanzierungen von Engagements gefährdet sein könnten. Was aus meiner Sicht folgte, war ein katastrophales Informationsmanagement des Vorstandes, aber auch des Finanzministeriums. Denn angezeigt wurde diese Ausfallwahrscheinlichkeit schon am Dienstag.

Am Donnerstag kam ein Anruf: Wir müssen jetzt ganz schnell verkaufen, 400 Millionen Euro. Rückfrage bei Süß, dem Vorstandschef: Ich weiß von überhaupt nichts, ich weiß gar nicht, wo die Zahl herkommt.

Zwei Stunden später: Ja, wir haben hier einen Ausfall, wir müssen etwas tun.

Wir haben dann erst einmal darauf gedrungen, die SPD hat darauf gedrungen: Erstens, dass wir hier ein Vier-Augen-Prinzip haben, dass wir in diese Verhandlung involviert werden, weil wir nicht mehr wollten, dass das Finanzministerium allein als Anteilseigner agiert. Und wir haben darauf gedrungen, dass das sächsische Kabinett entsprechend informiert wird.

(Heinz Eggert, CDU:  
Gut, dass wir die SPD haben!)

– Genau, Herr Eggert, schön, dass Sie es einmal aussprechen.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Mit dem 17-Milliarden-Euro-Kredit glaubte man sich gerettet, obwohl man wusste, dass weitere Fonds, die langfristig von Reprobanken finanziert wurden, Liquiditätsprobleme bekommen könnten.

Ich persönlich habe im Verwaltungsrat bei Herrn Eggert nachgefragt – nicht bei Ihnen! –,

(Zuruf des Abg. Heinz Eggert, CDU)

ob es weitere Risiken gibt, die die Liquidität dieser Bank gefährden könnten. Es gab die klare Antwort: nein! – Der Verwaltungsratschef hat hierbei nicht widersprochen. Die Rettung wurde gefeiert und aus meiner Sicht wurden die Verwaltungsratsmitglieder getäuscht.

Am Donnerstag, dem 23. August, trat ein, was absehbar war: Eine Reprobank sprang ab, 250 Millionen Euro Verlust wurden generiert. Das hätte am Montag, dem 27. August, ad hoc die Mitteilung zur Folge gehabt, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere 250 Millionen Euro fällig gewesen wären. Damit war die Bank am Ende. Aus meiner Sicht war sie es bereits, als Ormond Quay das erste Mal in den Medien erwähnt wurde.

Ich glaube, die SPD hat in diesem Bereich souverän agiert. Es war – darin bin ich durchaus der Ansicht des Finanzministers – unser erstes Ziel, die Arbeitsplätze in Sachsen am Bankenstandort Leipzig zu sichern. Ich glaube, dass uns das mit der im Vertrag enthaltenen Formulierung auch gelungen ist.

Es war natürlich auch unser Ziel, Transparenz zu schaffen. Wir haben darauf gedrungen, dass die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien eingeladen und informiert werden. Die Staatsregierung brauchte schon fast eine Stunde, um zu dem Entschluss zu kommen, dass das gut ist.

Warum ist das nun alles passiert? Die Gründe für den Exitus dieser Bank – das ist schon dargelegt worden – liegen, denke ich, auch in ihren Wurzeln. Die Bank war von Anfang an zu klein. Es wurde zu lange an einer Alleinlösung festgehalten. Die Suche nach Partnern begann viel zu spät. Die Bank hat keinen eigenen Kundenstamm, keine eigenen Einlagen, sie hat ein zu geringes Eigenkapital, was zu der vom Finanzministerium im Alleingang veranlagten Kapitalaufstockung von 300 Millionen Euro führte. Außerdem ist Sachsen ein relativ ertragsschwacher Markt, vor allen Dingen in Konkurrenz zu den Sparkassen.

Hauptgrund allerdings war die Änderung des Geschäftsmodells in Richtung Kapitalmarkt 2001/2002. Die risikoreiche Unterstützung der sächsischen Wirtschaft, die sehr wohl gewollt war, war aus konservativen Bankgeschäften nicht mehr finanzierbar. Dazu kamen durchaus auch dubios zu nennende Kredit- und Geschäftsmodelle – ich nenne nur Risto Immobilien und MDL –, die zurzeit Bestandteil des Untersuchungsausschusses sind.

Nach dem verheerenden Abgang der Vorstände Weiss und Fuchs reifte die Erkenntnis, dass die Bank allein keine Überlebensperspektive hat. Diese Erkenntnis kam viel zu spät.

Man musste die Bank also schönschreiben, die Braut hübsch machen – das wurde oft genug genannt –, also Gewinn machen, und das auch unter dem Aspekt, der

Sparkassen-Finanzgruppe und deren Beteiligung an der Bank einen Sinn zu geben, die Sparkassen bei der Stange zu halten. Die Folge war eine extensive Ausdehnung des Kapitalmarktgeschäfts, wobei immer mehr langfristige Verbindlichkeiten mit kurzfristigem Geld finanziert wurden. Da in diesem Geschäft die Margen relativ gering sind, erfolgte eine beispiellose Ausweitung des Geschäftsvolumens. Da das Eigenkapital gering war, erfolgte danach eine extreme Hebelung von Kapitalmarktfinanzierung bis zum Fünffachen der Liquidität.

Die Sicherung bestand einzig und allein in dem Vertrauen auf das Rating und die Marktfähigkeit der zu finanzierenden Papiere.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Das ist richtig!)

Natürlich kann man heute behaupten, der Kreditausschuss und der Verwaltungsrat hätten das wissen und sehen müssen. Das kann man leicht sagen, wenn man in den Gremien selbst nicht drin ist. Ich sage dazu ganz deutlich: Dann muss man auch den Finanzausschuss hinzunehmen, denn das Geschäftsmodell wurde 2005 von Raubach und Holtmann im Finanzausschuss vorgestellt. Jeder, der jetzt sagt, dass man hätte fragen müssen, hätte dort nachfragen können, was in Dublin passiert.

(Beifall des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Man muss aber auch den Untersuchungsausschuss fragen. Er hat nämlich Unterlagen aus dieser Zeit und hätte fragen können. Man muss auch den Sächsischen Rechnungshof in die Pflicht nehmen. Er hat nämlich das Prüfungsrecht über diese Bank und hätte das wahrnehmen können.

(Beifall bei der SPD und des  
Abg. Klaus Bartl, Linksfraktion)

Die Vorstellung, dass man diese Papiere eventuell am Markt nicht mehr unterbringen könnte und sie selbst halten und abfinanzieren müsse, war in keinem Risikobericht enthalten. Die Mechanismen und die Funktionsweise der Vehikel und mögliche Folgen daraus – das möchte ich auch als Mitglied des Kreditausschusses ganz deutlich sagen – wurden zu keinem Zeitpunkt erläutert.

Man muss einfach konstatieren: So wie in der Krise vom vergangenen Wochenende anfangs nur Finanzministerium und Sachsen-Finanzgruppe mit dem Vorstand der Bank kommunizierten und agierten, so war auch der gesamte Geschäftsablauf davor. Dort wurden die Entscheidungen getroffen. Das Finanzministerium, das im Haushalt aller sächsischen Ministerien jeden Euro kennt, überall mitredet – manche sagen auch: hineinredet –, das mit dem Verweis auf Zukunftslasten und Staatsschulden finanzpolitisch extrem restriktiv agiert, hat bei der Bank mit dem geringsten Eigenkapital riesige Kreditrisiken nicht gekannt, nicht gesehen und nicht gewusst.

(Beifall bei der SPD, der  
Linksfraktion und den GRÜNEN)

Auch die Banker der Sachsen-Finanzgruppe haben diese Risiken nicht gekannt, nicht gesehen und nicht gewusst. Jetzt wollen manche die Gremien verantwortlich machen.

Unser Fazit ist: Die Abläufe und Vorgänge zwischen Bankvorstand und Anteilseignern sind aufzuklären, auch im Hinblick auf strafrechtliche Relevanz. Ja, ich fühle mich von den Vorständen belogen. Ich glaube, dass die Strafanzeige gegen die Vorstände gerechtfertigt ist. Wir glauben, dass der Sächsische Rechnungshof das Finanzministerium dringend unter die Lupe nehmen sollte, ob die Strukturen zum Management des sächsischen Beteiligungsportfolios, zu denen auch die Bank zählt oder zählte, den Anforderungen gewachsen waren oder sind.

Meine Damen und Herren, das ist wahrlich kein Tag zum Jubeln. Ich habe bei dem Thema „Wir haben Schaden abgewendet“ ein Wörtchen vermisst, und zwar das Wörtchen „weiteren“.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Dr. Müller, NPD-Fraktion, bitte.

**Dr. Johannes Müller, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die meisten von Ihnen dürften den Film „Die Ritter der Kokosnuss“ kennen. In diesem Film gibt es eine Szene mit einem wahrlich beeindruckend optimistischen Ritter, der in einem Gefecht schon Arme und Beine verloren hat und trotz seines Zustandes potenziellen Kombattanten auf dem Schlachtfeld zuruft: „Na los, komm schon, trau dich!“

In den vergangenen Tagen musste ich immer wieder an diese Szene denken, wenn die Rede auf die Sachsen LB, ihre Verantwortlichen und die mit ihr verbundenen Landespolitiker kam. Wir wissen ja, dass Politiker und Banker von ihrer Grundlage her Berufsoptimisten sind. Aber das, was wir in Bezug auf unsere Landesbank derzeit erleben, ist ein schwerer Fall von Realitätsverlust.

(Beifall bei der NPD)

Ich könnte an dieser Stelle eine ganze Reihe von völlig grotesken Zitaten insbesondere des Sachsen-LB-Vorstandes, des Finanzministers und des Finanzpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion präsentieren, mit denen die Lage bei der Landesbank schönegeredet wurde und wird. Ich möchte mich dabei aber auf zwei beschränken.

So gab die Landesbank am Tag ihres Verschwindens über ihren Pressesprecher Frank Steinmeier bekannt – ich zitiere –: „Die Träger der Landesbank Baden-Württemberg und die Anteilseigner der Landesbank Sachsen Girozentrale haben am Wochenende ihre bestehende Zusammenarbeit durch die Einbringung der Sachsen LB in die LBBW weiter vertieft.“ Da muss man sich schon festhalten, wenn man so etwas liest.

Auch Finanzminister Horst Metz redet allen Ernstes von einer „Fusion“, nur um den in einer Nacht-und-Nebel-

Aktion durchgezogenen Notverkauf unserer Landesbank nicht beim Namen nennen zu müssen.

Ein anderer Spezialist ist der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Matthias Rößler. Er behauptete, nachdem die Landesbank schon am 17. August 2007 durch einen Notkredit der DekaBank und der Sparkassenorganisation mit der astronomischen Höhe von 17,3 Milliarden Euro gerettet werden konnte, dass – ich zitiere – „ein schlimmes Marktproblem solidarisch erfolgreich abgewendet“ werden konnte. So viel kreditwirtschaftlicher Unverstand in nur einem einzigen Satz – Respekt, Herr Rößler! Für diese Presseerklärung haben Sie sich bald einen Preis verdient und mit der haben Sie sich, ironisch gesagt, fast für das Milbradt-Kabinett qualifiziert.

Dieser ganze unglaubliche Vorgang, dieses unglaubliche Maß an Schönrederei erweckt bei mir und sicherlich bei vielen anderen nur noch einen Eindruck, nämlich den, dass es auch jetzt nur noch schlimmer kommen kann. Ist Ihnen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, eigentlich noch nicht aufgefallen, dass die Landesbank in Wirklichkeit niemand auch nur geschenkt haben will? Auch der am vergangenen Wochenende durchgepeitschte Notverkauf der Sachsen LB an die LBBW spricht nicht gegen diesen Eindruck, denn als Kaufpreis werden gerade einmal 300 Millionen Euro genannt. Diese 300 Millionen Euro sind ein schlechter Witz, wenn man sich vergewärtigt, dass noch zum Zeitpunkt unserer letzten turnusmäßigen Sitzung im Juli, auf der eigentlich noch die Umwandlung der Landesbank in eine AG beschlossen wurde, der Wert der Sachsen LB auf über 800 Millionen Euro taxiert wurde, sodass die jetzt im Raum stehenden 300 Millionen Euro gerade einmal dem Betrag der Kapitalerhöhung entsprechen, der vor nur zwei Jahren aus sächsischen Steuermitteln aufgebracht werden musste.

Aber auch das könnte am Ende vielleicht gar nichts bringen. Das von der LBBW ausgehandelte Rücktrittsrecht und eine Kaufpreisbandbreite in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages signalisieren ein Risiko, das offenbar selbst die größte deutsche Landesbank nicht abzuschätzen vermag.

Inhalt und Bedingungen, an die das Rücktrittsrecht der LBBW geknüpft sind, bleiben auch nach dem heutigen Auftritt des Finanzministers völlig im Dunkeln. Herr Metz hat heute ausgeführt, dass im Falle des Absinkens der Kernkapitalquote unter 4 % zum Stichtag 31.12.2007 die Vertragspartner eine einvernehmliche Lösung zur Abwendung dieser Krise finden wollen. Das kann alles Mögliche bedeuten. Es bedeutet aber vor allem, dass der Blindflug unserer Landesbank weitergeht und die Sachsen nur beten können, dass sich die Kredit- und Finanzmärkte in den nächsten drei Monaten beruhigen werden – was von den meisten Experten nicht erwartet wird.

Sollte es wie erwartet die starken Verluste am Wertpapiermarkt für strukturierte Anleihen geben, dann wird dieses Massaker an den ABS- und MBS-Märkten voll auf die Bilanz durchschlagen und die Kernkapitalquote

unserer Landesbank auf unter 4 % drücken. Der Rest des Jahres wird für uns also eine Zitterpartie und jeden Morgen wird unser erster banger Blick den Finanznachrichten gelten.

Herr Metz, es bleibt festzuhalten, dass Ihr heutiger heiß erwarteter Auftritt nicht die lang ersehnte Klarheit gebracht hat. Werden weitere Leichen im Keller der Landesbank gefunden oder führt die Liquiditätskrise an den Kreditmärkten zu einem Kurssturz an den Märkten, dann könnte – man mag gar nicht daran denken – die Sachsen LB bei einer weiter sinkenden Kernkapitalquote am Ende ganz ohne Partner dastehen. Dies wäre – das wissen trotz aller Schönrederei im Innersten wahrscheinlich auch alle Minister auf der Regierungsbank – der finanzpolitische Super-GAU für unseren Freistaat.

Gestern erreichten uns erneut Nachrichten, dass parallel zu den irischen Fonds im Jahre 2003 in Leipzig unter dem Code „Dublin II“ weitere Engagements vom Vorstand initiiert wurden. Nach dem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ hat das Gesamtvolumen der mittlerweile festgestellten 13 außerbilanziellen Zweckgesellschaften von Dublin II bis zu 46 Milliarden Euro betragen und damit den Löwenanteil des Engagements von insgesamt 65 Milliarden Euro an außerbilanziellem Geschäft ausgemacht. Bei dieser Größenordnung ist klar: Wenn hier etwas anbrennt, dann sehen wir eine haushalterische Kernschmelze und haben zukünftig einen Freistaat auf Hartz-IV-Niveau.

Da bisher in Bezug auf die Landesbank von allen Verantwortlichen gelogen wurde, dass sich die Balken biegen, habe ich insgesamt ein sehr schlechtes Gefühl, was die Abwendung dieses über uns schwebenden Damoklesschwertes betrifft. Wir werden aber, schon bevor dieses auf den Freistaat niedersausen sollte, den Verantwortlichen für die Katastrophe klar benennen. Dieser Hauptverantwortliche ist nicht Finanzminister Horst Metz, der heute für einen ganz anderen den Kopf hingehalten hat, sondern der Hauptverantwortliche ist der Ministerpräsident.

(Beifall bei der NPD)

Dieser versucht nun, das Sachsen-LB-Debakel als unvorhersehbaren Flügelschlag der Weltfinanzmärkte darzustellen. Dabei versteht wegen seines fachlichen und beruflichen Vorlaufs in Sachsen wohl kaum einer mehr von den hochspekulativen Geschäften mit den US-Ramschhypotheken als Georg Milbradt selbst. Der Ministerpräsident selbst war es, der zu Beginn des Jahrtausends mit den beiden Bankhasadeuren Michael Weiss und Rainer Fuchs den verhängnisvollen Strategieschwenk hin zum internationalen Kapitalmarktgeschäft und weg vom Förder- und Mittelstandsgeschäft durchdrückte, welche unserer Landesbank die Existenz kostete.

Mit diesem Schwenk wurden die Satzung und der Gründungsauftrag der Landesbank zugunsten von waghalsigen Kapitalanlagen verraten, die mit sächsischen oder mit

deutschen Belangen nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun haben. Das wussten die damals Handelnden auch.

Herr Milbradt, es ist unsagbar peinlich, wenn ausgerechnet Sie mit Ihrer akademischen und wissenschaftlichen Biografie in einem Interview gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 29. August 2007 allen Ernstes behaupten, dass kein Finanzexperte vorhergesehen habe, dass der gesamte Markt durch die Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten zum Erliegen kommt. Das Gegenteil ist richtig. Nicht nur in der Fachpresse, sondern auch im „Handelsblatt“ oder im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wird die Überhitzung des US-Hypothekenmarktes infolge der Niedrigzinspolitik der amerikanischen Notenbank schon seit Jahren breit diskutiert. Es ist eines sächsischen Ministerpräsidenten nicht würdig, hier nach solchen Ausflüchten zu suchen. Sie hätten deshalb schon am Montag zurücktreten sollen.

(Beifall bei der NPD)

Dass Sie jetzt so tun, als seien Sie der Retter Sachsens in letzter Sekunde, erinnert an einen Pyromanen in den Diensten der Feuerwehr, der sich dann als großer Held der Löscharbeiten feiern lassen will.

Aber nicht nur die Staatsregierung hat sich nicht mit Ruhm bekleckert, nein, auch aus der Opposition und hier insbesondere aus der Linksfraktion waren zum Sachsen-LB-Debakel merkwürdige Töne zu vernehmen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion)

Vielleicht sollten Sie, Kollegen Porsch und Hahn, das nächste Mal genauer überlegen,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion)

wen Sie in ein solch wichtiges Kontrollgremium schicken.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion)

– Hören Sie bitte zu, Herr Porsch! – Der Auftritt des Finanzpolitikers Weckesser am Dienstag in den „Tages-themen“ war einfach peinlich.

(Jürgen Gansel, NPD: Ein denkwürdiger Auftritt!)

Herr Weckesser, Sie haben dem Fernsehpublikum etwas von roten, gelben und grünen Lämpchen in den Berichten der Bank erzählt. Da fast alles schön grün leuchtete, war für Sie alles in Ordnung. Wir schlagen der Staatsregierung vor, im nächsten Haushaltsentwurf auch überall grüne Lämpchen anzubringen, dann muss die Linksfraktion künftig keine Alternativvorschläge mehr erarbeiten.

(Caren Lay, Linksfraktion:  
Mein Gott! Das ist witzig!)

Spaß beiseite! – Der Vertreter der Linksfraktion hat genauso versagt wie die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates. Mit Ihrer unkritischen Haltung gegenüber den Verlautbarungen des Vorstandes haben Sie den ganzen

öffentlichen Finanzsektor in Verruf gebracht. Völlig zu Recht diskutiert die Öffentlichkeit jetzt über die ungeeignete Besetzung der Kontrollgremien der landeseigenen Unternehmen.

Eines muss aber immer wieder gegenüber denjenigen festgehalten werden, die sich nun aus der Verantwortung flüchten: Die Aktivitäten der Sachsen LB Europe in Dublin waren kein Staatsgeheimnis. Sie waren mehrfach Thema im Untersuchungsausschuss und im HFA und sind darüber hinaus auch öffentlich thematisiert worden.

Wie der „Welt“ heute zu entnehmen ist, soll in einer Strafanzeige bereits in den Jahren 2003/2004 über die unhaltbaren Zustände in Dublin in den Gremien der Bank diskutiert worden sein. Ich bin auf das Ergebnis der Ermittlungen der Leipziger Staatsanwaltschaft sehr gespannt.

Über eine andere Rechtsfrage, nämlich eine verfassungsrechtliche, werden wir uns allerdings noch unterhalten müssen. Entweder findet dieses Plenum mindestens eine Woche zu spät statt oder aber der Verkauf der Landesbank erfolgte mindestens eine Woche zu früh. Die Folge ist in jedem Fall, dass der Verkauf der Sächsischen Landesbank an die Landesbank Baden-Württemberg ohne Einwilligung des Sächsischen Landtages erfolgte. Das bedeutet eine Einschränkung des Budgetrechts des Parlamentes, also eines fundamentalen konstitutionellen Rechts.

Zwar ist diese Einschränkung nach § 65 Abs. 5 der Haushaltsordnung zulässig und es ist unstrittig, dass es denkbare Fälle gibt, in denen sie auch unvermeidbar sein dürfte; unabdingbare Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es zwingende Gründe für die Umgehung des Parlamentes gibt. Diese liegen nach unserer Auffassung jedoch eindeutig nicht vor, und dies gleich aus zwei Gründen:

Erstens, der Präsident hätte auf Bitte der Staatsregierung den Landtag in der vergangenen Woche einberufen können. Das wäre sehr wohl möglich gewesen, denn der Finanzminister hat selbst eingeräumt, dass für ihn bereits am Dienstag, dem 21. August 2007, definitiv feststand, dass die Sachsen LB an eine andere Landesbank verkauft werden muss; denn an diesem Tag erhielt er von der Bank den neuen Risikobericht, in dem nicht nur die bereits vorher bekannten Liquiditätsverluste im Zusammenhang mit der Revolvierung kurzfristiger Darlehen, sondern auch empfindliche Wertverluste bei den langfristigen amerikanischen Wertpapieren aufgeführt waren.

In dieser Situation gab es nach Aussage von Finanzminister Metz nur zwei Möglichkeiten: ein Nachschießen von Landesgeldern oder eben der Verkauf der Landesbank. Da der Finanzminister die erste Möglichkeit nach eigenem Bekunden ausschloss, stand für ihn und damit für die Staatsregierung spätestens am 21. August 2007 der Verkauf der Sächsischen Landesbank endgültig fest.

Wenn aber der Verkauf zu diesem Zeitpunkt für die Staatsregierung feststand, warum hat sie dann nicht den Landtagspräsidenten gebeten, den Landtag für Freitag, den 24. August 2007, oder meinetwegen auch für Sonn-

abend einzuberufen? Das wäre für den Präsidenten nach § 79 Abs. 3 Geschäftsordnung des Landtages genauso möglich gewesen wie die Einberufung der heutigen Sitzung.

Zweitens, der Verkauf hätte jedoch auch trotz aller gegen- teiligen Beteuerung seitens der Staatsregierung und ihrer Protagonisten zum Beispiel auf das kommende Wochen- ende verschoben werden können. Dann hätten wir heute eine Sitzung gehabt, in der wir im Sinne des Budgetrechts des Landtages einen geplanten Verkauf hätten behandeln können.

Auch diese zweite Möglichkeit zur Konsultation des Landtages vor dem Verkauf war durchaus gegeben, meine Damen und Herren, denn ich halte das sogenannte Ulti- matum der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsauf- sicht, BaFin, für ein gezielt gestreutes, aber falsches Gerücht.

Die BaFin hat offenbar den Anteilseignern der Sach- sen LB, insbesondere der Staatsregierung, nahegelegt, die Bank so schnell wie möglich zu verkaufen; sie hat aber keinerlei konkrete Folgen für den Fall der nicht fristge- rechten Befolgung dieser Empfehlung genannt. Das hat der Vorstandsvorsitzende der Sachsen LB, Herbert Süß, im HFA ausdrücklich zugegeben.

Die Gerüchte von einem Ultimatum beruhen ausschließ- lich auf Interpretationen der für den Verkauf Verantwortli- chen. Inzwischen hat auch die BaFin selbst diese Gerüchte dementiert.

Meine Fraktion wird die Ausschaltung des Parlaments in einer derartig elementaren Frage, die noch dazu durch die Nichteinladung unserer Fraktion zu der Konsultation über den Sachsen-LB-Verkauf am vergangenen Sonntag gekrönt wurde, nicht hinnehmen und bereitet deshalb eine Organklage vor.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Das war das einzig Positive!)

Dieser verfassungswidrige Landesbankverkauf passt zu dem, was wir hier in den vergangenen Monaten erlebt haben. Das einst von der CDU so stolz gepriesene Mus- terland Sachsen ist zum Skandalstandort verkommen. Seit Monaten jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Georg Milbradt torkelt nur noch auf den Planken seines schwan- kenden Regierungsschiffes hin und her. Das Ruder be- kommt er kaum noch in die Hände und schon gar nicht wieder herum, um das Staatsschiff wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die letzte Minute ist angelaufen.

**Dr. Johannes Müller, NPD:** Pleiten, Pech und Pannen, wohin das Auge blickt. Der Skandal um die Sachsen LB erreichte einen ersten Höhepunkt gleich nach Beginn der Koalition. Vetternwirtschaft und dubiose Geschäftsprakti- ken führten zum Abgang der Sachsen-LB-Vorstände Weiss und Fuchs. Schließlich wurde nicht zuletzt auf-

grund des Drängens meiner NPD-Fraktion der erste Untersuchungsausschuss eingesetzt.

(Lachen bei der Linksfraktion –  
Jürgen Gansel, NPD:  
Von der PDS zuerst Abgelehnt!)

Dann wurde es scheinbar etwas ruhiger. Doch diese Ruhe war trügerisch. Seit Mai geht es nun Schlag auf Schlag. Zunächst gab es die Mafia-Affäre, bei der uns die CDU heute einreden will, dass sie nur auf Hirngespinnste eines gekränkten Polizisten und einer übereifrigen Referatslei- terin des Verfassungsschutzes zurückzuführen ist. Kaum war der nächste Untersuchungsausschuss eingesetzt, begann es gleichzeitig an zwei Stellen zu brennen. Zum einen geriet die Sachsen LB gänzlich ins Schleudern, zum anderen wurde eine kleine Stadt in Sachsen zur medialen Hetzjagd freigegeben. Die Bierzeltschlägerei von Mügeln kam Ihnen von der Staatsregierung wie gerufen. Sie war für ein paar Tage eine wunderbare Ablenkung.

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte sprechen Sie zum Thema. Außerdem ist Ihre Redezeit abgelaufen.

**Dr. Johannes Müller, NPD:** Für ein paar Tage geriet die Sachsen LB in den Medien ins Hintertreffen. Doch die Zocker in Dublin hatten sich zu sehr verspekuliert.

Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren von der CDU und der SPD! Ihre Regierung ist am Ende. Herr Milbradt, treten Sie zurück. Lassen Sie uns den Weg für Neuwahlen frei machen.

(Zuruf des Abg. Prof. Peter Porsch, Linksfraktion)

Die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen sollen über Ihre Politik sehr bald das letzte Wort haben können!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Abg. Zastrow, FDP-Fraktion.

Meine Damen und Herren! Wenn ich immer die letzte Minute ankündige, hat das damit zu tun, dass wir einen kleinen Ausfall bei unserer Anlage haben.

Bitte, Herr Zastrow.

**Holger Zastrow, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Staatsminister Horst Metz hat vorhin in seiner Rede aus meiner Sicht nur noch vergessen zu erwähnen, wen er jetzt eigentlich ganz konkret für den Sächsischen Verdienstorden vorschlagen will. Ich hatte bei seiner Rede den Eindruck, dass wir hier über etwas ganz Positives sprechen und keinesfalls darüber, dass wir als Sachsen einen Verlust in Millionen- oder sogar Milliardenhöhe hinnehmen müssen.

(Beifall bei der FDP und  
vereinzelt bei der Linksfraktion)

Ansonsten zolle ich dem Staatsminister natürlich Respekt für seine Entscheidung. Wahrscheinlich war es auch

ziemlich alternativlos. Allerdings frage ich Sie hier in der Runde, ob tatsächlich Herr Metz der Schuldige ist. Ist Herr Metz allein der Schuldige? Ist es wirklich gerecht, dass es ihn jetzt ganz allein trifft, oder muss der liebe Finanzminister nur deswegen gehen, damit diese Regierung wieder Ruhe in die Hütte bekommt? Wenn das der Grund ist, warum Herr Dr. Metz das Amt verlässt, dann muss ich ihm leider sagen, dass er umsonst geht, denn diesen Gefallen werden wir von der Opposition dieser Regierung nicht tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn ich der Politik unseres Finanzministers in den letzten Jahren in vielen Punkten zugestimmt habe, so muss ich leider sagen, dass ich von der heutigen Regierungserklärung ziemlich enttäuscht und, wenn ich ehrlich bin, auch ein bisschen ratlos bin. Es mag ja sein, dass all diejenigen, die in den letzten Tagen keine Zeitung gelesen, niemals Radio gehört, keinen Fernsehsender gesehen haben und auch ansonsten gar nicht wissen, dass es eine Sachsen LB gibt, heute bei der Vorlesung unseres Finanzministers feuchte Augen bekamen. Aber ansonsten gab es überhaupt keinen Erkenntnisgewinn. Das war für uns leider nicht erhellend.

Ich frage mich, wo in der Rede des Finanzministers eine ausführliche und kritische Analyse mit dem Abenteuer Sachsen LB und eine ehrliche Auseinandersetzung mit allen Verantwortlichkeiten mit dieser Thematik stattfand. Dazu, meine Damen und Herren, habe ich nichts gehört.

(Beifall bei der FDP)

Auch ich möchte die Staatsregierung fragen, ob nicht auch sie es etwas merkwürdig findet, dass vor rund drei Wochen – länger ist es nicht her – unsere Sachsen LB noch die allerschönste, die allertollste und vor allem die allerschlaueste Bank unter der deutschen Bankensonne gewesen ist. Etwas Besseres konnten wir uns gar nicht vorstellen. Noch am 10. August – Herr Hahn hat es vorhin zitiert – flatterte uns von der Sachsen LB eine Pressemitteilung herein, in der stand, dass es überhaupt keine Probleme gäbe. Zwei Wochen später saß diese Sachsen LB in der Fußgängerzone, war lange nicht mehr so schön und hübsch wie vorher, und bettelte um eine Liquiditätsspritze in Höhe von 17,3 Milliarden Euro – eine Summe, die höher ist als der gesamte sächsische Landeshaushalt. Eine Woche später war Schluss mit dem Abenteuer Bank, noch eine Woche später haben wir keine Sachsen LB mehr.

Für eine – das sage ich sehr bewusst – wahrscheinlich eher als symbolisch zu bezeichnende Geldsumme wurde letzten Sonntag von dieser Staatsregierung unsere Sachsen LB auf dem deutschen Bankenmarkt schlicht und einfach verramscht.

Lassen Sie es mich ruhig so deutlich sagen: Der größt-wahnsinnige Traum, sich als kleines Land eine eigene Landesbank zu leisten, die – ob nun als Schiff oder als Luftmatratze, das mögen Sie beurteilen – auf den großen Meeren der internationalen Finanzwelt mitschwimmt, ist

leider für den sächsischen Steuerzahler zum Albtraum geworden. Das ist für uns, meine Damen und Herren, nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Dr. Cornelia Ernst und Cornelia Falken, Linksfraktion)

Heute, da nun alles vorbei ist, dürfen wir auch im Parlament darüber sprechen. Denn es ist in Sachsen oft der Fall, dass das Parlament nicht einbezogen, sondern erst im Nachgang informiert wird. Wir sprechen heute über die Sächsische Landesbank nicht, um etwas zu entscheiden, wie es etwa in anderen Landtagen in diesem Land zuweilen noch üblich ist, sondern wir sprechen darüber nur, um das zur Kenntnis zu nehmen, was die Staatsregierung ohne Wissen des Landtages und – das nehme ich für mich in Anspruch – ohne Mittun dieses Hauses im letzten Sommer getan hat. Darin, meine Damen und Herren, sind wir uns sicher alle einig, Herr Lehmann: Sie hat im letzten Sommer nicht viel Gutes getan.

(Beifall bei der FDP)

Um es klar zu sagen: Der 26. August 2007, der vergangene Sonntag also, wird als einer der schwärzesten Tage in die Geschichte des Freistaates Sachsen eingehen. Es ist ein schwarzer Tag für die sächsischen Bürger, deren Stolz auf dieses Land, glaube ich, durch den letzten Sonntag erheblich beschädigt worden ist. Es ist auch ein schwarzer Tag für den sächsischen Steuerzahler, der nämlich die Folgen dieses Tages bezahlen muss. Es ist auch ein schwarzer Tag für viele sächsische Kommunen und Landkreise, denen wichtige Einnahmen, mit denen sie fest gerechnet haben, im Haushalt fehlen.

Ich frage Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident: Sind Sie wirklich der Meinung, dass der 26. August, wie vorhin in der Regierungserklärung behauptet, im sächsischen Interesse liegt? 300 oder im besten Fall 900 Millionen Euro für eine Bank, die vor Kurzem noch ein Eigenkapital in Höhe von 1,5 Milliarden Euro hatte, liegen im sächsischen Interesse? Sind Sie wirklich der Meinung, dass Sie Schaden von Sachsen abgewendet haben? Es hätte schlimmer kommen können, klar. Wir wissen, dass bei dieser Regierung vieles immer noch ein bisschen schlimmer kommt.

(Heiterkeit bei der FDP)

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Sie haben sich mit der Sachsen LB als Geisterfahrer betätigt, einen schweren Unfall verursacht und denken, dass dadurch, dass Sie jetzt erste Hilfe leisten, alles wieder gut ist. Nichts ist gut, Herr Milbradt, überhaupt nichts!

(Beifall bei der FDP und der Abg. Dr. Cornelia Ernst und Cornelia Falken, Linksfraktion)

Noch eine Frage drängt sich mir auf: Ist der Bankvorstand wirklich allein schuld? Ich denke dabei an die Behauptung, die Sie am Anfang der Woche mit dem Finanzminister in den Raum gestellt haben, als Sie sagten, dass der Bankvorstand Sie niemals richtig informiert hat. Wenn dem so ist, fordere ich Sie – also all diejenigen, die

Mitglieder dieses Verwaltungsrates sind – auf, Strafanzeige gegen alle Vorstandsmitglieder zu erheben.

Sonst bleibt es eine bloße Behauptung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Trotzdem muss ich sagen: Ich bin schon etwas verunsichert von den Äußerungen des Bankvorstandes Herbert Süß, der nämlich im letzten Verwaltungsrat behauptet hat – das ist im Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses auch nachzulesen und es wurde vorhin schon angekündigt –, dass der Verwaltungsrat natürlich immer regelmäßig informiert worden ist. Er hat behauptet, dass auch der Verwaltungsrat – und zwar alle seine Mitglieder – rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden ist. Herr Metz hat in seiner gestrigen Pressemitteilung, in der er die Behauptung von Frau Köpping richtigstellen wollte, die sich auch als nicht richtig informiert dargestellt hat, erklärt: Nein, natürlich werden alle Mitglieder des Verwaltungsrates immer umfassend informiert.

Ich frage Sie, wie das alles – auch diese widersprüchlichen Aussagen – noch zusammenpasst. Aus unserer Sicht passt hier schon lange nichts mehr zusammen. Die Frage nach der Verantwortung ist wichtig. Sie ist auch nicht dadurch gelöst, dass der Finanzminister heute angekündigt hat, seinen Hut zu nehmen. Es ist auch die Frage jedes einzelnen Verwaltungsratsmitgliedes, letzten Endes zu untersuchen. Eines muss jedem klar sein – auch Herrn Dr. Rößler, der vorhin eine so flammende Rede gehalten hat –: Der Verwaltungsrat hat eine klare Aufgabe. Er hat die Aufgabe, die Sachsen LB, den Vorstand, zu kontrollieren und nicht Kekse zu essen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wir sollten die sächsischen Chaostage einfach dadurch beenden – ich glaube, es gibt noch andere Fraktionen, die einen ähnlichen Vorschlag einbringen –, indem wir den Untersuchungsauftrag für den Sachsen-LB-Untersuchungsausschuss, den wir bereits haben, schleunigst erweitern, um die gegenwärtigen Vorgänge endlich umfassend und sofort aufzuklären. Ich denke, das wäre ein richtiger Weg.

(Beifall bei der FDP)

Die Schuldfrage betreffend, können wir es uns ganz einfach machen und wie die Schweizer schlichtweg sagen: Wer hat es erfunden? Wer hat die Sachsen LB erfunden? Wer hat sie aus der Taufe gehoben zu einem Zeitpunkt, als viele bereits gesagt haben, Sachsen ist zu klein, um sich solch eine Sachsen LB zu leisten?

Wer hat eigentlich die Führungsstruktur dieser Bank entschieden, und zwar nicht nur die heutige Führungsstruktur, sondern auch über Fuchs, über Weiss und über Braun? Ich frage Sie auch, wer offensichtlich nicht in der Lage war, die Sachsen LB vernünftig zu kontrollieren und bestimmte Risiken rechtzeitig zu sehen. Es bleibt nichts anderes übrig: Das sind die Damen und Herren dieser

Regierungsbank mit ihrem Chef an der Spitze! Dort ist die Schuldfrage zu sehen!

Das Schlimme ist, meine Damen und Herren, dass die Sachsen LB leider nicht die einzige Irritation ist, die der Freistaat Sachsen im Moment nach draußen sendet. Ich denke, dass sich immer mehr Menschen fragen, was eigentlich aus dem einstigen ostdeutschen Musterknaben geworden ist. Zunehmend hört man auch: Was ist eigentlich bei euch in Sachsen mal wieder los?

Wenn wir ehrlich sind und die heutige Debatte Revue passieren lassen: Es geht nicht nur um die Sachsen LB, denn die Sachsen LB ist kein Einzelfall. Es geht aus unserer Sicht um eine Kette von Fehlgriffen, Pannen und Skandalen, für die diese Regierung bisher immer abgelehnt hat, auch nur in irgendeiner Weise die Verantwortung zu übernehmen. Ich fange nicht so weit hinten an: Das sind die ständigen Koalitionskrisen, die dieses Land lähmen und nochmals lähmen. Das sind die Missstände um den sächsischen Verfassungsschutz. Das ist jetzt die Sachsen LB. Und es ist ab nächster Woche auch diese vermurkste Verwaltungsreform, die in diesem Land zumindest so keiner will und keiner braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion)

Das wird immer so weitergehen und diese Kette wird fortgeführt werden. Ich sage Ihnen ehrlich, es reicht in dieser Regierung längst nicht mehr aus, einen Spieler auszuwechseln. Wir brauchen einen kompletten Neuanfang. Wir brauchen eine Regierung, die zum Tempo unserer Wirtschaft und zur Leistungsbereitschaft unserer Bürger passt. Wir brauchen eine Regierung, die die positive Entwicklung, die unser Land zweifelsohne durchmacht, aufgreift, anstatt den bisher guten Ruf Sachsens in Deutschland durch ständige falsche politische Entscheidungen weiterhin zu schädigen.

Das, meine Damen und Herren, geht einzig und allein durch Neuwahlen. Machen Sie den Weg frei!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion der GRÜNEN. Frau Abg. Hermenau, bitte.

**Antje Hermenau, GRÜNE:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Schwaben haben ein Schnäppchen gemacht und die Sachsen beenden klanglos ihre beschwingten Betriebsausflüge auf die Weltmärkte. Die Folgen für den Steuerzahler und den Freistaat werden wir erst in den nächsten Wochen und Monaten richtig überblicken können. Im Falle von Ormond Quay müssen wir sogar noch Jahre warten, bis wir wissen, ob wir wirklich aus dem Schneider sind. Und der Finanzminister stellt sich hier hin, als hätte er in der Krise der Sachsen LB einen Sieg errungen und keine Niederlage einstecken müssen. Dabei ist statt des Super-GAU's eben nur der zweitschlimmste Fall eingetreten. Die Bank ist nämlich

nicht bankrott, aber sie wird eine Filiale, die ihre Eigenständigkeit verloren hat.

Nun haben Sie, Herr Metz, wie Sie betonten, persönliche Konsequenzen gezogen und Ihren Rücktritt eingereicht. Das ist der richtige Schritt, und zwar nicht nur für Sie persönlich, denn Sie wären Ihr Lebtage nicht mehr froh geworden und hätten unter Dauerbeschuss gestanden. Es ist eigentlich auch politisch der richtige Schritt, denn die Sache ist doch mit der Übergabe der Bank zum Jahreswechsel nicht vorbei.

Die Aufräumarbeiten am Investitionsstandort Sachsen werden lange andauern. Das Vertrauen in die Fähigkeiten des Finanzministers – ob zu Recht oder zu Unrecht – ist erschüttert, und das Vertrauen in die anderen Mitglieder dieses Kabinetts ist wahrscheinlich ebenso erschüttert. Umso bedauerlicher ist, dass der Finanzminister keinerlei politische Verantwortung für sich gesehen hat, sondern immer noch so redet wie vor fünf Tagen. Wir Sachsen sind darauf angewiesen, dass man außerhalb Sachsens Vertrauen in diesen Investitionsstandort hat!

Jetzt reden wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie sind – das habe ich in den letzten Tagen beobachten können – offenbar ein guter Manager des Augenblicks. Sie bewahren offensichtlich einen kühlen Kopf in einer schier aussichtslosen Situation und sind in diesen Momenten vielleicht sogar ein guter Politiker. Aber in der Anhäufung von Krisen, von denen Sachsen nunmehr seit Monaten gebeutelt wird, zementieren Sie persönlich die politische Dauerkrise in diesem Land. Sie werden dafür zum Symbol. Sie sind das Denkmal dieser Erstarrung.

Sie haben das Land von Ihrem Vorgänger in guter Verfassung übernommen. Jetzt verliert es von Woche zu Woche immer mehr an Glanz. Reist man über die Landesgrenzen hinaus, wird man gefragt: Was ist nur bei euch in Sachsen los? Damit sind Sie gemeint, Sie und Ihre Regierungsmannschaft!

Die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung hat der CDU und Ihnen ganz persönlich, Herr Milbradt, vertraut, dass Sie die finanzpolitischen und wirtschaftlichen Fragen in diesem Land solide behandeln werden. Dafür werden Sie hier in diesem Land gewählt.

(Torsten Herbst, FDP: Wurden!)

Dieses Vertrauen haben Sie nachhaltig erschüttert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nie war das Vertrauen in Sie und in die CDU so gering wie heute. In einem Land, in dem das Vertrauen in die Demokratie an sich nicht sehr stark ausgeprägt ist, ist das eine gefährliche Mischung. Aus diesen Gründen befinden wir uns in einer anhaltenden, veritablen Staatskrise. Sie, Herr Ministerpräsident, symbolisieren diese politische Dauerkrise in Sachsen. Warum verstecken Sie sich in dieser Situation hinter dem offensichtlich schwachen Finanzminister? Ist Ihnen die Krise nicht lebhaft genug, um selbst aufzutreten? Können Sie nur unter Höchstzufuhr von Adrenalin auftreten?

Oder Ihr Koalitionspartner SPD: Sie werden heute noch für sich, so habe ich gehört, Herrn Karl Nolle sprechen lassen – einen Mann, den Sie, Herr Jurk, persönlich immer wieder gedemütigt haben, indem Sie ihm seine Ämter nahmen und weniger fähigen Leuten übergaben, weil Sie ihn unbequem fanden. Man hatte immer den Eindruck, Herr Karl Nolle gehöre gar nicht zur SPD. Heute nun ist er plötzlich die SPD! Welche Ironie! Auf einmal ist er Ihr Retter. Sie, Herr Jurk, verstecken sich hinter einem starken Mann. Sie tauchen aber genauso ab wie der Herr Ministerpräsident. Ich bin der Meinung, Karl Nolle muss wieder wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion werden.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Eine ganze geschlagene Woche hat man kein Wort von Ihnen als Wirtschaftsminister, der Sie in diesem Lande sind, gehört. Sie müssen für diesen Investitionsstandort dastehen, und zwar mit lauter Stimme und starkem Rückgrat. Stattdessen sind Sie in irgendwelche Briefe und Akten abgetaucht, um festzustellen, ob Sie nicht informiert worden sind. Ja, wenn Sie nicht insistiert haben und mit Leuten zusammensitzen, mit denen Sie nicht in einer Partei sind, da muss man schon sehr heftig insistieren, um seine Nachrichten zu bekommen – dann haben Sie vielleicht auch dort zu schwach reagiert!

Sie können sich doch nicht von einer Frau Köpping, einer Landrätin, mit der Bemerkung entschuldigen lassen, Sie wären im Verwaltungsrat belogen worden. – Sie saßen im Verwaltungsrat. Haben Sie die Akten nicht gelesen? Haben Sie keine Fragen gestellt? Haben Sie den Finanzminister nicht kontrolliert? – Nun muss Herr Nolle, den Sie so gern loswerden wollten – wie peinlich –, Sie hier retten.

Und Herr Hahn von den Linken, der ganz nebenbei versucht, unauffällig seinen Herrn Weckesser zu retten und aus der Front zu nehmen? Herr Hahn muss hier davon sprechen, dass die Akten für Sie und andere, wie eben Herrn Weckesser, unleserlich gewesen seien und man nichts hätte wissen können.

(Heiterkeit des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

So etwas dürfen Sie sich doch in einer Koalition nicht bieten lassen, verdammt noch mal! Auf diese Linke zurückgreifen zu müssen halte ich für bedenklich; und dass Sie, Herr Hahn, Biedenkopf zitieren müssen, um Milbradt zu kritisieren, hat auch eine gewisse Ironie.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zurück zum Punkt. Wir sind in diesem Land in einer Dauerkrise, und wenn aus einer der schmerzlichsten Krisen Sachsens etwas Positives erwachsen könnte, dann vielleicht dieses: dass es an der Zeit ist für eine neue politische Kultur in diesem Land. Kommen Sie – nicht nur Sie von der Staatsregierung, sondern die gesamte Koalition – von Ihrem hohen Ross, auf dem Sie sich doch nur mit Mühe halten können, endlich herunter! Es ist Zeit für eine Katharsis, meine Damen und Herren. Ich weiß

nicht, wer in Ihren Reihen für Schweiß-Blut-und-Tränen-Reden zuständig ist; aber in einigen Wochen, wenn Sie Ihren Parteitag haben, wird es darauf ankommen, dass ein solcher Mensch in Ihren Reihen weilt und den Mut hat zu tun, was im Interesse des Landes dringend getan werden muss; denn Sie stehen als stärkste Fraktion in der Regierungsverantwortung und sind der Lage nicht gewachsen. Sie bedürfen einer Läuterung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ganze Land wird auf Sie blicken; und erst die Bürgermeister und die Gemeinderäte! Sie haben für das ganze Land restriktive Vorschriften für die wirtschaftliche Betätigung der sächsischen Gemeinden erlassen. Danach wird immer höchst streng beobachtet, was die Gemeinden tun. Dies geschieht sicher zu Recht; aber es ist eben auch zu streng. So ist es zum Beispiel für die Gemeinden schwierig, überregional zu kooperieren. Die Stadt Dresden wollte ihre Tochtergesellschaft, zehn Dresdner Schulen, im Energiecontractingmodell sanieren. Das Kreditmodell und die Refinanzierung waren gesichert. Das RP hat es wegen unzulässiger Neuverschuldung abgelehnt. Wie wollen Sie denn in ein paar Tagen auf einem Parteitag aufschlagen und Ihren Bürgermeistern und Stadträten erklären, dass in den Kommunen nicht sein kann, was in der Landesbank gang und gäbe ist: nämlich ganz hoch mit Steuergeldern zu spekulieren?

Was wäre passiert, wenn die Baden-Württemberger nicht eingesprungen wären? Die Bank selbst wäre am Montag, spätestens am Dienstag bankrott gewesen. Der Finanzstandort Deutschland hätte dann gewaltigen Schaden nehmen können – mit nicht absehbaren volkswirtschaftlichen Konsequenzen für die gesamte Bundesrepublik. Ich sehe dies so. Wenn eine deutsche Bank pleitegeht, wäre das internationale Vertrauen des Kapitalmarktes in deutsche Banken dahin gewesen, und die sächsische Liquiditätskrise hätte sich wie ein Virus auf weitere deutsche Banken ausbreiten können – mit ernsthaften Konsequenzen für die Realwirtschaft, die Konjunktur und den Arbeitsmarkt.

Wir wissen aus den Krisen von Asien und Russland aus den Neunzigerjahren, wie aus Finanzkrisen Wirtschaftskrisen werden können. Den Schwaben gebührt also durchaus Dank, dass sie sich auf uns eingelassen haben. Aber letztendlich haben sie es wahrscheinlich auch aus Selbstschutz getan, um nicht selbst möglichen volkswirtschaftlichen Schäden ins Auge blicken zu müssen, und die Bank selbst hätte alles zu Geld machen müssen, was nicht niet- und nagelfest ist: von den Aktienpaketen über das undurchsichtige Netz an Beteiligungen und Tochtergesellschaften bis hin zum Ledersessel des Bankvorstandes. Ich weiß nicht, ob eine solche Ramschaktion zu Schleuderpreisen ausgereicht hätte, um die eingegangenen Finanzgarantien zu erfüllen, und bis heute ist es nicht klar. Am Ende hätte also der Steuerzahler dafür geradestehen müssen.

Haben Sie denn aus den Finanzkrisen in Asien und Russland in den Neunzigerjahren nichts gelernt? Ist Ihnen

nicht klar, dass man da auch ein Krisenszenario durchführen muss? Vielleicht war ja wirklich das Personal in der Landesbank nicht fähig; aber dann muss doch die Politik dafür sorgen, dass dort fähiges Personal sitzt – oder habe ich damit nicht Recht, meine Damen und Herren?

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Ministerpräsident Prof. Milbradt, bitte.

**Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei Kollegen Metz für seine Rede und zolle ihm Respekt für seine Entscheidung, die Regierung zu verlassen. Horst Metz hat in einer schwierigen Situation schnell und richtig gehandelt. Dies ist mir auch von anderen bestätigt worden. Diejenigen, die den Kopf behalten haben, waren Horst Metz und seine Mitarbeiter.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der wahre Wert eines Menschen zeigt sich in extremen Situationen, und Horst Metz hat diese Prüfung bestanden. Das Resultat, das er erzielt hat, ist unter diesen Umständen respektabel. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Niemand – von der NPD einmal abgesehen – bezweifelt, dass es unter den gegebenen Umständen nur diese Lösung gibt. Ich möchte jedoch im Einzelnen darauf eingehen.

Ich will nichts beschönigen; darum geht es auch nicht, denn die Sachsen LB war in eine existenzielle Krise geraten. Die gefundene Lösung ist unter den bekannten Rahmenbedingungen die einzige, die die Vermögens- und Standortinteressen so weit wie möglich wahrt; aber es braucht noch einige Zeit, bis sie vollständig umgesetzt ist. Die Chancen, dass dies gelingt, sind groß. Wir sollten alles tun, auch in diesem Hohen Hause – dabei ist die Opposition mit angesprochen –, die Position des Freistaates und der Kommunen in diesem Prozess zu stärken und nicht zu schwächen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Heute ist nicht die Stunde, um zu klären, wie die Bank auf die schiefe Ebene kommen konnte.

(Julia Bonk, Linksfraktion: Was? –  
Weitere Zurufe von der Linksfraktion)

– Nein, nein, meine Damen und Herren, wir werden dazu eine externe, von Experten durchgeführte Prüfung in Auftrag geben.

(Dr. Andreas Schmalfuß, FDP:  
Das ist Auftrag des Parlamentes!)

– Einen Moment!

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren! Lassen Sie den Ministerpräsidenten bitte aussprechen!

**Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass hier viele über etwas reden, von dem sie zumindest nicht genau wissen, welche Abläufe sich abgespielt haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es richtig, von unabhängiger Seite zu klären – die Fragen sind gestellt –: Was ist tatsächlich geschehen? Welche Mechanismen haben die Bank ins Trudeln gebracht? Welche Kontrollmechanismen haben funktioniert und welche nicht? Wer hat was gewusst und in welcher Situation wie gehandelt, und wer ist seinen Pflichten möglicherweise nicht nachgekommen? Diese Klärung ist notwendig, um eine faire Beurteilung durchzuführen.

(Karl Nolle, SPD: Das haben wir schon lange! – Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Heute – dies zeigt die Tagesordnung – ist die Stunde, um das Parlament darüber zu unterrichten, was die Staatsregierung getan hat.

(Sven Morlok, FDP: ... versäumt hat!)

Wir sprechen heute darüber, welchen Weg die Staatsregierung gefunden hat, um Schaden vom Land abzuwenden. Ich habe von den Problemen in meinem Urlaub, in der Nacht vom 14. zum 15. August 2007, erfahren und von Frau Staatssekretärin Fischer die Information bekommen, dass der Vorstand in einer schlechten Verfassung sei. Daraufhin habe ich den Urlaub sofort beendet und in Dresden die Verhandlungen des Finanzministers unterstützt. Das war am 15. August. Es ging damals – nach den Auskünften des Vorstandes – um eine Kreditlinie von 17,3 Milliarden Euro. Der Poolvertrag kam zustande, die Bank konnte weiterarbeiten. Das erste Problem war gelöst.

Umso schlimmer war für alle Beteiligten, dass dann schlechte Nachrichten kamen. Neue Risiken wurden aufgezeigt, die wir allein nicht bewältigen konnten, da das Vertrauen – dies ist der entscheidende Punkt – der Märkte in die Bank und das Vertrauen in den Vorstand zur Bewältigung der Situation nicht mehr gegeben war. Wir waren erpressbar geworden. – Das war die Situation in der zweiten Woche.

In dieser Situation, meine Damen und Herren, hat uns der Präsident der BaFin deutlich gemacht, dass nur eine schnelle Lösung unseren Interessen entspreche. Zu denselben Beurteilungen waren wir auch selbst gekommen. Horst Metz hat dies dargestellt. Es ging auf das Wochenende zu. Bis zur Öffnung der Märkte am Montag musste die Bank endgültig stabilisiert sein. Auch wenn die BaFin am Sonntag keine Maßnahmen ergriffen hätte und wir die Bank am Montag geöffnet hätten, wäre unter den gegebenen Umständen niemand in die Bank gekommen, hätte Geschäfte gemacht, aber sein Geld abgezogen. Das heißt, diese Situation wäre spätestens im Laufe des Montags bzw. des Dienstags eingetreten. Insofern ist die

Frage völlig irrelevant, ob wir von einem Ultimatum sprechen, das es in der Tat nicht gegeben hat, oder ob wir begriffen haben, wie die Situation war.

Meine Damen und Herren! In dieser Stunde ging es um das Wohl der Mitarbeiter, aber auch um das Wohl des Freistaates und seiner Gemeinden, die natürlich auch gesehen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Unser Weg verspricht Sicherheit und war seit Langem vorbereitet.

(Zurufe von der Linksfraktion: Ah!)

Ich will dazu noch einiges ausführen. Durch einen Zusammenschluss – –

(Klaus Bartl, Linksfraktion: Und warum dann nicht die Einbeziehung des Landtages? Was ist denn das jetzt? – Weitere Zurufe: Es war also seit Langem vorbereitet! – Glocke der Präsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle kennen – –

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Ich bitte, den Ministerpräsidenten aussprechen zu lassen.

(Klaus Bartl, Linksfraktion: Was soll denn das jetzt? – Zuruf von der Linksfraktion: Frau Präsidentin, Zwischenrufe sind durchaus erlaubt!)

– Zwischenrufe sind erlaubt, aber die Situation ist so, dass der Redner nicht in der Lage ist, seine Rede fortzusetzen. Ich höre das hier vorn sehr gut und kann das einschätzen.

(Klaus Bartl, Linksfraktion, begibt sich zum Saalmikrofon.)

**Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident:** – Ich nehme keine Zwischenfragen an; jeder kann anschließend in der Debatte etwas dazu sagen.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Klaus Bartl, Linksfraktion)

Jedem war klar – und zwar seit dem Jahr 2005! –, dass eine eigenständige dauerhafte Lösung nicht möglich war. Nur so lässt sich erklären, dass im Oktober 2005 ein Letter of Intent mit der WestLB zwecks einer intensiven Zusammenarbeit bis hin zu Fusions- und Holdinglösungen geschlossen worden ist.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Zwei Jahre Zeit gehabt!)

– Einen Moment! Im Herbst 2005 war das klar. Damit sind die Krokodilstränen, die hier um die ach so eigenständige Landesbank ständig vergossen werden, im Grunde genommen nicht gerechtfertigt.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion: 25 %!)

Die Tatsache, dass wir mit unserer Größenordnung nicht auskommen würden, war doch klar, nachdem die Gewährträgerhaftung durch EU-Beschluss weggefallen war.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Das hätte doch längst den Landtag beschäftigen müssen! –  
Dr. André Hahn, Linksfraktion: Zwei Jahre Zeit!)

– Darf ich einmal ausreden? Sie können doch anschließend kritisieren. Sie wollen manchmal noch nicht einmal das Argument hören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Situation war es richtig, dass die Landesbank Verhandlungen mit anderen Landesbanken aufnahm, um eine solche Entscheidung – natürlich im Normalzustand des Parlamentes – vorzubereiten. Damals – ich spreche von Ende 2005 und dem ganzen Jahr 2006 – war der einzige Partner, der bereit war, mit uns intensiv zu verhandeln, die WestLB. Deswegen waren die Verhandlungen mit der WestLB im Jahr 2007 so weit fortgeschritten, dass wir den Landtag um die Umwandlung in eine AG gebeten haben, die Voraussetzung ist, um Holdinglösungen zu verwirklichen.

Natürlich war klar, dass wir unter normalen Umständen die Dinge ausverhandelt, in der Regierung beurteilt und dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt hätten. Das war der Sachstand, bevor wir in Urlaub gegangen sind.

Jeder weiß, was sich dann getan hat. In Düsseldorf fiel der Vorstand um, insbesondere der Vorstandsvorsitzende Fischer, der Hauptgesprächspartner für uns war. Die WestLB – das können Sie den Zeitungen heute noch entnehmen – ist im Augenblick nicht entscheidungsfähig, weil die Eigentümer dort über den weiteren Weg nicht einig sind. Auf der einen Seite steht Ministerpräsident Rüttgers, der die Eigenständigkeit der Bank unter allen Umständen erhalten will. Auf der anderen Seite stehen die Sparkassen, die verkaufen wollen. Die FDP will privatisieren. Das ist die Situation in Nordrhein-Westfalen.

Als es wirklich darauf ankam, einen starken Partner zu haben – nämlich Anfang August 2007 –, stand dieser aus den Gründen, die ich Ihnen genannt habe, nicht mehr zur Verfügung.

Weil wir eine Alternative brauchten, haben wir aber den Kontakt mit Baden-Württemberg nie abreißen lassen. Deswegen war es dann auch möglich, relativ schnell zu einem Ergebnis mit den Baden-Württembergern zu kommen. Auch dazu folgen später noch einige Anmerkungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hahn hat eine Reihe von Behauptungen aufgestellt und daraus Schlussfolgerungen gezogen. Ich will zumindest einige Fakten gerade rücken.

Die Gründung der Bank ist meines Erachtens einstimmig in diesem Landtag beschlossen worden und war von allen gewollt, nicht von Milbradt allein.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Dazu habe ich vorhin etwas gesagt!)

Die Bank hat – zumindest solange ich in ihren Gremien war – ordentlich gewirtschaftet. Sie hat Erträge erzielt. Ihr Geschäftsmodell ist von niemandem kritisiert worden. Zu

meiner Amtszeit als Finanzminister ist nie an der Bank Kritik geübt worden.

Ich habe meinem Nachfolger die Bank in einem tadellosen Zustand übergeben.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Ach, jetzt ist der schuld?)

– Nein, nein. Ich sage das nur, damit nicht immer die Mär kommt, der Milbradt sei verantwortlich.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

– Lassen Sie mich doch weiter die Dinge durchdeklinieren!

Wir hatten Ende 1997/Anfang 1998 versucht, eine Antwort auf die sich abzeichnende Globalisierung zu finden, die aber damals noch fern am Horizont war. In der Regierung diskutierten wir den Vorschlag einer vertikalen Fusion zwischen Sparkassen und Landesbank. Ich stehe dazu; denn dieses Modell ist das Erfolgsmodell der Baden-Württemberger. Die Baden-Württemberger sind deshalb so stark, weil dort als dem einzigen Standort in Deutschland die vertikale Fusion gelungen ist. Dafür gibt es historische Gründe; denn dort gab es schon seit Langem eine Landes-Girokasse, die die Sparkassenfunktion wahrgenommen hat.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion: Dort gibt es aber auch Vertrauen zwischen Bank und Sparkassen!)

– Nein, sie ist Sparkasse.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:  
Da gab es Vertrauen zwischen Bank  
und Sparkasse, bei uns nicht!)

– Einen Moment! Die Landesbank Baden-Württemberg – Herr Kollege, Sie reden oft von Dingen, von denen Sie keine Ahnung haben –

(Beifall bei der CDU)

ist Sparkasse.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:  
Das weiß ich doch!)

– Wenn Sie das wissen, dann war der Zwischenruf überflüssig.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:  
Dort gab es Vertrauen von Sparkassen  
und der Bank! Das hat hier gefehlt!)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Sie haben nachher noch Redezeit.

**Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident:** Noch einmal: Das ist auch der Weg – das wissen Sie, wenn Sie die Zeitungen der letzten Tage gelesen haben –, den die Nordrhein-Westfalen gehen wollen. Die dortige Regierung unter Ministerpräsident Rüttgers will eine vertikale Fusion und Kooperation als Antwort auf die horizontale Kooperation oder Fusion finden. Das war ja die einzige

Chance: entweder vertikal oder horizontal kooperieren. Meine ursprüngliche Lösung war eine vertikale Kooperation. Wir alle wissen, dass das nicht mehr möglich war. Deswegen blieb die horizontale Lösung als einzige Möglichkeit übrig.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

– Natürlich ist das Schnee von gestern. Aber wenn Sie jetzt über Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit, bezogen auf mich, sprechen, Herr Nolle, dann ist dies sehr wohl wichtig.

(Karl Nolle, SPD: Das ist Ihr Ergebnis!)

Im Jahr 2005 ist, wie gesagt, der Weg in Richtung auf eine vertikale Kooperation bzw. Fusion eingeschlagen worden. Im selben Jahr hat es einen Bericht gegeben – daraus ist mehrmals zitiert worden –, der sich kritisch mit dem Risikomanagement in der Bank, insbesondere mit dem Handelsrisiko, beschäftigt hat. Dieser Bericht ist abgearbeitet worden. Im Herbst 2006 ist das BaFin durch die Wirtschaftsprüfer davon informiert worden, dass die Fehler abgestellt worden sind. Also können sie nicht kausal für die Schwierigkeiten des Jahres 2007 gewesen sein.

(Dr. Jürgen Martens, FDP:  
Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch, es wird doch immer gesagt, ein Bericht sei nicht abgearbeitet worden; da stand schon alles drin.

(Karl Nolle, SPD: Herr  
Milbradt, das ist schlicht unwahr! –  
Dr. Jürgen Martens, FDP: Kein Wort wahr!)

Wir haben – auch dies zu der Frage der Verantwortlichkeit von Vorständen – für das Jahr 2005 einen geprüften Jahresabschluss, der zumindest das Jahr, in dem die alten Vorstände abberufen worden sind, bewertet. Von weiteren Risiken oder Fehlverhalten ist dort nicht die Rede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun zu Ihren Bewertungen des Vertrages, weil auch hier meines Erachtens einige Dinge schief interpretiert worden sind.

(Glocke der Präsidentin)

Nachdem – der Finanzminister hat das dargestellt – die Option Nord/LB nicht möglich war, haben wir uns die Option LBBW angesehen. Das Ergebnis ist – das betone ich ausdrücklich –, dass, wenn der Übergangszeitraum bis zur Integration vorbei ist, die Bank in einem sicheren Hafen ist, der Standort Leipzig gerettet ist und die Risiken und Chancen gerecht verteilt sind. Horst Metz hat über die wichtigsten Punkte des Vertrages unterrichtet. Die LBBW will die Geschäfte hier in Sachsen ausbauen, und die Äußerungen des neuen Chefs, Herrn Jaschinski, sind eindeutig und machen Mut. Dasselbe gilt für den Besuch des Finanzministers Strathaus gestern im Vogtland. Wir haben eine wirklich stabile Lösung gefunden. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Fraktionsvorsitzenden, die diesen Weg mitgegangen sind. Der Weg war schnell und

professionell und wir haben eine große Verantwortung getragen. Dafür noch einmal vielen Dank.

Nun zu den Risiken. Es gibt zwei unterschiedliche Arten von Risiken in diesem Vertrag, die wir auf die Schnelle nicht übertragen konnten. Das eine ist das Risiko, dass die Bank in den nächsten Wochen nicht die Kennzahlen erwirtschaftet oder zeigt, die wir vereinbart haben. Das ist aber ein außerordentlich unwahrscheinlicher Fall, denn was sollte die Baden-Württemberger veranlassen, 250 Millionen Euro in eine Operation zu stecken und am Ende sich herauszuziehen und die 250 Millionen Euro in den Schornstein zu schreiben? Das macht man doch nur – auch aus baden-württembergischer Sicht –, wenn man den Eindruck hat, dass dieser Worst Case nicht eintreten wird. Insoweit, meine Damen und Herren, ist es auch unredlich, immer damit zu argumentieren, die Vertragsparteien auf beiden Seiten gingen nicht davon aus. Trotzdem kann man es nicht völlig ausschließen. Das wissen wir in den nächsten Wochen, denn spätestens mit der Einbringung am 31.12. ist dieses Kapitel erledigt. Meine Informationen gehen dahin, dass die Baden-Württemberger diesen Prozess schneller durchführen wollen, um das ständige Gerede um die Risiken zu vermeiden.

Der zweite Punkt ist die sogenannte Gewährträgerhaftung. Gewährträgerhaftung heißt, wenn die Bank umfällt, muss der Gewährträger haften. Das heißt, wenn die LBBW umfällt, haben wir zu haften. Ich glaube, dass dieses Risiko im Augenblick überschaubar und auf jeden Fall besser ist als eine Stand-alone-Lösung.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Die Dublin ... )

– Auch die Dublin ..., für die gilt dasselbe.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Aber die sind bei uns!)

– Nein, die sind nicht bei uns.

Es gilt die Gewährträgerhaftung. Wir haben nur im Vertrag die Gewährträgerhaftung akzeptiert. Gewährträgerhaftung heißt, wenn die Bank umfällt – nur unter diesen Umständen, denn die Landesbank Sachsen gibt es ja nicht mehr, sie ist mit der LBBW fusioniert –, kommt es zu Leistungen. Ich finde, dass dieses Ergebnis ordentlich ist.

Dann kommen wir zum Kaufpreis: 300 Millionen Euro im Normalfall als Untergrenze plus einer Summe, die man sich vorstellen kann. Um nun die Frage zu beurteilen, was die ganze Sache wert gewesen ist und möglicherweise gekostet hat, muss man den endgültigen Bewertungspreis kennen. Dagegen ist das zu rechnen, was an Steuergeldern in diese Bank hineingegangen ist. Das sind nach meinen Informationen 692 Millionen Euro.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Vom Land!)

– Die Kommunen haben nichts hineingezahlt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Die Sparkassen!)

– Nein, die Sparkassen haben auch nichts hineingezahlt.

Das Land hat alle Anteile der Landesbank aufgekauft, nur das Land. Das heißt, keine Sparkasse ist mehr an der Landesbank beteiligt. Sehen Sie, Ihre ganzen Befürchtungen, in der Sparkassenszene innerhalb oder außerhalb des Verbandes gäbe es Risiken aus der SLB, sind falsch. Die Sparkassen waren ursprünglich beteiligt. Im Rahmen der Verbundlösung hat der Freistaat zunächst diejenigen, die im Verbund waren, die Landesbankanteile abgekauft – das wurde eingebracht – und später freiwillig auch diejenigen, die außerhalb des Verbundes waren, die Anteile abgekauft, sodass auch für diejenigen, die nicht im Verbund waren, die Beteiligung weggefallen ist. Das ist die Realität. Deswegen bitte ich Sie, dies bei der weiteren Beurteilung auch zur Kenntnis zu nehmen. Die Sparkassen sind nicht beteiligt. Deswegen können sie dadurch auch nicht gefährdet werden.

Meine Damen und Herren! Noch einmal: Es nützt nichts, in dieser Situation aufgeregt über weitere Risiken zu spekulieren, denn es kommt im Augenblick darauf an, die notwendigen Maßnahmen in der Bank weiter fortzusetzen, damit es zu der Fusion kommt.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite – ich darf es noch einmal wiederholen: Bevor man Schuldzuweisungen persönlicher Art erhebt, muss man den Ablauf in der Bank und das Geschehen genau analysieren. Dazu sind aber Fachleute notwendig. Deswegen haben wir zusammen mit den anderen Anteilseignern beschlossen, unabhängige Wirtschaftsprüfer, die bisher nicht drin waren, genau mit der Klärung zu beauftragen, nämlich: Was ist geschehen, worauf ist es zurückzuführen und welche Fehlentscheidungen oder Fehlhandlungen gibt es? Dieser Bericht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird Ihnen früh genug vorliegen. Dann können Sie in aller Ruhe über die Verantwortlichkeiten und die Konsequenzen reden, aber bitte nicht vorher aufgrund von Gerüchten.

(Beifall bei der CDU)

Noch einmal – darum bitte ich auch die Oppositionsparteien: Wichtig ist, dass die gefundene Lösung tatsächlich Bestand hat und nicht in den nächsten Wochen und Monaten bis zum 31.12. zerredet wird und die Baden-Württemberger möglicherweise die Lust an der ganzen Sache verlieren. Die Fusion ist das, was wir im Augenblick wollen und was uns auch sichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung – das sage ich in aller Deutlichkeit – hat einen Kraftakt gestemmt. Wir haben die Verantwortung für diese Lösung übernommen, die hat nicht der Landtag. Wir haben sie übernommen, und wir werden gemeinsam alles tun, um die beste Lösung für Sachsen zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie nur anzuerkennen – unabhängig davon, was Sie von der Vergangenheit halten –, dass diese Lösung unter den gegebenen Umständen im sächsischen Interesse und dass dieser schnelle Weg richtig war und von der Verfassung und vom Gesetz gedeckt und dass die Staatsregierung

deswegen eine richtige Entscheidung getroffen hat, die sie im Übrigen auch einstimmig getroffen hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wir beginnen mit der zweiten Runde. Die Linksfraktion hat wieder das Wort. Frau Mattern, bitte. – Die Redezeiten für die Opposition haben sich um 6 Minuten erhöht.

**Ingrid Mattern, Linksfraktion:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es bleibt für mich nach wie vor ein Rätsel, wie der Ministerpräsident hier von einer besten Lösung, von einer guten Entscheidung sprechen kann. Meine Fraktion bleibt dabei: Wir haben in Form eines Notverkaufs unsere Landesbank verloren, und zwar in einem so zügigen Tempo, dass sämtliche Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, auch alle rechtlichen Erfordernisse nach Sächsischer Haushaltsordnung – nämlich rechtzeitig das Parlament zu informieren und in die Entscheidung einzubeziehen –, verspielt worden sind.

Herr Milbradt, wenn Sie sagen, Sie haben diese Entscheidung lange vorbereitet, dann frage ich mich, warum Sie uns in dieser langen Zeit einfach außen vor gelassen haben.

(Beifall bei der Linksfraktion und  
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Wahrscheinlich – davon müssen wir ausgehen – war für Sie nicht sicher, dass dieses Parlament eine Zustimmung zu diesem Geschäftsmodell geben würde, und deshalb blieben wir außen vor.

Ich bin für den heutigen Tag entsetzt, wie es sein kann, dass Sie den Herrn Finanzminister davon reden lassen, dass wir jetzt eine größere Bank hätten. Sie sprechen laufend von Fusion anstatt von einem Notausverkauf. Wie kann es sein, dass Herr Metz heute davon spricht, dass wir jetzt in Leipzig das Osteuropageschäft ausbauen würden? Nein, wir nicht. Wir haben unsere Bank verloren. Das Steuer ist uns aus der Hand geglitten. Alle Entscheidungen werden künftig in Stuttgart gefällt, und unsere Mitsprache, vor allem auch die Mitsprache dieses Parlamentes, geht gegen null.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben Herrn Metz heute zum Bauernopfer gemacht. Sie haben keinen Finanzminister mehr. In den nächsten Tagen wird der Rücktritt wohl vollzogen werden. Was Sie aber noch in den Händen halten, das sind die unkalkulierbaren Risiken, die aus diesem Geschäft übrig bleiben. Risiken, deren Größenordnung heute vonseiten der Staatsregierung keiner benennen konnte. Liegen sie in der Höhe von Millionen oder Milliarden? Wir wollen das wissen.

(Beifall bei der Linksfraktion und  
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Wir wollen auch wissen, was uns aus der Gewährträgerhaftung, die bis zum 31. Dezember 2010 noch bei uns

liegt, an Risiken erwartet. Herr Milbradt hat meiner Meinung nach gerade die Unwahrheit gesagt, dass die Konsequenzen nur dann auf uns zukommen, wenn diese Bank eventuell den Bach hinuntergeht. Nein, so ist es nicht und so ist es auch nicht geregelt worden. Die Gewährträgerhaftung betrifft dann nur die Dinge, die bis zum heutigen Tag bekannt waren. Von allem, was darüber hinausgeht, hat sich die LBBW natürlich freigestellt. Für weitere, unbekannte Risiken wird sie keine Haftung übernehmen. Also verbleiben diese Risiken, wenn sie denn auftauchen, wieder bei uns.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das Einzige, was Sie vollbracht haben mit dem Datum 31.12.2010, war, dass Sie in Bezug auf die kommende Landtagswahl eine gute Entscheidung getroffen haben: dass Ihnen nämlich die Rechnung erst dann präsentiert wird, wenn Sie Ihren nächsten Wahlkampf abgeschlossen haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch kurz auf Herrn Zastrow und auf andere reagieren, die hier gesprochen haben. Sicherlich ist es so, dass Verwaltungsräte eher hätten reagieren können. Sie hätten vielleicht auch härter nachfragen können. Ich kann das gar nicht beurteilen, ich war dort nicht dabei. Aber die Geschäftspolitik, der Umstieg in den Kapitalmarkt wurde in der Tat schon 2001 getroffen und von der Staatsregierung durchgedrückt.

Wer aus dem Landtag heraus die Verwaltungsräte belastet, Herr Zastrow, der sollte sich einmal selbst oder seine Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss befragen. Dort kamen doch die Dubliner Geschäfte immer wieder zur Sprache.

Selbst Frau Hermenau bzw. ihr Kollege Weichert waren dabei und haben dort auch Schnittchen gegessen und die ganze Krise nicht abwenden können.

Es ist absurd, hier bei den Landtagsabgeordneten danach zu suchen, wer vielleicht die Krise verursacht hat. Das ist ein Schauplatz, den man gar nicht erst betreten sollte. Er führt nämlich an der Sache vorbei.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! Die unternehmerische Verantwortung trägt das Management der Bank. Gestern Abend haben wir erfahren, dass die Vorstände zurückgetreten sind. Das ist aus meiner Sicht ein ehrenhaftes Verhalten. Dabei darf man vor allem eines nicht vergessen: dass der jetzige Vorstand die Ziele des früheren Vorstandes zurückgenommen und die Aktivitäten in den Fonds nicht so wie geplant weiter ausgebaut hat.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Frau Mattern, ab jetzt noch 5 Minuten für Ihre Fraktion insgesamt.

**Ingrid Mattern, Linksfraktion:** Danke. – Die politische Verantwortung für diese Pleite trägt die Staatsregierung. Hier wurde der Strategiewechsel entwickelt. Und es waren die Vertreter der Staatsregierung, die diesen GAU verursacht haben.

(Beifall bei der Linksfraktion –  
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Sind alle weg!)

Herr Buttolo, Frau Stange, vielleicht nehmen Sie es wenigstens mit und erzählen das einmal im Kabinett. In Sachsen ist aus unserer Sicht am letzten Sonntag eine Epoche zu Ende gegangen. Sachsen ist nicht mehr das ostdeutsche Musterland. Sachsen ist heute in einer Krise: kriminelle Netzwerke, Brückenstreit mit der UNESCO, Landesbankpleite – ein Skandal folgt dem nächsten. In anderen Ländern wäre man unter diesen Umständen längst zurückgetreten. Wir meinen, dass insbesondere der Ministerpräsident die Verantwortung trägt. Er hätte heute ehrlich zugeben müssen, dass er dem Freistaat Sachsen über Jahre hinweg geschadet hat. Damit hat er seinen Amtseid verletzt und er sollte die Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Ich rufe die anderen Fraktionen. Jetzt gehen wir wieder der Größe nach.

(Volker Bandmann, CDU: Stasi im  
Landtag haben Sie noch vergessen! –  
Dr. André Hahn, Linksfraktion: So hilflos!)

Herr Dr. Hähle, CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

Möchten auch Sie eine Zwischenzeitangabe?

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Hier ist keine zu sehen.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Deswegen frage ich Sie ja, ob Sie von hier ein Signal möchten.

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Wenn Sie solche Informationen verfügbar haben, das Parlament hat gern Transparenz.

(Beifall des Abg. Heinz Eggert, CDU)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich im Namen meiner Fraktion Herrn Staatsminister Dr. Metz den höchsten Respekt ausdrücken

(Beifall bei der CDU)

für seine ehrenhafte Erklärung, die politische Verantwortung für das zu übernehmen, was leider in den vergangenen Tagen die Sächsische Landesbank ereilt hat.

Eigentlich dürfte man nicht so ohne Weiteres darüber hinweggehen. Aber ich glaube, es ist heute nicht der Ort und nicht die Zeit für Dank; außerdem ist er ja noch im Amt. Wir werden die nächste Gelegenheit nutzen, um einmal zu analysieren, was in seiner Zeit als Finanzminister alles für diesen Freistaat Sachsen erreicht worden ist.

Zum Beitrag von Herrn Hahn. Herr Hahn war am vergangenen Sonntag dabei, als die Fraktionsvorsitzenden vom Ministerpräsidenten eingeladen waren,

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Natürlich gehe ich hin!)

um sie über die Situation der Sächsischen Landesbank zu informieren

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Wir haben nicht zugestimmt!)

und von der Notwendigkeit des sofortigen Regierungshandelns zu überzeugen.

Am Ende, meine Damen und Herren – das will ich ausdrücklich erwähnen –, hat keiner der anwesenden Fraktionsvorsitzenden widersprochen, auch Herr Hahn nicht,

(Widerspruch bei der Linksfraktion)

dass in dem besonderen Fall die vorherige Zustimmung des Landtages wegen der Eilbedürftigkeit nicht mehr einholbar ist und deshalb die Möglichkeit der nachträglichen Unterrichtung des Parlaments akzeptiert wird.

(Klaus Bartl, Linksfraktion, steht am Mikrophon.)

Das wollte ich sagen.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Hähle, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Ich beantworte keine Zwischenfrage.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Keine Zwischenfrage.

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Es geht nur darum, dass das Verfahren akzeptiert wurde. Von einer Nacht- und Nebelaktion am Landtag vorbei

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Macht- und Nebelaktion!)

kann insofern nicht die Rede sein.

(Zurufe von der Linksfraktion)

Auch will niemand die Opposition in Mithaftung nehmen, wie Herr Hahn es sagte. Die Regierung hat in diesem Land die Verantwortung, wenn sie gewählt wurde. Die Opposition hat für Regierungshandeln keine Verantwortung zu übernehmen.

(Zuruf des Abg.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

Sie müssen gar keine Angst haben, dass wir Sie in Anspruch nehmen wollen.

Ein Weiteres zu Herrn Hahn. Wenn er heute Krokodilstränen vergießt, weil immer wieder Vorstände der Sächsischen Landesbank abgelöst wurden, dann darf ich daran erinnern, dass alles mit einer – wie man meinte – überflüssigen Anhängerkupplung am Dienstwagen des Vorstandsvorsitzenden begonnen hat.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Ja!)

Diese Anhängerkupplung hätten wir uns aus heutiger Sicht durchaus leisten können. Im Nachhinein ist man immer schlauer.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf  
des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Das gilt auch für Herrn Zastrow und all die anderen Schlaumeier. Es ist leicht, als Unbeteiligter und in ungefährdeter Situation Prügel zu verteilen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war uns durchaus klar, dass Teile der Opposition – ich muss jetzt sagen, die ganze Opposition – angesichts der eingetretenen Situation mit Kritik, Hohn, Spott und sofortigen Rücktrittsforderungen nicht hinter dem Berg halten würden.

Dazu will ich sagen: Es gibt nichts zu beschönigen; das ist wahr. Die Rettung der Landesbank in letzter Minute kann man nicht als Heldentat verkaufen. Das wollen wir auch nicht tun.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Hat er aber gemacht! – Beifall des Abg.  
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

Schaden vom Land abzuwenden gehört zur vorrangigen Pflicht der Regierung.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Ich will aber auch festhalten: Diese Pflicht haben der Ministerpräsident und der Finanzminister in der Lage, über die wir heute reden, tadellos erfüllt – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU)

Es ist jedoch auch Aufgabe eines jeden Abgeordneten des Sächsischen Landtages, Schaden vom Land abzuwenden.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Ja!)

Nach Geschäftsordnung § 2 Abs. 2 Satz 4 sind wir alle zur ersten Sitzung die Verpflichtung eingegangen, unsere gesamte Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen,

(Jürgen Gansel, NPD: Machen Sie es doch!)

seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden.

(Zuruf des Abg.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

Deshalb erlaube ich mir, meine Damen und Herren, eine etwas differenziertere Betrachtung anzumahnen. Der Freistaat Sachsen ist nicht untergegangen, nur weil die Sächsische Landesbank künftig Bestandteil der Landesbank Baden-Württemberg sein wird. Über mögliche finanzielle Verluste für den Freistaat kann man spekulieren. Hier liegt noch nicht alles auf dem Tisch. Das ist wahr. Es kann auch noch besser werden, als es jetzt aussieht. Es kann auch schlechter werden. Deshalb wäre es besser, die endgültige Bilanz abzuwarten und die

Öffentlichkeit nicht mit unbewiesenen Horrorszenarien in Unruhe zu versetzen.

In diese Bilanz muss alles einfließen: Was hat der Steuerzahler in die Bank hineingezahlt und was hat er wieder herausbekommen? Das sind nicht nur die Ausschüttungen aus Gewinnen, sondern auch die Steuern der Unternehmen, die mithilfe von Krediten der Landesbank gegründet oder stabilisiert worden sind. Dazu kommt die Lohn- und Einkommensteuer der Beschäftigten dieser Betriebe, deren Arbeitsplätze ohne die Finanzierung durch die Sächsische Landesbank nicht vorhanden wären. Ich bin überzeugt davon, dass diese Bilanz, wenn man sie einmal zieht, positiv sein wird.

Freilich hätte uns eine andere, bessere Situation der Landesbank mehr zur Ehre gereicht. Der Traum von einer starken, eigenständigen Landesbank, vertikal verbunden mit einer starken Sachsen-Finanzgruppe, hat sich nicht erfüllt – das ist heute zur Sprache gekommen –, was nicht heißt, dass der Versuch strafbar war.

Die Gründung der Landesbank ist unter anderen Bedingungen geschehen, als wir sie heute vorfinden. Mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung der Länder und Kommunen für die öffentlich-rechtlichen Geldinstitute war klar, dass eine Konzentration der Kräfte nötig würde. Prof. Milbradt hat das als Finanzminister rechtzeitig erkannt und schon vor Jahren einen Verbund mit den Sparkassen angestrebt. Davon hat er gesprochen. Das hat sich politisch nicht durchsetzen lassen. Ich erinnere an den damaligen Volksentscheid.

„Gut so“, wird heute mancher sagen. Es gibt allerdings auch Länder, die eine ähnliche Konstruktion haben und in denen es gelungen ist. Diese Länder stehen nicht schlecht da, wie man an Baden-Württemberg sieht.

Seit also die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute auf vermehrte Aktivitäten auf dem Weltmarkt angewiesen sind, wurde klar, dass eine Konzentration unvermeidlich sein wird. Deshalb hat Sachsen eine Fusion mit der WestLB angestrebt. Der Vertrag war beinahe unterschriftsreif. Das ist alles gesagt worden.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige wenige Worte zum Stand Sachsens nach dieser unschönen Krise der Landesbank verlieren. Nach wie vor gilt: Hätten wir Schulden wie der Durchschnitt der anderen neuen Länder, dann kostete das den sächsischen Steuerzahler im Jahr zwischen 740 und 800 Millionen Euro an Zinsen;

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Jetzt wird es aber makaber!)

Geld, das uns fehlte zur Finanzierung unserer reichhaltigen Kultur, unseres Bildungswesens, zur Förderung der Wirtschaft, der Kinderbetreuung und für vieles andere mehr. Es handelt sich um Geld, das uns jährlich zur Verfügung steht. Ich wiederhole: Es sind zwischen 740 und 800 Millionen Euro. Ich sage das, um einmal eine Relation zu dem in Rede stehenden eventuellen Wertverlust durch den einmalig geringeren Verkaufspreis der

Sachsen LB herzustellen – von den derzeit höheren Steuereinnahmen, die etwa zehnmal höher sind als die vielleicht erreichbaren Gewinnausschüttungen der Landesbank, gar nicht zu reden.

Noch ein Zweites: Könnten wir wie andere Länder die Solidarpaktmittel nicht zu nahezu 100 % für die Schließung der Infrastrukturlücke einsetzen, dann schmälerten sich die Zukunftschancen unseres Landes ganz enorm. Ich darf auch daran erinnern, weil es zu den Zukunftschancen gehört, dass unserem Land beste Erfolge im Bildungswesen bescheinigt werden.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Von wem?)

Der Freistaat Sachsen ist nicht untergegangen, sondern er hat gute Aussichten, den Wettbewerb mit anderen zu bestehen und seiner Bevölkerung die Bedingungen an die Hand zu geben, die es ihr weiterhin erlauben, die eigenen Angelegenheiten mit Tatkraft und Zuversicht in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Es sei ferne von mir, mich oder uns deswegen zu brüsten oder die sächsische Regierungspolitik auf einen überhöhten Sockel zu stellen. Unser Musterknabenimage hat mir nie besonders gut gefallen;

(Zurufe von der Linksfraktion)

denn es weckt den Neid der anderen und provoziert Schadenfreude, wenn einmal etwas nicht so gut läuft.

(Beifall bei der CDU –  
Zurufe von der Linksfraktion)

Nichtsdestotrotz müssen wir uns nicht verkriechen und wir müssen auch nicht resignieren. Es darf nicht sein, dass das, was unter Führung der CDU in den Jahren seit 1990 aufgebaut wurde, in kurzer Zeit verspielt wird.

(Zurufe von der Linksfraktion)

Deshalb kommt es entscheidend auf die nächsten Monate und Jahre bis zur Landtagswahl 2009 an. Ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren, dass wir unsere Pflicht tun werden, und mehr als unsere Pflicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Hahn, Ihre Fraktion hätte noch 4 Minuten in der allgemeinen Aussprache. – Herr Weckesser.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

**Ronald Weckesser, Linksfraktion:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das mit den Lämpchen erkläre ich Ihnen gelegentlich, damit auch Sie es verstehen. Aber das ist jetzt nicht so wichtig.

Dass heute die großen Wahrheiten alle schon gesagt wurden – die meisten wiederholt –, ist für mich kein Grund, die kleinen Unkorrektheiten unwidersprochen

stehen zu lassen. Da überwiegend mit Bildern aus der Seefahrt argumentiert wurde, möchte ich mich anschließen und mit der Frage beginnen: Das Schiff ist futsch, aber wer ist schuld?

(Zuruf: Das Wasser!)

Ich habe viele Lösungen gehört. Es könnte der Kapitän gewesen sein, der Erste Offizier, der Steuermann, vielleicht war es auch der Schiffsjunge.

(Zuruf: Es war der Reeder!)

– Der Reeder! Herr Ministerpräsident, für mich sitzt der Reeder unter den Abgeordneten, trägt einen roten Schlips und erhebt sich gerade von seinem Platz.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Lassen Sie mich – das meiste lasse ich weg – noch kurz etwas zur Konsequenz aus meiner Funktion als Haushaltsausschussvorsitzender sagen. Wie Sie wissen, habe ich diese Funktion seit den Landtagswahlen 1999 inne, seit den Landtagswahlen 2004 zum zweiten Mal. Das hängt irgendwie mit dem Wählerwillen in Sachsen zusammen, ist also nicht die blanke Willkür. Die PDS hatte die zweitmeisten Stimmen nach der CDU bekommen. Daher stand ihr dieser Posten zu. Sie hat ihn auch bekommen.

Jetzt komme ich zu dem, wo es spannend wird: Üblicherweise ist an diese Funktion ein Sitz im Verwaltungsrat der Sachsen LB gekoppelt. Diesen Posten habe ich nicht bekommen. Er wurde mir 1999 eine ganze Wahlperiode lang vorenthalten. Ich habe mich darüber nie beschwert, aber ich habe es zur Kenntnis genommen. Dieser Posten wurde mir auch 2004 nach der Neuwahl nicht angeboten. Das ist insgesamt schon ganz schön lange. Zu dieser Zeit befand sich die Sachsenbank schon in erheblichen Turbulenzen. Auch das änderte daran nichts.

Wir haben dann Anfang 2005 den Untersuchungsausschuss eingesetzt. Sie werden sich erinnern, dass ich kein sonderlicher Freund dieses Untersuchungsausschusses war. Dafür hatte ich meine Gründe. Aber das ist Geschichte. Es gibt ihn. In der Folge wurde in mehreren Etappen der komplette Vorstand abgelöst und ein neuer installiert mit dem Auftrag, schnellstmöglich das A-Rating wiederzuerlangen.

Erst in dieser Phase, als die Entwicklung schon relativ weit fortgeschritten war, nämlich am 20. März 2006, wurde mir die Möglichkeit gegeben, diesen Posten im Verwaltungsrat einzunehmen, und zwar als erster und einziger Vertreter meiner Partei überhaupt in dieser Landesbank, egal in welchem Gremium.

(Zuruf von der Linksfraktion: Hört, hört!)

Dort bin ich einer von 20, plus drei ständige Gäste: einer von der BaFin, einer von der Bundesbank und noch ein weiterer. Das ist jetzt unerheblich. Meinen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse überschätze ich nicht. Es ehrt mich aber sehr, dass dies nun so hochgespielt wird, als hätte ich die Bank ruiniert.

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Weckesser, Sie haben noch eine Minute.

**Ronald Weckesser, Linksfraktion:** Gut, dann nur noch diesen einen Satz: Dabei ist es überhaupt kein Geheimnis, wer zu welchem Zeitpunkt und wie lange in diesen Kontrollgremien gesessen und gearbeitet hat. Das steht in allen Geschäftsberichten, in den Jahresabschlüssen, ist öffentlich und kann nachgelesen werden. Insofern lasse ich mich nicht in Mithaftung nehmen für Fehlentscheidungen, die 1998, 1999 oder gar 2001 getroffen worden sind.

Für die Zeit danach stehe ich dem Untersuchungsausschuss gern als Zeuge zur Verfügung. Dort können Sie mich ausgiebig fragen, worin mein Versagen bestanden hat.

Im Übrigen – das ist die letzte Bemerkung, weil Frau Hermenau der Meinung ist, ich würde mich verstecken oder verstecken lassen –: Das wird sie nie erleben. Deshalb sage ich hier sehr bewusst: Ich fühle mich nicht falsch informiert oder belogen vom Vorstand. Wir haben ordentliche Unterlagen bekommen, mit diesen bunten Lämpchen ...

(Jürgen Gansel, NPD: Mit den roten Lämpchen!)

Wenn Sie wollen, zeige ich sie Ihnen trotz Geheimhaltung, Herr Kollege.

Und nun denke ich darüber nach, warum trotzdem alles krachen gegangen ist und worin meine Verantwortung liegt. Zu dieser stehe ich dann auch. Punkt.

Danke.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Als Nächster spricht Herr Abg. Nolle für die SPD-Fraktion.

**Karl Nolle, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses ist ein bitterer Tag für Sachsen, es ist kein schöner Tag.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Das stimmt!)

Die beiden, die dafür politisch verantwortlich sind, haben sich nach meiner Meinung an diesem Land versündigt. Sie haben den Ruin der Bank zu verantworten und wollen sich nun als Feuerwehrleute feiern lassen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
So ist das bei der Feuerwehr meistens!)

Der Rücktritt des Finanzministers sieht mir mehr nach politischem Druck und Opportunismus aus als nach allem anderen; in seiner Rede konnte ich jedenfalls bei allem Respekt für diesen Schritt von Demut und Selbstkritik nicht das Geringste entdecken. Ich muss zu meinem Bedauern feststellen: Auch in der Rede des Ministerpräsidenten, die er hier in sehr hoher Stimmlage vorgetragen hat, habe ich von Selbstkritik und Demut leider nichts gespürt. Ich hätte sie mir eigentlich erhofft.

(Beifall bei der Linksfraktion,  
den GRÜNEN und der FDP)

Ich werde Ihnen 15 Thesen meiner Gedanken und Fragen zu dem Thema vorstellen. Die ausführliche 50-minütige Langfassung meiner Rede steht bereits auf meiner Webseite, denn in 8 Minuten Redezeit kann man diese Dinge sicherlich nur anreißen. Sie können gern auf die Webseite gehen, dann sehen Sie, was dazu zu sagen ist.

Erstens. Der Verwaltungsrat der Bank hat in 2001 auf Betreiben der Ex-Vorstände Weiss und Fuchs eine Änderung der Strategie und den Ausbau des Kapitalmarktgeschäftes beschlossen. Georg Milbradt und Michael Weiss sind die Architekten dieser bewussten finanzpolitischen Entscheidung. Der Ministerpräsident ist bis heute beim Thema Landesbank der am besten Informierte geblieben. Das wissen wir aus dem Untersuchungsausschuss, aus Dutzenden Dokumenten des E-Mail-, Fax- und Briefverkehrs zwischen der Bank, der Staatskanzlei und dem Ministerium. Kolleginnen und Kollegen, das abzustreiten wäre ein billiges Märchen.

Zweitens: Seit dem Jahre 2003 waren die Ergebnisse von Dublin ständig höher als die von Leipzig. Im Jahre 2006 betrug der SLB-Konzerngewinn 53 Millionen Euro, hiervon kamen 47 Millionen Euro aus Dublin, in denen 31,2 Millionen Euro an Provisionen aus den außerbilanziellen Geschäften Ormond und Georges Quay steckten. Haben sich das Ministerium und die Staatskanzlei nie dafür interessiert, woher die großen Gewinne von Dublin kamen? Bankgeschäfte ohne Risiko? Haben Sie nie danach gefragt, welche Risiken hinter diesen Millionen-Provisionen steckten?

Drittens. Herr Metz, der leider nicht anwesend ist, kommt aus der Sache nicht heraus, deswegen spreche ich ihn weiterhin an. Nach seiner Rede kommt er schon gar nicht aus der Sache heraus. Herr Metz ist viermal Vorsitzender: des Verwaltungsrates, des Kreditausschusses, der Anteilseigner der Sachsen LB und der Anteilseigner des SFG. Herr Metz, Sie wollen auf einmal von den Vorständen nicht ausreichend unterrichtet worden sein? Wie haben Sie ohne eigene Informationen die Gremien informiert?

Viertens. Waren Leipzig und Dublin nicht jahrelang wegen Intransparenz öffentlich in der Kritik? Auch ich habe schon in den Jahren 2004 und 2005 im Haushalts- und Finanzausschuss zum Lachen der CDU-Kollegen die SLBE als Blackbox bezeichnet, weil niemand den Überblick und Durchblick hatte oder haben wollte. Wäre es nicht die Aufgabe der Verantwortlichen in Staatskanzlei und Finanzministerium gewesen, bei der SLBE genauer hinzuschauen?

Fünftens. Der KPMG-Bericht, der auch die SLBE behandelte, ist vom 29.04.2005 und der Bank mit Datum vom 01.07.2005 zugegangen. Man hat ihn monatelang vor dem Koalitionspartner, den Organen der Bank und über ein Jahr vor dem Untersuchungsausschuss versteckt. Kennen Sie diesen Bericht, Herr Metz? Haben Sie ihn gelesen oder lesen lassen?

Sechstens. Nach den §§ 10 ff. Kreditwesengesetz muss eine Bank jederzeit ausreichende Liquidität sicherstellen und geeignete Steuerungsinstrumente vorhalten. Das ist übrigens die Lektion, die ein Lehrling in der Bank in der ersten Stunde gesagt bekommt. Die KMPG-Prüfer schreiben zu Dublin – ich zitiere –: „Eine dokumentierte Beurteilung des Ertrags- und Liquiditätsrisikos hat uns nicht vorgelegen.“ – Es lag also keine Ertrags- und Liquiditätssteuerung für den offensichtlichen Blindflug in Dublin vor. – Alles nicht gelesen? Alles abgeschafft?

Siebtens: Die Refinanzierungsstrategie der SLBE kommentiert KPMG im April 2005 wie folgt – ich zitiere –: „Bei Umsetzung dieser Strategie würde die SLBE mittel- und langfristige Kapitalanlagen nahezu ausschließlich kurzfristig refinanzieren. Dies kann bei Marktstörungen im Repurchase-Markt, der Rückkaufmarkt, zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen in großem Umfang zum Verkauf von Wertpapieren des Anlagevermögens führen oder – falls dies nicht möglich sein sollte – zu einem Ertragsrisiko aufgrund der Nutzung alternativer Refinanzierungsinstrumente, deren Refinanzierungskosten direkt von dem Rating der SLBE beeinflusst werden.“

Weiter heißt es: „Die Strategie der SLBE setzt somit voraus, dass es grundsätzlich nie zu Marktstörungen kommt.“ – Das können Sie im BaFin-Bericht lesen. Das steht im Gegensatz zu dem, was der Ministerpräsident hier hat einreden wollen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der Linksfraktion,  
der NPD, der FDP und den GRÜNEN)

Daran ist überhaupt nichts geändert worden. Es ist auch niemand auf die Idee gekommen, etwas zu ändern. Das ist doch ein frommes Ammenmärchen, was uns hier erzählt wird.

Marktstörungen gibt es nicht. Es gibt keine Ölkrise, meine Damen und Herren von der CDU, es gibt keinen 11. September, es gibt keinen Irak-Krieg, weil das in das Pokerspiel um die Millionen in Dublin nicht hineinpasst.

Achtens. KPMG sagte bereits vor zwei Jahren, dass die Refinanzierung über Commercial Paper das Risiko in sich birgt, dass der Markt dafür gestört ist. Dann könnte die SLBE gezwungen werden, entweder Wertpapiere zu verkaufen, um neue Liquidität zu schaffen, oder sie müsste auf relativ teure andere Refinanzierungen ausweichen. Ich frage den Finanzminister: Kommt Ihnen das nicht bekannt vor? – Genau das ist im August 2007 passiert.

Neuntens. Wozu finden eigentlich Sonderprüfungen der BaFin statt, wenn niemand die Berichte ernst nimmt? Warum sind von Ormond Quay keine Konsequenzen eingeleitet worden? Was hat die Bundesbank unternommen? Warum hat die BaFin nicht die Notbremse gezogen? Meine Damen und Herren, stimmt es, dass Sanio und Weiss jahrzehntelange Duzfreunde sind? Das würde mir vieles erklären.

(Zuruf von der CDU)

Zehntens. Wissen Sie eigentlich, dass das Risiko, das man bei Ormond Quay eingegangen ist, dass die Märkte nicht gestört sind, hätte begrenzt werden können, ja sogar müssen? Wenn man das Programm, meine Damen und Herren Kollegen – auch von der CDU –, von insgesamt 17,3 Milliarden Euro durch sogenannte Commercial-Paper-Back-up-Linien in voller Höhe unterlegt hätte, warum hat man dann Ormond nicht gegen das Risiko gestörter Märkte abgesichert? Waren die Kosten für diese Absicherung so hoch? Wäre die Rendite zu klein gewesen?

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Nolle, Sie haben noch eine Minute Redezeit.

**Karl Nolle, SPD:** Sollte man Geschäfte, deren Profit nicht ausreicht, um erforderliche Versicherungen zu bezahlen, nicht lieber sein lassen?

Meine Damen und Herren! Wir werden wohl nie erfahren, wie es tatsächlich mit diesen Conduits gegangen ist bzw. gehen wird, weil weiterhin alles geheime Kommandosache ist, weil es bei den Akteuren nicht die Spur von Selbstkritik gibt und weil die Verantwortlichen das Wort „Demut“ in ihrem Machtrausch nur als Fremdwort kennen. Dafür kann es nur zwei Gründe geben: keine Verantwortung zu übernehmen und Tugenden wie Ehre und Moral als abhanden gekommen zu erklären.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Hier sind nicht Individuen gefordert, sondern die Selbstreinigungskräfte und die Moral einer christlichen Partei, die beiden Betroffenen hilft, die Kurve zu kriegen, wenn sie es nicht alleine schaffen, damit sie sich nicht dem Vorwurf unterlassener Hilfeleistung aussetzen. Verhindern Sie, dass sich die Herren durch den Hinterausgang davonschleichen.

Ich wünsche Ihnen viel Mut, meine Damen und Herren, viel Glück und Kraft dabei, liebe Kollegen der CDU, und eine ruhige und tolerante Diskussion in der Fraktion, die nicht wieder Einzelnen von Ihnen vor Wut die Tränen in die Augen treibt.

Danke schön!

(Beifall bei der Linksfraktion,  
der NPD, der FDP und den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Die NPD-Fraktion verzichtet auf ihre zusätzliche Redezeit. Herr Zastrow, für die Fraktion der FDP, bitte. Ich sage auch Ihnen, wenn die letzte Minute beginnt.

**Holger Zastrow, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Hähle, ich möchte nur noch etwas zu dem sagen, was am Sonntag beim Ministerpräsidenten war. Wir sind dort hingegangen und Sie haben uns erzählt, was Sie eben angerichtet haben.

(Heiterkeit bei der FDP –  
Dr. André Hahn, Linksfraktion: So war es!)

Uns glühten die Ohren. Aber es gab natürlich keine Abstimmung. Oder habe ich mich vertan? Wir haben überhaupt keiner Sache zugestimmt. Die einzige Sache, der wir zugestimmt haben, weil Sie uns so flehentlich darum gebeten haben, war, dass wir uns an diesem Tag etwas mit Kritik zurückhalten sollten.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:  
Das haben wir gemacht!)

– Das haben wir gemacht. Ich glaube, das haben alle Fraktionen gemacht. Wir haben unser Feuer erst am Montag losgelassen, damit am Abend die LBBW erst einmal zustimmen konnte. Aber ansonsten, lieber Herr Dr. Hähle, ist das nicht unsere Kiste.

Ich freue mich immer über Ihren Humor. Uns das Unbeteiligtsein zum Vorwurf zu machen ist schon krass. Oder haben Sie gerade ein flammendes Plädoyer für eine Allparteienregierung abgegeben?

(Heiterkeit bei der FDP – Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion: Ohne die CDU! –  
Alexander Delle, NPD: Wir machen nicht mit!)

Wenn Sie mich so fragen: Unter Umständen mache ich mit. Frau Hermenau, Herr Hahn? – Das ist eine Frage des Preises, den Sie bereit sind zu zahlen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ansonsten ist es leider immer wieder dasselbe; das habe ich schon bei dem Treffen mit dem Ministerpräsidenten gesagt. Ich hätte mich gewundert, wenn es nicht gekommen wäre. Aber Herr Dr. Milbradt hat es gerade gebracht und Sie im Endeffekt auch: Es ist klar. Jetzt ist die Krise da und nun soll die Opposition sehr patriotisch sein. Es ist immer dasselbe: Das Boot sinkt und ist schon voll mit Wasser. Sie sitzen drin und sind ganz nass, und nun sagen Sie: Kommen Sie rein! Dann sollen wir uns ins sinkende Boot setzen.

(Beifall und Zurufe von  
der FDP und der Linksfraktion)

Das funktioniert nicht. Solidarität und Patriotismus sind keine Einbahnstraßen.

Ich wäre sehr froh, wenn ab und zu mal ein vernünftiger Umgang mit der Opposition stattfinden würde und wir vielleicht Informationen etwas eher und ein bisschen exklusiv erhalten würden. Das ist leider nicht Sitte in diesem Parlament.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Sie sind ja  
dauernd mit dem Motorrad unterwegs!)

– Ich musste extra wegen dieser Sitzung meine Motorradtour abbrechen. Aber ich fahre dann wieder hin. Wenn Sie mich nach oben begleiten, sehen Sie mich in anderer Kluft. Ich habe mich für Sie extra chic gemacht.

Sie haben vorhin einen schönen Satz gesagt. Sie sagten zur Präsidentin: Das Parlament hat gern Transparenz. Ich freue mich, das von Ihnen zu hören. Ich nehme Sie beim

Wort. Wir hätten allesamt in diesem Hause, glaube ich, sehr gern Transparenz.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Aber her damit!)

Ich habe aber manchmal den Eindruck, dass das Parlament für die Regierung eher lästig ist. Das ist eine ganz unangenehme Sache. Wenn das mit Demokratie nicht so wäre, dann würde man manchmal vielleicht gern darauf verzichten und die Entscheidungen lieber in kleinen exklusiven Kreisen treffen und nicht hier in der breiten Öffentlichkeit eines Sächsischen Landtages.

Ich will es ganz konkret machen. Dabei müssen Sie uns aber helfen, denn wir brauchen Sie dazu. Wir dürfen uns manches nicht mehr gefallen lassen. Der Sächsische Landtag funktioniert, glaube ich, etwas anders als andere Landtage und – gerade wenn ich an die Aufstellung des Haushaltes denke – auf der Basis von besonders vielen Ermächtigungen. Die Staatsregierung hat sich permanent sehr viele Rechte herausgenommen. Sie verteilt das Geld lieber so für sich. Wir hatten Paunsdorf und noch viele weitere Beispiele dazu. Nach dem Beispiel Sachsen LB hoffe ich, dass das nie wieder passiert.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion)

Deshalb müssen auch Sie zustimmen, dass in Zukunft viel mehr im Sächsischen Landtag entschieden wird. Auch wenn vorhin gesagt wurde, dass die Regierung die Verantwortung für die Sache, die passiert ist, übernommen hat, ist es doch so, dass sie das gar nicht darf. Was sie da gemacht hat, ist Sache des Parlamentes. Das hat hier entschieden zu werden. Ich will überhaupt nicht, dass die Regierung die Verantwortung übernimmt. Ich will, dass wir das machen. Dafür sind wir zuständig. Deswegen freue ich mich, dass wir heute so viel Einsicht von Ihrer Seite gehört haben. Ich hoffe, dass sich deshalb etwas ändert.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Frau Hermenau, Sie haben selbstverständlich auch den Bonus aufgrund des Überziehens durch den Ministerpräsidenten. Der steht Ihnen zu. Sie haben sogar 12 Minuten, Frau Hermenau.

**Antje Hermenau, GRÜNE:** Die brauche ich nicht, man kann die Sache nämlich schnell auf den Punkt bringen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht mir um eine Klarstellung in dieser Sache. Darüber muss man nicht viele Worte machen. Die Klarstellung ist einfach und deutlich, Herr Präsident.

Sie haben bei Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, den Eindruck zu erwecken versucht, als sei das, was am Sonntag passiert ist, dieses Krisenmanagement im akuten Moment, eigentlich die Heldentat gewesen, aber mit dem vorherigen Hineinmanövrieren in die Krise hatten Sie

nichts zu tun. Das haben andere Menschen gemacht und nicht die Staatsregierung.

Ich glaube, dass das nicht geht. Das können Sie nicht machen.

(Beifall bei den GRÜNEN,  
der Linksfraktion und der FDP)

Sie können sich nicht hier hinstellen und so tun, als hätten Sie schon immer alles gut und richtig gemacht, nur weil Sie an einem Tag das Rückgrat und die Klarheit bewiesen haben, die Sie bewiesen haben. Das reicht nicht zur Entschuldigung all der vielen Versäumnisse im Vorfeld, die insgesamt zu dieser Krise geführt haben. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei den GRÜNEN, der FDP  
und vereinzelt bei der Linksfraktion)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke, Frau Hermenau.

Durch die Handstopkung ist vorhin ein Fehler in Bezug auf Herrn Nolle aufgetreten. Nach § 85 Abs. 5 hat die Fraktion zusätzliche Redezeit, die ihre von der Regierungserklärung abweichende Meinung darlegen möchte. Herr Kollege Nolle, Sie können jetzt entscheiden, was Sie tun möchten.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:  
Die Regierung weicht von der  
Erklärung Karl Nolles ab!)

**Karl Nolle, SPD:** Danke schön, Herr Präsident!

Ich hatte vorhin an der Stelle abgebrochen, als ich über das Risiko für den Ormond Quay gesprochen hatte, das man hätte versichern können. Ich sage es noch einmal: Man hätte die 17,3 Milliarden Euro, so wie es sich gehört, über sogenannte Commercial-Paper-Back-up-Linien in voller Höhe unterlegen müssen, dann wäre das Theater nicht passiert. Aber das geht natürlich nicht, weil die Rendite so gering ist, dass die Zinsen für eine solche Aktion überhaupt nicht verdient werden. Das heißt, der Profit reicht nicht aus, um die erforderlichen Versicherungen zu bezahlen.

Meine Damen und Herren! Wer sein Haus nicht gegen Feuer versichert, muss sich nicht beklagen, wenn der Blitz einschlägt und das Haus abbrennt.

Herr Metz, wurden nicht im Kreditausschuss der SLB unter Ihrem Vorsitz „kleine“ Liquiditätskreditlinien in Höhe von mehr als 400 Millionen Euro für die Conduits Ormond und Georges genehmigt? Wurden in diesen Vorlagen die Conduits genau beschrieben? Können Sie sich daran erinnern, Herr Metz, der leider nicht hier ist, ob dort ausgeführt wurde, dass Ormond nicht fristenkonform refinanziert ist? Waren Sie darüber nicht informiert? Wie wollen Sie immer alle Gremien umfassend informiert haben, wenn Sie selbst vom Vorstand nicht informiert wurden?

Was Sie und Ihr Parteifreund Milbradt hier in den letzten Tagen für durchsichtige und unverantwortliche Legenden von Verantwortung ausschließlich bei den anderen gestrickt haben, macht Münchhausen alle Ehre. Das ist eine Kiste von Märchen und Sagen.

Der Ministerpräsident und Sie wollen die Krise der Bank nunmehr gelöst haben. Wie ist das aber mit dieser angeblichen Liquiditätslücke von 250 Millionen Euro, die die Sachsen LB nicht allein zu schließen in der Lage war und die zum Notverkauf der Bank führte? Woher kam diese Lücke? Was ist auf einmal so unerwartet passiert? Waren nicht vor einer Woche alle Risiken wie weggezaubert, alles nachhaltig im Griff? War es tatsächlich so, dass die etwa 250 Millionen Euro, die plötzlich als Verlust bei der Bank entstanden sein sollen, und die vermeintliche Illiquidität, die die Kettenreaktion zum Notverkauf auslösten, daher kamen, dass Wertpapiere unterhalb des Nominalwertes verkauft wurden, wie es nach meinen Informationen der Fall war?

Trifft das zu? War die drohende Liquidität nicht die Folge einer solchen dilettantischen, unverantwortlichen Entscheidung der Bank, Wertpapiere zur Unzeit zu verkaufen? War das nicht so? Wir werden es vielleicht eines Tages noch hören. War es dann nicht ein völlig unnötiger Notverkauf von Wertpapieren?

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der  
Linksfraktion und den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hätte noch Redezeit. Gibt es noch Bedarf? – Nein, Herr Lehmann. Möchte die Staatsregierung noch einmal sprechen? – Das ist auch nicht der Fall.

Damit kommen wir zu den zwei Entschließungsanträgen der Linksfraktion und der FDP. Zu Ihrem Zeitverständnis: die Einbringung des Antrages jeweils 5 Minuten, wenn gewünscht, und die Stellungnahmen der Fraktionen 5 Minuten, wenn gewünscht. Wir beginnen mit dem Entschließungsantrag der Linksfraktion, Drucksache 4/9680. Frau Mattern, Sie möchten einbringen? – Dann haben Sie das Wort.

**Ingrid Mattern, Linksfraktion:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen einen Entschließungsantrag vorgelegt. Ich möchte ihn kurz einbringen.

Im Punkt I haben wir ausgeführt und festgestellt, dass die Sachsen LB das Projekt des heutigen Ministerpräsidenten Georg Milbradt war und dass die Gründung dieser Bank und die Änderung ihrer Geschäftspolitik auf ihn zurückgehen.

Im Punkt II haben wir einiges zur Entstehungsgeschichte des sächsischen Finanzskandals dargelegt, beginnend mit unserer Forderung nach einer Regierungserklärung vom 22. Februar 2005 bis hin zu den Geschehnissen von heute.

Im Punkt III haben wir dargestellt und fordern Sie auf, diesem Punkt wie den anderen zuzustimmen, dass der Landtag das Agieren der Staatsregierung in Bezug auf das Entstehen dieser sächsischen Finanzkrise missbilligt und feststellt, wer die unmittelbare Verantwortung hierfür trägt.

Im Punkt IV geht es um die Feststellung der Tragweite dieser Finanzkrise und der daraus resultierenden Schlussfolgerung.

Wir erwarten, dass erstens eine wahrheitsgetreue, uneingeschränkte und detaillierte Darstellung der Umstände erfolgt, die zu dieser Finanzkrise geführt haben.

Zweitens fordern wir das Ergreifen aller für die Sicherung der sächsischen Sparkassen notwendigen Maßnahmen, um die Kunden der Sparkassen in der Sachsen-Finanzgruppe vor nachteiligen Auswirkungen der Finanzkrise zu bewahren.

Drittens wollen wir die Vorlage eines Gesetzentwurfes – einer Novelle zum Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und dem Landesbankengesetz – erwirken, damit umgehend gewährleistet wird, dass die Mitglieder der Sachsen-Finanzgruppe nicht gefährdet sind und dass für den Landeshaushalt keine negativen Ergebnisse erwartet und die Risiken, die ins Haus stehen, abgeschirmt werden. Vor allem wollen wir erreichen, dass die Umwandlung der jetzigen Konstruktion der Sachsen LB in eine Aktiengesellschaft umgehend gestoppt wird.

Viertens wollen wir, dass die maßgeblichen Gründe und Erwägungen dafür dargelegt werden, warum zur Rettung der Sachsen LB die sogenannte Berliner Lösung nicht in Erwägung gezogen worden ist.

Fünftens wollen wir die detaillierte Darstellung über sämtliche Mehrkosten und Risiken erwirken.

Sechstens wollen wir eine konkrete Darlegung, welches Vermögen des Freistaates Sachsen in dieser Sache verloren gegangen ist.

Siebtens wollen wir die Vorlage sämtlicher Berichte, die heute in der Aussprache schon eine Rolle gespielt haben – angefangen vom BaFin-Sonderbericht bis hin zu den Schreiben und Empfehlungen der BaFin im Zusammenhang mit der aktuellen Krise.

Außerdem wollen wir erreichen und Sie bitten, dem Ersuchen zuzustimmen, dass durch den Sächsischen Rechnungshof entsprechend seiner Aufgabenstellung, die in Artikel 100 der Verfassung dargelegt ist, umgehend ein Gutachten über den unmittelbaren Schaden sowie die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Notverkaufs der Sachsen LB für den Freistaat Sachsen sowie für die beteiligten Verbundsparkassen und für den Landeshaushalt vorgelegt wird.

Im Punkt V wollen wir, falls die Dinge nicht so geschehen – insbesondere wenn festzustellen ist, dass die Staatsregierung

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Frau Mattern, noch eine Dreiviertelminute.

**Ingrid Mattern, Linksfraktion:** ihrer Pflicht nicht nachkommt, den Landtag gemäß § 65 Abs. 5 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung sachgerecht über die Umstände der Veräußerung der Sachsen LB zu informieren –, dass die rechtlich notwendigen Schritte ergriffen werden und eine Organklage eingereicht wird.

Im Punkt VI wollen wir schließlich feststellen, dass der Landtag den Ministerpräsidenten auffordert, zum heutigen Tag den Staatsminister der Finanzen, Dr. Horst Metz, zu entlassen und auch persönlich die politische Verantwortung durch Erklärung seines Rücktritts zu übernehmen.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Das war das Einbringen des Entschließungsantrages. Jetzt können die Fraktionen dazu Stellung nehmen. Ich frage die CDU-Fraktion. – Herr Dr. Rößler, bitte. Auch Sie haben 5 Minuten.

**Dr. Matthias Rößler, CDU:** Es geht schneller. – Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsfraktionen lehnen diesen Entschließungsantrag in allen Punkten ab.

Ich denke, dass der Ministerpräsident heute und der Haushalts- und Finanzausschuss am Mittwoch Wege aufgezeigt haben, wie wir die Situation unserer Landesbank analysieren. Wir haben eine Vielzahl von Fragen zu beantworten, die die Fraktionen gestellt haben und die sich teilweise mit denen hier decken. Sie werden von uns natürlich nicht verlangen können, dass wir einem Entschließungsantrag zustimmen, der vom sofortigen Rücktritt unseres Finanzministers ausgeht, der heute seine Position geschildert hat. Noch weniger werden die Koalitionsfraktionen einem Rücktrittersuchen an den Ministerpräsidenten zustimmen.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Wir lehnen den Entschließungsantrag der Linksfraktion in allen Punkten ab.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Ich frage die SPD-Fraktion. – Nein. NPD? – Nein. FDP? – Nein. GRÜNE? – Nein. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich stelle den Entschließungsantrag der Linksfraktion, Drucksache 4/9680, zur Abstimmung. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer kleineren Anzahl von Enthaltungen und einer größeren Anzahl von Jastimmen ist der Entschließungsantrag dennoch mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu dem zweiten Entschließungsantrag von der Fraktion der FDP, Drucksache 4/9681. Möchte ihn die FDP-Fraktion noch einmal einbringen? – Jawohl; Herr Dr. Schmalfuß, bitte.

**Dr. Andreas Schmalfuß, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg drei Feststellungen zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Milbradt.

Erstens. Das Eigenkapital der Landesbank Sachsen betrug zum 30.12. 1,5 Milliarden Euro. Ein Mindestkaufpreis, wie von Ihnen ausgeführt, von 300 Milliarden Euro ergibt eine Differenz – –

(Zurufe: Millionen!)

– ... von 300 Millionen Euro. Es wäre schön, wenn es so wäre. – Das ergibt einen möglichen Verlust bis 1,2 Milliarden Euro. Sie merken, selbst für mich, der etwas von Finanzen versteht, sind diese Zahlen unvorstellbar. Wir haben für den sächsischen Steuerzahler, für die sächsischen Kommunen und für den Freistaat Sachsen schon jetzt einen Verlust von bis zu 1,2 Milliarden Euro.

Sie fahren eine Strategie der Verlustminimierung. Das ist richtig. Sie wollen Schaden vom Land abwenden, aber es ist bereits großer Schaden entstanden.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Die zweite Anmerkung zu den Sparkassen: Darin gebe ich Ihnen ausdrücklich recht: Die Sparkassen sind, nachdem Sie maßgeblich dafür gesorgt haben, dass es zur Gründung der Sparkassen-Finanzgruppe gekommen ist, Schwestern der Landesbank. Das heißt, der Abschreibungsbedarf von 1,2 Milliarden Euro, den Sie als ordentlicher Kaufmann haben – darin stimmen Sie mir sicher zu –, fällt für die Sparkassen-Finanzgruppe an. Dies hat erst einmal auf die Sparkassen keine Auswirkungen. Es hat jedoch sehr wohl Auswirkungen auf die an der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligten Kommunen. Diese müssen nämlich in den nächsten Jahren auf die erhofften Gewinne der Landesbank Sachsen verzichten. Das ist Fakt.

Dritte Anmerkung zu Ihren Ausführungen: die Frage nach der politischen Verantwortung. Darin möchte Ihnen unsere Fraktion entschieden widersprechen. Die Frage nach der politischen Verantwortung entscheiden nicht Wirtschaftsprüfer. Diese Frage wird hier, in diesem Hause, diskutiert.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, fordern wir als FDP-Fraktion die Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Untersuchungsausschusses zur Landesbank Sachsen, und wir haben Ihnen heute hier den vorliegenden Entschließungsantrag in das Plenum eingebracht.

Im Einzelnen – um noch kurz darauf einzugehen – fordern wir, dass das Plenum der Staatsregierung und den Mitgliedern des Verwaltungsrates eine Missbilligung ausspricht. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwie-

weit Schadenersatzforderungen gegenüber den ehemaligen Vorständen und Mitgliedern des Verwaltungsrates erhoben werden.

Warum? In der Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in dieser Woche hat Herr Süß informiert, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates regelmäßig über Volumen und Risikostruktur der außerbilanziellen Geschäfte informiert worden sind. Gleiches bestätigte Staatsminister Horst Metz. Eines sollte klar sein: Wenn Sie durch Ihre Partei in ein solches Gremium entsandt sind, dann sind das keine Schnittchen-Partys. Sie haben dort Rechte und Pflichten. Sie als Verwaltungsrat haben den Vorstand ausgewählt, Sie unterliegen dem Auswahlverschulden und Sie kontrollieren die Geschäfte des Vorstandes – nicht das sächsische Parlament –; denn Sie sind extra aus diesem Parlament in den Verwaltungsrat der Sachsen LB entsandt worden.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Schmalfuß, die letzte Minute; bitte.

**Dr. Andreas Schmalfuß, FDP:** – Ich komme zum Schluss. – Das ist der wichtigste Aspekt unseres Entschließungsantrages: Wir fordern die Staatsregierung auf, uns bis zum 30. September 2007 die finanziellen Auswirkungen auf den sächsischen Staatshaushalt, insbesondere vor dem Hintergrund der weitergehenden Haftung des Freistaates Sachsen bis zum 31.10.2010 für die Altgeschäfte der Sachsen LB, darzulegen. Herr Milbradt als ordentlicher Kaufmann, der Sie sicher sind: Es ist erforderlich, dass wir wissen, welche Risiken in den nächsten Jahren auf den sächsischen Haushalt zukommen. Dazu ist heute hier von Ihrer Seite, von der Staatsregierung, nichts gesagt worden. Deshalb erwarten wir bis zum 30. September 2007 eine belastbare Auskunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Meine Damen und Herren! Nun können die Fraktionen dazu Stellung nehmen. – Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt:** Lieber Kollege Schmalfuß, da Sie sich als Finanzexperte gemeldet haben, wollte ich nur eine kleine Korrektur vornehmen: Wenn Sie über Kapital sprechen, müssen Sie auf jeden Fall die stillen Einlagen abziehen, die uns nicht gehören. Dann sind Sie nämlich bei 826 Millionen Euro. Davon müssen Sie die Gewinne, die desavuiert worden sind, abziehen. Damit sind Sie bei 692 Millionen Euro, der Zahl, die ich genannt habe. Von 1,5 Milliarden Euro zu sprechen heißt entweder, Sie haben es nicht verstanden, oder Sie wollen uns hier täuschen.

(Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Schmalfuß, selbstverständlich gebe ich Ihnen das Recht, darauf zu reagieren.

**Dr. Andreas Schmalfuß, FDP:** Ich habe noch eine Frage an den Ministerpräsidenten: Im Rahmen des – –

(Zuruf von der CDU)

– Dann werde ich keine Frage stellen. 1,5 Milliarden Euro sind im Jahresabschluss der Landesbank zum 31.12.2006 ausgewiesen. Dies umfasst die Gewinn- und Kapitalrücklagen und darüber hinaus die stillen Beteiligungen, Genussrechte und Nachrangdarlehen sächsischer Kommunen sowie der Anteilseigner. Dabei ist die Frage: Sind diese finanziellen Mittel weg oder werden sie durch die Landesbank Baden-Württemberg den Anteilseignern bzw. den Kapitalgebern nachrangigen Eigenkapitals zurückgezahlt?

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Die Frage steht im Raum. Möchte jemand darauf reagieren? – Ich frage die CDU-Fraktion. – Herr Dr. Rößler, Sie möchten die Frage beantworten?

**Dr. Matthias Rößler, CDU:** Ich würde gern gleich vom Saalmikrofon aus Stellung nehmen, Herr Präsident, um das Verfahren nicht unnötig in die Länge zu ziehen: Die Koalitionsfraktionen lehnen auch diesen Entschließungsantrag in allen vier Punkten ab. Aber wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten noch genug Gelegenheit haben werden, viele der uns interessierenden Sachverhalte aufzuklären, und verweisen darauf, was bereits im Haushalts- und Finanzausschuss begonnen hat, sowie darauf, was der Ministerpräsident heute ankündigte.

Aber diese vier Punkte im Entschließungsantrag der FDP-Fraktion lehnen wir in Gänze ab.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Die Linksfraktion; Frau Lay, bitte schön.

**Caren Lay, Linksfraktion:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion hatte heute einen eigenen Entschließungsantrag, der deutlich weiter gegangen ist. DIE LINKE hat heute die sofortige Entlassung von Finanzminister Metz und den Rücktritt von Ministerpräsident Milbradt gefordert.

Die FDP fällt in ihrem Entschließungsantrag deutlich hinter diese Forderung zurück. Deswegen wird sich unsere Fraktion bei diesem Antrag enthalten.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Die NPD-Fraktion? – Die GRÜNEN? – Nein. Für die Koalition wurde bereits gesprochen. Damit sind wir durch und kämen zur Abstimmung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich stelle somit den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion mit der Drucksachenummer 4/9681 zur Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Wie angekündigt, gab es eine größere Anzahl von Enthaltungen und

eine große Anzahl von Jastimmen. Dennoch wurde der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung der 87. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die

88. Sitzung auf Mittwoch, den 26. September, 10:00 Uhr, festgelegt. Sie werden die Einladungen rechtzeitig erhalten. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 18:58 Uhr)

**HERAUSGEBER:**

Sächsischer Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

**HERSTELLUNG:**

Sächsischer Landtag  
Parlamentsdruckerei  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel.: 0351-4935269  
Fax: 0351-4935481

**VERTRIEB:**

Sächsischer Landtag  
Informationsdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel.: 0351-4935341  
Fax: 0351-4935488